Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 4 – 27. Januar 2007 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Der bayerische Sonderweg ist zu Ende: Mit Stoibers Abgang steht die CSU vor ungewissen Zeiten. Foto: laif

Die bayerische Tragödie

CSU nach Stoiber-Sturz ratlos – Konservative Alternative geht verloren

Von KLAUS D. VOSS

So schnell wie die CSU stürzt eine Partei nur zusammen, wenn die innere Statik nicht mehr stimmt. Die bayerische Tragödie allein Edmund Stoiber anzulasten trifft die Wahrheit aber nicht. Die CSU hat Verrat an sich selbst begangen. Das Stoiber-Drama mußte sie deswegen härter treffen als alle anderen Staatsaffären zuvor, von „Amigo“ bis „Old Schwurhand Zimmermann“. Und mit erheblichen Folgen: Der bayerische Sonderweg ist zu Ende.

Die CSU ist jetzt ins politische Mittelmaß eingereiht und muß neu ansetzen, weil sie den Bayern-Bonus verspielt hat, ihre sprichwörtliche Geschlossenheit. Kritiker halten Edmund Stoiber immer wieder vor, er habe seinen Autoritätsverlust mit dem übereilten Rückzug aus Berlin im November 2005 selbst ausgelöst. Der Form nach ist dieses Urteil richtig, in der Sache aber nicht: Das Kabinett Merkel ist alles andere als eine Siegermannschaft, und Stoiber hat sich nur zu spät verweigert. Richtig bleibt, daß er als bayerischer Ministerpräsident ohne Pflicht zur Kabinettsdisziplin letztlich mehr durchsetzen konnte – zum Beispiel hat er die erste und übelste Fassung der Gesundheitsreform verhindert.

In einem anderen Buch steht, daß Stoiber nicht bemerken wollte, wie intensiv seine Umgebung den einmal geplanten Personalwechsel weiter verfolgte; wie sollte er auch? Stoiber hatte nicht wahrhaben wollen, daß auch seine Partei vom Zeitgeist angekränkelt ist, sich auch die bayerischen Verantwortungsträger in spe vorzugsweise mit der Frage beschäftigen, was aus ihnen wird – und nicht, was aus dem Land werden kann.

Die Ablösung Stoibers entwickelte sich denn auch nicht aus einem politischen Entscheidungsprozeß, sondern entstand ungeplant, unkoordiniert und unbestimmt in seinem Ausgang aus der Internet-Meckerei der Fürther Landrätin Gabriele Pauli. Da hat ein Depp oben im Berg die Lawine losgetreten. Herausgekommen ist dabei eine ratlose Partei, entzaubert wie nie zuvor, sowie ein Ministerpräsident und Parteichef mit neunmonatiger Kündigungsfrist. Kurz gesagt: ein Gespött.

Viel zu spät erinnert sich die CSU an ihre historischen Stärken. Wenn eine Partei – gegen jede demokratische Reflexhandlung, die Mehrheiten verändern müßte – schon im fünften Jahrzehnt mit absoluter Hoheit im Landtag ausgestattet ist, dann gibt es nur eine Erklärung: Die Wähler vertrauten dieser Partei, die mit christlichen Traditionen und konservativen Werten verwachsen ist und dabei wie keine andere moderne Initiative zeigen kann wie auch unverfälschten Patriotismus. Ein herbe Enttäuschung für alle, die auf eine konservative Alternative setzen wollten.

Auch der Freistaat wird nun durchgemustert, wieviel denn vom „Vorbild für alle“ wirklich stimmt; in einer Stunde der Wahrheit gibt es keine patriotisch-freundliche Sichtweise mehr. Tatsache sind Erfolge beim Aufbau einer modernen Wirtschaftsstruktur, unübersehbar aber auch die anhaltenden Infrastrukturprobleme: Über den fehlenden Münchener Autobahnring ärgern sich die Deutschen seit 40 Jahren, und auch die dramatischen Dauerstaus auf den Süd-Autobahnen sprechen nicht für eine entschlossene Landesentwicklung. Selbst die günstige wirtschaftliche Entwicklung hat eine Kehrseite: Bayern kann aus eigener Kraft nicht ausreichend Arbeitskräfte ausbilden und muß qualifizierte Mitarbeiter aus anderen Bundesländern „abwerben“: Bayern lebt auf Bildungspump.

KLAUS D. VOSS:

Keine Gnade

Gefragt, ob die Justiz sich die Straftäter mit der ganzen Härte des Gesetzes vornimmt, würde kaum ein Deutscher ja sagen wollen. Zu weit haben sich Gerechtigkeitsgefühl und Rechtspraxis auseinander entwickelt. Wenn Kinderschänder Freigang bekommen und Wirtschaftsverbrecher mit Bagatellstrafen gestreichelt werden, ist dies auch kein Wunder.

Aber die Bürger werden nicht gehört, und die Angehörigen der Opfer erst recht nicht – selbst dann nicht, wenn es um die ganz entscheidende Frage geht: Gnade vor Recht für die Staatsfeinde Nummer eins? Brigitte Mohnhaupt, genannt „Die Chefin“ der RAF-Terroristen, und Christian Klar, ihr Mordgeselle bei den Attentaten auf Siegfried Buback, Jürgen Ponto und der Hinrichtung von Hanns-Martin Schleyer, wollen nach 24 Jahren auf freien Fuß.

Gerichte können die Haft auf Bewährung aussetzen, der Bundespräsident kann als Gnadenherr die Strafe erlassen – und sollte es tun, wenn es vernünftig ist: Aus humanitären Gründen bei hohem Alter oder Gebrechlichkeit des Gefangenen, selbst die Versöhnung mit der Gesellschaft wäre ein ausreichender Anlaß. Die Begnadigung von IRA-Terroristen zum Beispiel hat Nord-Irland ruhige Zeiten gebracht.

Aber weder Mohnhaupt noch Klar haben bisher Reue zu ihren Verbrechen vermittelt, noch sind sie in der Haft hinfällig geworden. Ganz im Gegensatz zu anderen RAF-Terroristen, die aus dem Gefängnis heraus zur Umkehr aufgerufen haben.

Auch wenn die Bedrohung durch Terror heute eine ganz andere Dimension hat: Warum nur sollte man das exemplarische Urteil der Tatrichter übergehen und fünfmal lebenslange Haft und zusätzliche 15 Jahre auf die Mindesthaftdauer begrenzen? Keine billige Gnade.

Erziehung zum Haß im Namen des Türkentums

Der Mord am armenischen Journalisten Hrant Dink und die Schwachstellen im türkischen Selbstverständnis

Von MARIANO ALBRECHT

Der Mord an dem türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink in Istanbul löst einmal mehr die Diskussion über den Umgang der Türken mit ihrer Geschichte und ihren Minderheiten aus. Ein nationalistischer Extremist hat gestanden, einen 17jährigen angetrieben zu haben, Dink zu erschießen. Kaum hatte Ministerpräsident Erdogan die Tat als „Mord an der Türkei“ bezeichnet, ließ auch der Aufschrei der Menschen auf der Straße nicht auf sich warten. In Trauer- und Protestkundgebungen skandierten Tausende: „Wir sind alle Hrant Dink, wir sind alle Armenier“. Ferngesteuerte Massen oder aufrichtige Trauer?

Massenproteste und spontane Unmutsbekundungen haben in der Türkei Tradition und werden von politischen Parteien und Ideologen aller Couleurs mit großem Erfolg inszeniert. Im Jahre 2001 kam es zu mobartigen Aufmärschen beleidigter Türken, als die französische Nationalversammlung eine Resolution verabschiedete, die die Leugnung des Volkermords an den Armeniern zwischen 1915 und 1917 unter Strafe stellen sollte. Als PKK-Führer Öcalan auf seiner Flucht Syrien und Italien streifte, folgten prompte „Kriegserklärungen“ durch aufgepeitschte Türken.

Jahrzehntelang zählten die Griechen zu den Lieblingsfeinden der Türkei. Doch den ersehnten EU-Beitritt vor Augen bewegt sich die angeblich reformwillige, islamische Erdogan-Regierung zumindest oberflächlich in Richtung Völkerverständigung. Ein ermordeter armenischer Journalist ist das letzte, was ins sorgsam gepflegte Image von der „neuen Türkei“ paßt. Doch der Haß auf die Armenier sitzt tief. Schon 1894 zogen armenische Bauern den Zorn der osmanischen Obrigkeit auf sich, als sie sich weigerten, ihre Steuern zu zahlen. Die türkische Armee brachte damals Tausende Armenier um. 1909 wurden während eines Aufstandes gegen die regierende „Jungtürken“-Partei in der Gegend um Adana 20 000 bis 30 000 Armenier als angebliche Unterstützer der Regierung ermordet. 1915 wurden die Armenier dann für das Scheitern der türkischen Offensive gegen Rußland verantwortlich gemacht. Der damalige Innenminister Talaat schickte die in der Türkei lebenden Armenier auf den sogenannten „Todesmarsch“, dabei ging es nicht um Umsiedlung, Talaat hatte den Befehl gegeben, „alle Armenier, die in der Türkei wohnen, gänzlich auszurotten“. Das alles wirkt bis in die Gegenwart.

Der 17jährige Mörder von Hrant Dink erscheint hier wie das gefährliche Opfer der seit der Republikgründung durch Mustafa Kemal Atatürk konsequent durchgezogenen Gleichschaltung von Bildungssystem, Politik und Medien durch sogenannte „kemalistische Hardliner“. Diesen, den Lehren des Republikgründers blind nacheifernden Verkündigern des Türkentums ist die zuweilen tragisch anmutende Schizophrenie in den Köpfen vieler Türken zu verdanken. Zwar wird einerseits die Trennung von Staat und Religion gepredigt, doch der Islam bildet dennoch eine entscheidende Säule der Gesellschaft. Darüber hinaus strebt die Türkei zwar seit ihrer Gründung nach Westen, verharrt im Innern aber gleichzeitig in einer schon bizarr anmutenden Verherrlichung des Türkentums.

Der Blick über den Tellerrand steht in keinem Lehrplan. In diesem Spannungsverhältnis ist der 17jährige Mörder aufgewachsen, der ein egomanisch-nationalistisches Bildungswesen durchlaufen hatte. Eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist im offiziellen türkischen Leben nicht vorgesehen – das macht junge Menschen anfällig.

Wagen sich dennoch Intellektuelle, Journalisten oder Künstler in der Türkei an brisante Themen heran, werden sie durch Medienkampagnen und ein gnadenloses Rechtssystem kriminalisiert und verunglimpft. Auch Hrant Dink wurde mehrmals wegen „Beleidigung des Türkentums“ verurteilt.

MELDUNGEN

Sicherer Arbeitsplatz

Köln – Die Anzahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle je 1000 Vollzeitbeschäftigte hat sich laut Auskunft des „Instituts der deutschen Wirtschaft“ im Jahr 2005 auf nur 27 reduziert. Im Jahr 2000 waren es noch 37, 1990 sogar 52. Die deutschen Arbeitsplätze sind also sicherer geworden. Am gefährlichsten war die Arbeit in der Bau- und Holzbranche. Hier verletzten sich 67 von 1000 Mitarbeitern so sehr, daß sie mindestens drei Tage krankgeschrieben werden mußten. Auch die Zahl der tödlich endenden Unfälle ist von 825 im Jahr 2000 auf 589 gesunken.

Mehr Polizeieinsätze

Stockholm – Die schwedische Polizei soll nach dem Beitritt von acht neuen EU-Mitgliedern zum Schengen-Abkommen intensiver auf dem eigenen Territorium nach Illegalen fahnden. Schweden befürchtet, daß durch den Wegfall der Grenzkontrollen gegenüber Ländern wie Polen, Litauen oder Lettland vermehrt Kriminelle die neue Beweglichkeit nutzen und ihr Tätigkeitsfeld ausweiten. Zudem rechnet man in dem skandinavischen Land mit einer zunehmenden illegalen Einwanderung und mehr Menschenschmuggel.

Teure Energie

Wiesbaden – Die Inflationsrate lag 2006 bei 1,7 Prozent. Während Energie um elf Prozent teurer war als im Vorjahr, waren Gebrauchsgüter wie Computer und Fernseher aufgrund des internationalen Wettbewerbs günstiger.

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Auf Ochsentour zum Königsmord

Interview mit Prof. Dr. Oskar Niedermayer zum Zustand der Parteien

Betrachtet man die CSU und ihre Führungsdebatte sowie die relativ ungeschickt taktierende Parteispitze, aus der sich mögliche Nachfolger des bayerischen Ministerpräsidenten empfahlen, drängt sich die Frage nach dem Zustand der Parteien auf. Statt handelnden Persönlichkeiten waren, glaubte man den Medien, kaum bekannte oder ungeschickte Politiker dabei, ihre eigene Partei zu demontieren. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* befragte den Berliner Politikwissenschaftler und Parteienforscher Professor Dr. Oskar Niedermayer vom »Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft« zum Zustand der Parteien und ihres Nachwuchses.

PAZ: Die CSU scheint niemanden zu haben, der Stoiber ersetzen könnte. Haben die Parteien ein Problem mit ihrem Nachwuchs?

Niedermayer: Seit längerer Zeit geht die Jugend nicht mehr in die Parteien. Nach der Hoch-Zeit der Parteieintritte und des Engagements junger Mitglieder in den 60er und 70er Jahren sowie des allgemeinen Interesses in dieser Epoche nahm der Zustrom ab. Folglich haben noch heute in den Parteien diese Jahrgänge das Sagen – die 68er. Nur die CDU ist da in gewisser Hinsicht eine Ausnahme. Ja, es gibt somit ein Nachwuchsproblem – mittlere und auch ältere Jahrgänge sind überrepräsentiert.

PAZ: Lassen die Parteien keine neuen Mitglieder hochkommen?

Niedermayer: So einfach ist es auch nicht. Bei der Frage, wer hochkommt sieht man nicht, daß die nachfolgenden Politiker weggebissen würden. Es stehen einfach zu wenig zur Verfügung. Bis zu einer gewissen Ebene kann man heute als junger Nachwuchspolitiker durchaus etwas werden in den Parteien. Über dieses Niveau hinaus sieht es natürlich bei den höheren Positionen anders aus. Insgesamt fehlen für wissenschaftliche Aussagen dazu jedoch die Zahlen. Das jüngste empirische Material dazu, wie Parteien ihre Spitzen auswählen, ist 20 Jahre alt.

PAZ: Und was zählt für solche Spitzenposten, beispielsweise den eines Ministerpräsidenten?

Niedermayer: Da sind zusätzliche Qualitäten gefragt: Neben der üblichen Ochsentour, für die vor allem die SPD bekannt ist, herrscht in der CSU, übrigens auch der CSU, ein ausgeprägtes Proporzdenken. Es gilt also ein kompliziertes Verfahren, nach dem alle möglichen Gruppen in der Partei berücksichtigt werden wollen. Zudem muß ein Kandidat für das Ministerpräsidentenamt medientauglich sein und einen gewissen Bekanntheitsgrad aufweisen.

PAZ: Warum haben die Kronprinzen der CSU, Günther Beckstein, Horst Seehofer und Erwin Huber, so lange fruchtlos taktiert und warum gelang es ihnen bis zu Stoibers selbst angekündigtem Rücktritt nicht, sich wie gerade beschrieben für die Nachfolge zu empfehlen?

Niedermayer: Das Schicksal der möglichen Nachfolger, also der Kronprinzen, hängt sehr vom Naturell des zu Ersetzenden ab. Erfolgreiche Politiker schaffen es eher nicht, Nachfolger noch während ihrer Amtszeit zuzulassen und aufzubauen. Siehe Kurt Biedenkopf in Sachsen oder Erwin Teufel in Baden-Württemberg (beide ehemalige CDU-Ministerpräsidenten, Anm. d. Red.). Auch gelingt es ihnen selten, das Heft früh genug zu übergeben. Grund ist oft der mangelnde Glaube an die Fähigkeiten des oder der anderen.







Die bayerischen „Kronprinzen“: Der bayerische Wirtschaftsminister Huber (oben, v.l.), der Verbraucherschutzminister Seehofer, der Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag Hermann und der bayerische Innenminister Beckstein Foto: ddp

PAZ: Aber warum sind die Kronprinzen der CSU so blaß und offenbar nicht gewillt den letzten Schritt zur Nachfolge zu gehen?

Niedermayer: In der Tat wirken sie genauso grau wie Stoiber. Die innerparteiliche Kultur läßt aber andere, weniger in die Tretmühle der Partei Einbezogene kaum zu. Junge Nachfolgehoffnungen sind in der Bevölkerung auch einfach nicht bekannt. Wie halbherzig die Palastrevolte gegen Stoiber ausfiel, liegt daher an der Angst der Prinzen, die Posten, die sie schon haben, zu verlieren. Außerdem stürzen sich die Medien nicht gerade auf die Anhänger Stoibers. Der Königsmord ist gescheitert, weil viele ihn auch jetzt aus Überzeugung unterstützen und nicht aus Angst, die Partei werde sonst bei den nächsten Wahlen abgestraft.

PAZ: Kehren wir noch mal zum Nachwuchs zurück – warum sind vergleichsweise junge Politiker so selten, beziehungsweise unbekannt?

Niedermayer: Nun, eine ganze Generation fehlt jetzt praktisch. Gegen Ende der 80er Jahre kamen deutlich weniger Neumitglieder als zu Anfang des Jahrzehnts, auch bei der SPD. Zudem warben die Grünen speziell der SPD viele Jugendliche ab. Inzwischen sind jedoch auch bei den Grünen die Anhänger mit der Partei gealtert. Gerade deshalb ist es, wie vorhin angedeutet, relativ leicht, in einer Partei Ämter zu bekommen. Ämterkumulation liegt nämlich oft daran, daß sich niemand zur Verfügung stellt. Junge Leute können heute auch zu Attac gehen – die Parteien haben ihr einstiges Monopol auf politische Beteiligung verloren. Die Jugend will sich temporär, nicht dauerhaft engagieren, bei Projekten mitmachen, die sie betreffen, und dann auch wieder aufhören. Vielen Jugendlichen fehlt der Spaß bei stundenlangen Sitzungen und im Kampf gegen Windmühlen, wie dies Parteiarbeit nun mal braucht. Ein anderes Konzept politischer Beteiligung muß also her.

PAZ: Und was heißt das für die CSU?

Niedermayer: Sie könnte mehr für den Nachwuchs tun. Aber nicht nur die Parteien sind schuld. Die versuchen seit Jahren krampfhaft, Nachwuchs heranzuziehen. Sie sehen, daß ihnen die gesellschaftliche Verankerung wegzubrechen droht. Die SPD hat unter Vorsitz von Kurt Beck deswegen eine Kommission eingesetzt, versucht zu ergründen, wie Mitglieder zu gewinnen sind. Die CDU hat ähnliches vor. Gut erinnern kann ich mich auch noch an den Versuch Berliner Studenten, vor ein paar Jahren die FDP durch massenweise Eintritte zu übernehmen. Als viele dieser Studenten merkten, daß sie bis zu den nächsten Entscheidungen in der Partei von monatelanger, ausufernder Arbeit erwartet wurden, sind sie wieder ausgetreten. Die anderen sind immer noch dabei.

Generell bieten also kleinere Parteien Seiteneinsteigern mehr. Bei großen kommt es auf die Ochsentour an, ist die Durchlässigkeit nach außen geringer. Insofern drohen Parteien zur „ingroup“, zur geschlossenen Gesellschaft zu werden. Doch man sollte, wie das Beispiel Berliner FDP zeigt, nicht immer nur auf die Parteien schimpfen.

Das Gespräch führte Sverre Gutschmidt

Mitten im Chaos: Preußen als Maßstab

Die Preußische Gesellschaft erinnert an Staatstugenden – und die Berliner Verwaltung weiß von nichts



Von Klaus D. Voss

Kontrapunkte rund um den Gendarmenmarkt: Hier, am schönsten und wichtigsten Platz Berlins, sollen die Werte und Traditionen Preußens auf keinen Fall untergehen – die „Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg“ hält schon im elften Jahr die Stellung. Das prachtvolle Hotel Hilton an der Südseite des Areals ist Stammsitz und Postanschrift der überzeugten Preußen-Bewahrer.

An die 1000 Festgäste waren gekommen, um beim Neujahrsempfang auf das Preußenjahr 2007 anzustoßen: Berliner Wirtschaft und Finanzwelt, Kunst, Medien und Kommerz. Aber: Über die Jahre hat sich kaum ein Aktiver der Berliner Landesregierung in die Festgemeinde eingereiht, dabei müßten gerade sie vom preußischen Geist das einatmen, was Volker Tschapke, der Präsident der Gesellschaft, in seiner Festrede an preußisch-deutschen Tugenden lobte – etwa Sparsamkeit, Vaterlandsliebe, Toleranz, Pflichtbewußtsein, auch Gerechtigkeit und Treue. Heikle Maßeinheiten für die Berliner Zeitgenossen.

Berlin wird rosarot bis dunkelrot regiert, an diesem Tag gab es zwischen Mitte und Kreuzberg-Friedrichshain anscheinend nichts wichtigeres, als dem Alt-Revoluzzer Rudi Dutschke doch noch zu seiner Straße zu verhelfen.

Als schließlich an diesem stürmischen Sonntag Reisende am gesperrten Berliner Hauptbahnhof strandeten und auf ein Quentchen Hilfe hofften, vergeblich. Da war von unserem sprichwörtlichen Organisationstalent wirklich nichts mehr zu spüren. Die Bahn wußte nicht mehr weiter, schlimm genug.

Aber schlimmer noch: Die Berliner Verwaltung tat so, als ginge sie das Chaos mitten in der Stadt nichts an. Kein Unterstand am „Palast der Winde“, kein Erbarmen mit den Reisenden. Wer von den kommunalen Größen spürte sich schon in der Pflicht, seinen Besuchern und Gästen zu helfen? Es war nicht Wowis Party.

Aus Fehlern lernen? In der Stammzelle des preußischen Geistes am Gendarmenmarkt war Volker Tschapke bei 1807 angekommen, dem Schicksalsjahr der Preußen.

Was wie ein Ruck damals durchs Land ging und jeden zwang, mit anzupacken, ist zur Geschichte mit Jubiläumswert geworden.

Den „Ruck“, den Bundespräsident Roman Herzog vor zehn Jahren einforderte, auf dessen Ertrag warten wir immer noch, klagte der Preußen-Präsident.

Brandenburgs Noch-CDU-Chef Jörg Schönbohm, einer der wenigen Politiker, die sich ohne Wenn und Aber zum preußischen Kern Deutschlands bekennen, hatte sich mit einem Schmunzeln als „Preußens Innenminister“ ansprechen lassen – und hob einen anderen Schatz des Landes: Paul Gerhardt, vor 400 Jahren geboren, ein Mann der sich politisch kaum einschüchtern ließ, zu seinen Prinzipien stand und dann doch die schönsten Kirchenlieder schuf. Zu seiner Zeit, erinnerte Schönbohm, hatte Preußen die Folgen des 30jährigen Krieges zu tragen – und ließ offen, wie „übersichtlich“ eigentlich die Aufgaben heute rund um Berlin doch seien.



Die Schulden-Uhr:

Noch ein kleiner Wurf

Fast stillschweigend wird der als ehrgeiziges Projekt geplante zweite Teil der Föderalismusreform zur Neuordnung der verworrenen Geldströme zwischen Bund und Ländern ausgebremst. „Keiner kann sich zu Hause zeigen, wenn für ihn am Ende ein dickes Minus herauskommt“, so erklärt Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU), warum die Föderalismuskommission II statt wie geplant im Januar erst im März tagen soll.

1.548.072.496.622 €

(eine Billion fünfhundertachtundvierzig Milliarden zweiundsiebzig Millionen vierhundertsechsundneunzigtausend und sechshundertzweiundzwanzig)

Vorwoche: 1.546.797.749.073 €
Verschuldung pro Kopf: 18.764 €
Vorwoche: 18.749 €

(Stand: Dienstag, 23. Januar 2006, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Geld für nichts

Von Harald Fourier

Ob die „Grauen“, eine kleine Protestpartei, die in mehreren Berliner Bezirksrathäusern sitzt, genauso anfällig sind für Bereicherung wie die Politiker von CDU, SPD und Co. wird sich erst zeigen, wenn sie einmal an die Fleischtöpfe gelangen.

Falls sie da jemals hinkommen. Denn die Hürden, die die anderen Parteien für Neulinge aufbauen, sind womöglich recht vielfältig: Parteichef Norbert Raeder, ein treuherziger Kneipenbesitzer mit dem richtigen „Stallgeruch“ in seinem Residenzstraßenkiez (Reinickendorf), bekommt nach eigener Aussage regelmäßig Besuch vom Gesundheitsamt. Ein bißchen zu häufig, wie er findet. Nach Zählung des Wirts erschienen die Beamten in nur einem Jahr 127mal in seinem Lokal. Raeder vermutet dahinter die CDU-Bezirksbürgermeisterin, deren Partei in den vergangenen Jahren die meisten Wähler an die Grauen verloren habe.

Raeder hat jetzt ein erhebliches Presseecho ausgelöst, weil er 1300 Euro für ein Kinderfest gespendet hat. Nicht die überschaubare Summe ist interessant, es ist die Herkunft des Geldes. Es handelt sich um Raeders gesamte Aufwandsentschädigung für die „Arbeit“ im Jugendhilfeausschuß – 331 Euro erhält jeder Bezirksverordnete monatlich zusätzlich zu seinem normalen Salär für die Ausschußtätigkeit, so auch Norbert Raeder.

Sein Ausschuß ist aber, obwohl die Wahl im September 2006 stattfand, noch gar nicht zusammengetreten. Also schlußfolgert der „Graue“: „Da ich die 1324 Euro nicht verdient habe, spende ich das Geld.“ Täten dies alle Reinickendorfer Bezirksverordneten, dann kämen über 70000 Euro zusammen.

Die Politiker anderer Parteien, vor allem von SPD und PDS, wollen aber nichts zurückgeben, sondern reagierten mit Ausreden und Ausflüchten („sitze jeden Tag in meinem Büro“) oder Bekenntnissen wie: „Ich bin Student und brauche das Geld.“ Damit bestätigen die „Volksvertreter“ sämtliche Klischees über ihre ausgeprägte Geldgier. Für ein paar 100 Euro!

Die Konstituierung der Ausschüsse findet erst jetzt statt – vier Monate nach der Wahl. Die neuen Bezirksverordneten haben sich reichlich Zeit gelassen. Und weil das so ist, haben diese Gremien bislang noch in der alten Zusammensetzung getagt.

Als ein frischgewähltes Mitglied aus Raeders Fraktion allerdings an einer dieser Sitzungen in der alten Zusammensetzung teilnehmen wollte, um endlich seine Arbeit dort aufzunehmen, da setzte ihn der Ausschußvorsitzende gegen seinen Willen vor die Tür. Grund: Er war formal nicht Mitglied des alten Ausschusses.

Ergo: Ein Bezirkspolitiker gehört einem Ausschuß an, in dem er mitarbeiten möchte – aber (monatelang) nicht darf. Geld erhält er trotzdem, so als ob er bereits mitarbeitete. Geht es eigentlich noch absurder? Raeder versteht das alles nicht recht.

Dutschkes später Sieg

Abstimmung: Berliner Kochstraße soll den Namen des radikalen Studentenführers tragen



Geschichtspolitischer Straßenkampf: Marek Dutschke, Grünen-Politiker und Sohn des Studentenführers, feiert die Umbenennung der Kochstraße.

Foto: dpa

Von Peter Westphal

Na, ich glaube, ihr seid bescheuert!“, so hätte Rudi Dutschke die Kampagne kommentiert, mit der die linke „Tageszeitung“ (taz) die Umbenennung der Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße in den vergangenen Monaten vorangetrieben hatte.

Das meint zumindest dessen Sohn Marek, der hierbei den Altlinken Christian Ströbele zitiert, mit dem zusammen er in den vergangenen Tagen noch einmal auf der Straße für die Umbenennung agitiert hatte – erfolgreich, wie sich zeigen sollte.

Der lange „Marsch durch die Institutionen“ führte diesmal über die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Friedrichshain-Kreuzberg. Dort hatten Grüne und PDS im August 2005 den Antrag eingebracht, die Kochstraße fortan nach dem 1979 verstorbenen Führer der 68er-Bewegung Rudi Dutschke zu benennen.

Die BVV, die diesem Vorschlag mehrheitlich zugestimmt hatte, war dabei einer Marketing-Aktion des ebenfalls an der Kochstraße liegenden „taz“-Verlages gefolgt, dessen Gebäude mittlerweile als Rudi-Dutschke-Haus firmiert.

Darüber hinaus gibt es schon seit mehreren Jahren in Berlin-Dahlem, wo die Freie Universität zu Hause ist, einen Rudi-Dutschke-Weg.

Die im Bezirksparlament von Friedrichshain-Kreuzberg nur als Splitterpartei vertretene CDU hatte sich bis zuletzt gegen die Umbenennung zu wehren versucht. Durch ein von ihr initiiertes Bürgerbegehren war es am vergangenen Sonntag zu einem Bürgerentscheid gekommen.

Dieser kostete nicht nur 200000 Euro, sondern nahm den Dutschke-Gegnern auch die (vor-)letzte Hoffnung, die beschlossene Umbenennung der Kochstraße rückgängig zu machen.

Von den etwa 182000 Stimmberechtigten beteiligten sich etwa 30700 Personen an dem Bürgerentscheid; das waren 16,6 Prozent und somit nur wenig mehr als das nötige Quorum von 15 Prozent. Von ihnen votierten 57,1 Prozent für die Umbenennung, nur 42,9 Prozent waren für die Beibehaltung des Namens Kochstraße – damit hat die „taz“ und die mit ihr verbündete Regierung des Stadtbezirks vorerst gewonnen.

Wie fragwürdig dieser „demokratische“ Akt derweil ist, offenbart ein genauerer Blick auf das Abstimmungsverhalten. Denn im direkten Einzugsgebiet der betroffenen Straße votierten über 75 Prozent der Bürger gegen die Umbenennung. Deren letzte Hoffnungen ruhen nun auf einer Klägergemeinschaft, die vor Gericht die Straßenumbenennung verhindern will. Zu den hier vertretenen Anrainern zählt auch die „Axel Springer AG“, deren Verlagsgebäude in unmittelbarer Nachbarschaft der „taz“-Adresse liegt. Die vor dem Hause des Medienkonzerns verlaufende „Axel-Springer-Straße“, die ebenfalls erst vor einigen Jahren – in einem Senatsakt – ihren Namen bekam, würde künftig direkt auf die Dutschke-Straße treffen.

Dieses sinnfällige Zusammentreffen jüngster geschichtspolitischer Entwicklungen begeistert die Anhänger der Dutschke-Straße über alle Maßen. Symbolisch gesehen würde damit Axel Springer auf ewig seinem Widersacher Rudi Dutschke begegnen müssen.

Für die publizistische Linke ist diese gleichnishafte Rückeroberung des städtischen Raums ein verheißungsvoller Sieg im geschichtspolitischen Straßenkampf – heute, da der Häuserkampf des alten West-Berlin, das Besetzen von leerstehenden Häusern und deren gewaltsame Räumung durch die Polizei, schon längst der Vergangenheit angehört.

Dennoch wird diese nur zu gern beschworen: So wird im hauseigenen Café der „taz“ am Abend des Bürgerentscheids auf die Niederlage von CDU und Springer freudig angestoßen – unter den Klängen von Ton, Steine, Scherben („Macht kaputt, was euch kaputt macht!“).

Daß hinter dem Glorienschein der Ikone Dutschke der Schattenriß des RAF-Terrorismus sichtbar wird, scheint dabei nicht zu stören. Im Gegenteil: Am Tresentisch liegt die Broschüre „Dutschke und Du“ aus, auf deren Titelblatt für die Botschaft Beate Klarsfelds geworben wird: „Mord kann gerecht sein“. Dutschke, der die Idee einer deutschen Stadtguerilla propagierte, war denn auch gedanklich nicht so weit von den RAF-Köpfen entfernt. Am Grab von Holger Meins sprach er den berüchtigten Satz „Der Kampf geht weiter“, der in der Geschichte der Rote-Armee-Fraktion zum bestimmenden Mantra werden sollte.

Dem Vergessen übergeben wird die eigentliche Geschichte der Straße. Lediglich der U-Bahnhof „Kochstraße (Checkpoint Charlie)“ sowie ein Rumpfstück der bisherigen Kochstraße, die es schon seit 273 Jahren gibt, dürften demnach noch den angestammten Namen behalten.

Dabei hat dieser eine Berechtigung wie nur wenige andere Straßennamen. Mit ihm wird der Bäckermeister Johann Jakob Koch geehrt, der um 1724 Vizebürgermeister von Berlin war und der durch seine Spenden den Bau dieser Straße überhaupt erst ermöglichte. Solches Engagement scheint nicht mehr zeitgemäß. Heute soll ein Mann geehrt werden, der im Kinderwagen neben seinem Kind Sprengstoff transportierte, sich für Sabotageakte „gegen Transport, Telekommunikation, Häfen und Eisenbahn“ aussprach und zur „Konfrontation mit der Staatsgewalt“ aufrief.

Linke Gewalt nimmt zu

Brandenburg: Rechtsextreme Übergriffe leicht rückläufig

Von Peter Westphal

Der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) stellte vergangene Woche die vorläufige Statistik zu den politisch motivierten Gewalttaten des Jahres 2006 vor. Demnach ist die Zahl linksextremer Gewalttaten im Vergleich zu 2005 von 17 auf 32 Fälle angestiegen, was einer Zunahme von fast 90 Prozent entspricht.

In Zusammenhang mit dem bevorstehenden G-8-Treffen rechnet das Innenministerium „mit weiteren Taten“. Wie diese aussehen, konnte sich ausmalen, wer jüngst die alljährliche Rosa-Luxemburg-Demonstration zur „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde miterlebt hatte. Dort rapportierte die Antifa über Lautsprecherwagen einen speziellen Jahresrückblick, der einer Auflistung aller erfolgreich ausgeführten Brandanschläge glich, die man vergangenes Jahr in der Bundesrepublik verübt hatte – die Polizei lief hilflos nebenher.

Die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten im Land Brandenburg bleibt hoch, ist allerdings um acht Prozent zurückgegangen: Die Polizei zählte hier 89 Fälle im Vergleich zu 97 im Vorjahr. Der Rückgang fand – mit Ausnahme der „Berliner Morgenpost“ – in den Medien der Region keinen Niederschlag.

Gezählt werden die Taten nach Vorfällen, eine gewalttätige Großdemo zählt hier genauso als nur ein Fall wie der Übergriff eines einzelnen betrunkenen Jugendlichen, der „Heil Hitler“ oder ähnliches brüllend über einen Menschen herfällt.

Die Medien von Berlin und Brandenburg sind unterdessen von einer Meldung des „Tagesspiegel“ vom 11. Januar alarmiert. Anlaß ist ein 14000 Quadratmeter großes Anwesen im Plattenburger Ortsteil Kleinow im Landkreis Prignitz. Einem Gerücht zufolge soll NPD-Anwalt Jürgen Rieger dessen Erwerb angeblich geplant haben.

Medien diagnostizierten daraufhin prompt eine „enorme Zunahme rechtsextremistischer Umtriebe“ im Norden Brandenburgs. Bislang aber gibt es außer dem verschuldeten Eigentümer Norbert R., der sich zum Verkauf genötigt sieht, niemanden, der diese Kaufabsicht bestätigt. Rieger selbst hat auf Nachfrage mehrfach beteuert, keinerlei Interesse an dem Grundstück zu haben, das er nicht einmal kennen will.

Beobachter spotten nun, Immobilienbesitzer könnten die gezielte Behauptung, eine rechtsradikale Gruppe plane den Kauf ihres Grundstücks, als neue Geschäftsidee entdecken. Wie in Delmenhorst sollten so die Öffentliche Hand und politisch motivierte Spender bewogen werden, völlig überhöhte Preise zu bieten.

Machtkampf entbrannt

Märkische CDU wählt neuen Chef – Ausgang offen

Von Markus Schleusener

Sven Petke ist gut gelaunt. Am Sonnabend möchte der 39jährige Brandenburgs CDU-Vorsitzender werden. „Wenn Herr Schönbohm mich leben läßt, dann werde ich vielleicht sogar 40“, witzelt er am Telefon über den Parteitag an diesem Wochenende in Frankfurt/Oder.

Die Brandenburger CDU hatte es noch nie leicht. Das Bundesland wählte sich 1990 als einziges „Neues“ einen SPD-Mann zum Ministerpräsidenten. Mit dem Aufstieg von Manfred Stolpe begann die Krise der märkischen Union.

Landesvorsitzende gaben sich die Klinke in die Hand, Intrigen gehörten zum CDU-internen Tagesgeschäft, und von der Macht war die Partei über Jahre hinweg weit entfernt. Erst 1999 wendete sich das Blatt. Jörg Schönbohm kam. Er brach die absolute SPD-Mehrheit und seine Union wurde Teil einer Großen Koalition. Ruhe kehrte ein in der CDU zwischen Oder und Elbe. Doch Jörg Schönbohms (lange angekündigter) Abgang hat die alten Fehden wieder ausbrechen lassen. Die Methoden sind noch derber geworden als in der Ära vor ihm.

Im Zentrum steht die Nachfolgefrage. Schönbohm (69) und die Parteispitze befürworten Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (50), einen früheren Funktionär der DDR-Bauernpartei. Als Außenseiter warf nun auch Sven Petke seinen Hut in den Ring.

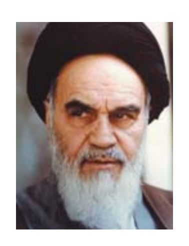
Petke ist ehrgeizig. „Machthungrig“, urteilen seine Gegner. Zwischen „seriös“ und „bieder“ schwanken dagegen die Charakterisierungen seines Konkurrenten Junghanns. Beide Seiten schenken sich nichts im Kampf um die Macht. Petke war CDU-Generalsekretär, als angeblich E-Mails von Abgeordneten ausgespäht wurden. Handfeste Beweise, die für eine Anklage reichen würden, konnten zwar nicht vorgelegt werden. Der Ruf des 39jährigen war dennoch beschädigt.

Mit der Unterstützung seiner Frau, der CDU-Bundestagsabgeordneten Katherina Reiche, gelang Petke in der letzten Vorstandssitzung vor dem Parteitag dennoch ein Coup: In einer Kampfabstimmung stellte sich der Vorstand hinter ihn, nicht hinter Junghanns.

Damit ist Junghanns' Favoritenstellung gefährdet und das Rennen wieder offen. Es erinnert an 1991, als Helmut Kohl höchstpersönlich Angela Merkel in den Posten der brandenburgischen CDU-Chefin hieven wollte. Die Delegierten wehrten sich gegen die Personalpolitik „von oben“ und es wurde nichts draus.

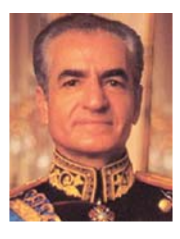
Genau die gleichen Reflexe helfen jetzt Petke, der seine guten Kontakte zur Basis, ein Erbe der Zeit als Generalsekretär, geschickt zu nutzen weiß.

Zeitzeugen



Ruhollah Khomeini – Der 1900 in Khomein geborene Ayatollah wurde zur Führungsfigur der Islamischen Revolution. Nach dem Sturz des Schahs war er bis zu seinem Tod 1989 als Oberster Rechtsgelehrter Staatsoberhaupt der Islamischen Republik Iran.

Mahmud Ahmadinedschad – Der 1956 geborene promovierte Bauingenieur stammt aus einfachen Verhältnissen. Bescheidenheit und Volksnähe gehören denn auch ebenso zum Image des seit 2005 amtierenden Präsidenten wie religiöse Radikalität und (verbale) Attacken gegen Israel und die USA. Entschieden vertritt er den bei seinen Landsleuten populären Standpunkt, daß auch ihr Land ein Recht auf die friedliche Nutzung der Atomkraft habe. Daß er die Atombombe wolle, bestreitet er, wird ihm aber unterstellt.



Mohammed Reza Pahlavi – Nachdem die Engländer in Zusammenarbeit mit den Russen seinen Vater gestürzt hatten, bestieg der Iraner 1941 den Pfauenthron. Er setzte die väterliche Politik einer Trennung von Kirche und Staat fort. Sein erstes Exil 1953 wurde zum Schlüsselerlebnis. Danach errichtete er eine Diktatur. Mit Hilfe der Öleinnahmen und der USA versuchte er, sein Land zu einer modernen Großmacht zu machen. Modernisierung und Wohlstand erreichten jedoch breite Teile der Bevölkerung nicht. 1979 ging er abermals ins Exil, wo er 1980 starb.

Soraya Esfandiary Bakhtiari – Die 1932 in Isfahan geborene Deutsch-Iranerin heiratete 1951 Schah Reza Pahlavi. Obwohl die beiden als Traumpaar galten, ließ er sich von ihr 1958 aus Gründen der Staatsräson scheiden, da sie keine Kinder bekam. Sie starb 2001 in Paris.



Schapur Bachtiar – Um die Revolution abzuwenden, ernannte der Schah 1978 den gemäßigten Oppositionellen zum Regierungschef. Der Versuch scheiterte jedoch. Kurz nach dem Schah wurde auch der Ministerpräsident von der Islamischen Revolution hinweggefegt. Im französischen Exil wurde Bachtiar eine Führungsfigur der iranischen Opposition. Möglicherweise kostete ihn das das Leben. 1991 wurde er mit seinem Sekretär in seiner Wohnung ermordet.

Ein bißchen Kalter Krieg

Rußland liefert zum Ärger der USA Raketen an den Iran

Von Hans Heckel

Die Gefahr eines internationalen Atomkrieges halten viele Experten mittlerweile wieder für so hoch wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Ins Zentrum der Befürchtungen rücken dabei immer wieder besonders der Iran und Nordkorea. Während das Regime von Pjöngjang jedoch weithin isoliert ist, entwickelt sich Persien zum Scheitelpunkt einer sich zuspitzenden Kontroverse zwischen den Atommächten USA und Rußland.

Ungeachtet westlicher Proteste setzt Moskau die Auslieferung von Flugabwehrraketen an Teheran fort. Es handelt sich um insgesamt 29 „Tor-M1“-Flugabwehrkomplexe, von denen jeder einzelne mit acht „Sam“-Raketen bestückt ist. Sie können ankommende Flugzeuge ab einer Distanz von 25 Kilometern aufspüren und ab einer Entfernung von zwölf Kilometern in bis zu 6000 Metern Flughöhe abschießen.

Moskau betont, daß die Raketen, deren Lieferung im Dezember 2005 mit Teheran vereinbart worden war, keine Nuklearwaffenträger seien und so auch nicht unter das (von Rußland unterstützte) UN-Embargo fielen. Außerdem bedrohten sie wegen ihrer geringen Reichweite keine Nachbarländer.

Die USA und Israel sehen das anders. Zwar könnten die Raketen keine anderen Länder treffen, wohl aber die persischen Nuklearanlagen, in denen nach Auffassung von Washington und Tel Aviv Vorbereitungen zur Fertigung iranischer Atombomben laufen, gegen westliche Luftangriffe schützen. Die gelieferten Raketen sind nach russischer Darstellung imstande, sogar amerikanische Tarnkappenbomber vom Typ „Stealth“ aufzupüren, die für gewöhnliches Radar unsichtbar sind. Die USA und Israel halten sich die Option eines Angriffs auf die iranischen Atomanlagen offen.

Moskaus Lieferung steht womöglich in direktem Zusammenhang mit der Aufstellung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und der Tschechei. Washington beteuert, daß diese ausschließlich als Schutzmaßnahme gegen etwaige iranische Fernwaffenangriffe gegen die europäischen Verbündeten gedacht seien. Rußland aber ist nicht bereit, das zu glauben. Das US-System sei „eine reale Gefahr für uns“, ließ ein ranghoher Militär in Moskau verlauten.

So befinden sich die einstigen Hauptkontrahenten des Kalten Krieges abermals in einem, wenn auch bislang vergleichsweise überschaubaren, Wettrüsten. Ein Kuhhandel wie seinerzeit bei der Kuba-Krise ist indes nicht in Sicht. 1962 zogen die USA ihre (veralteten) „Jupiter“-Raketen aus der Türkei ab als Gegenleistung dafür, daß die Sowjetunion ihre Systeme von Kuba wieder zurücknahm. Sind die „Tor-M1“-Komplexe jedoch erst im Iran, kann Moskau nicht mehr so ohne weiteres über sie verfügen wie seinerzeit über die Waffen auf der Karibikinsel.

Ohnedies betrachtet Moskau die US-Expansion in dem gesamten, strategisch wichtigen und für die Energieversorgung der Welt unverzichtbaren Raum vom Persischen Golf bis weit nach Zentralasien mit äußerstem Unbehagen. Alte Einkreisungsängste tauchen wieder auf – da das Polarmeer kein Hindernis für moderne Waffensysteme ist, sieht sich Rußland in allen Himmelsrichtungen von amerikanischen Stützpunkten und Verbündeten umzingelt. Bei dem Willen, diesen Ring zu durchbrechen, ist der Kreml daher nicht wählerisch.

Von ferne betrachtet erscheint die Außenpolitik des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad durchaus erfolgreich. Unverkennbar ist es ihm gelungen, die latente Rivalität zwischen Moskau und Washington für seine Zwecke zu nutzen. Indes ist der Staatschef auch ein Getriebener, was die Lage nur noch explosiver macht. Der Druck kommt, von der Weltöffentlichkeit kaum zu Kenntnis genommen, von innen.

Ahmadinedschads Reise nach Lateinamerika, der dort einige Gegner der USA hofierte, wurde weltweit eher oberflächlich als weiterer außenpolitischer Coup des islamistischen Präsidenten verbucht. Im Iran selbst jedoch wird der Nutzen solcher Ausflüge offen und erstaunlich aggressiv bezeifelt. Die reformorientierte persische Zeitung „Etemad Melli“ schimpfte nach dem Besuch: „Während uns die USA mit einer großen Luftstreitmacht umringen und Condoleezza Rice die Nachbarländer des Iran besucht, trifft sich der iranische Präsident mit den Freunden Fidel Castros ... Glauben Sie, daß Leute wie Hugo Chávez, Rafael Correa und Daniel Ortega die strategischen Verbündeten des Iran sein können? Die linken Freunde sind gut für Kaffeehausdebatten, aber nicht, um unsere Belange bei der Sicherheit, der internationalen und der Wirtschaftspolitik zu sichern.“



Auf Suche nach Verbündeten: Mahmud Ahmadinedschad in Nicaragua. Aber auch Rußland ist ihm milder gestimmt als dem Westen lieb ist. Foto: AFP / Getty

Venezuelas linker Präsident Chávez und seine nicht minder roten, gerade erst ins Amt gelangten Amtskollegen Correa (Equador) und Ortega (Nicaragua) hatten mit Ahmadinedschad einen vor allem symbolischen Pakt gegen den „US-Imperialismus“ geschlossen, dem kaum konkrete gemeinsame Aktionen folgen dürften.

Die Unzufriedenheit mit dem Präsidenten reibt sich aber nicht allein an außenpolitischen Eskapaden. So unterzeichneten 150 von insgesamt 290 Parlamentsabgeordneten eine Resolution, in welcher sie Ahmadinedschad die galoppierende Inflation von 15 Prozent vorhalten. Zudem bemängeln die Parlamentarier, daß der Staatschef trotz der hohen Ölpreise, die viel Geld in die Staatskasse spülen, das Haushaltsdefizit nicht in den Griff bekomme. Ahmadinedschad ist Gefangener seiner eigenen Versprechungen sozialer Wohltaten, die den Finanzrahmen sprengen, ihm aber die Unterstützung der unteren Schichten bringen wie etwa billige Kredite an junge Familien. Die Einführung eines Mindestlohns führte gar zum Aufruhr, weil die Bäcker des Landes infolge der gestiegenen Lohnkosten die Brotpreise dramatisch anhoben.

Für die USA sind dies gute Nachrichten. Jüngste Truppenverlagerungen – wie die Entsendung eines weiteren Flugzeugträgers – zielen nach Meinung von Beobachtern darauf, Ahmadinedschad (am besten mit Hilfe eines unzufriedenen iranischen Volkes) zu Fall zu bringen.

»Ajax« beseitigt selbst Nationalhelden

Nachdem sich Briten und Iraner über das iranische Öl nicht hatten einigen können, beschloß der Majlis, das iranische Parlament, im Jahre 1951 gegen den Willen des Schahs, die britisch dominierte „Anglo-Iranian Oil Company“ (AIOC), die heutige BP, zu verstaatlichen. Noch im selben Jahr wählte das Parlament den Nationalisten Mohammed Mossadegh, der sich maßgeblich für diesen Beschluß eingesetzt hatte, zum Ministerpräsidenten.

Die Briten taten, was auch heute im Gespräch ist. Sie errichteten eine Seeblockade gegen den Iran und initiierten einen Wirtschaftsboykott durch befreundete Staaten. Trotz der dadurch ausgelösten Wirtschaftskrise wurde Mossadegh 1952 durch den Wähler in seinem Amt bestätigt. Um der Krise begegnen zu können, forderte er vom Schah Notstandsrechte. Als dieser ihm diese verweigerte, trat er zurück. Das war taktisch klug, denn der Nachfolger brachte mit einer probritischen Politik derart das Volk gegen sich auf, daß dem Schah nichts anderes übrig blieb, als Mossadegh an die Regierungsspitze zurückzuholen. Vom Parlament mit erweiterten Rechten ausgestattet, setzte er neben diversen anderen auch eine Landreform durch.

Die Operation der Anglo-Amerikaner als Vorbild

Zum Verhängnis wird Mossadegh die Breite der ihn tragenden Koalition, denn sie reicht von den islamischen Fundamentalisten bis zu den Kommunisten. Anders als heute störten sich die USA jedoch nicht an den islamischen Fundamentalisten, sondern an den Kommunisten, von denen sie befürchteten, daß die Sowjetunion über sie Einfluß auf den Iran nehmen könnte. Damit hatte Mossadegh neben Großbritannien auch die USA gegen sich, und das war sein politisches Ende.

1953 unternahmen der CIA mit Unterstützung des britischen Secret Service die Operation „Ajax“, die zum Vorbild für Interventionen unterhalb der Kriegsschwelle wurde. Nachdem der Schah sich vorsichtshalber ins Ausland begeben hatte, wurde Mossadegh weggeputscht. Der Schah kehrte zurück; Mossadegh kam für drei Jahre ins Gefängnis und stand danach bis zu seinem Lebensende 1967 unter Hausarrest. Nach den Briten und den Iranern hatten nun die Amerikaner im Iran das Sagen. *M. R.*

Eine von vornherein schlechte Beziehung

Dem Sturz des mit den USA verbündeten Schahs folgte die Besetzung der US-Botschaft in Teheran

Von Manuel Ruoff

Wie 1953 hält Schah Reza Pahlavi 1979 die Zeit für gekommen, zumindest vorübergehend Schutz im Ausland zu suchen. Mit den Worten „Ich bin müde und brauche eine Pause“ verläßt er am 16. Januar 1979 per Flugzeug sein Kaiserreich. Ein Jahr vorher war es nach einer schweren Versorgungskrise zu Demonstrationen für Ayatollah Khomeini gekommen. Der Schah versuchte der Unzufriedenheit, die nicht nur unter den islamischen Fundamentalisten in seinem Land herrschte, mit Zuckerbrot und Peitsche zu begegnen. Einerseits verhängte er das Kriegsrecht – erst nur für einige Städte, dann für alle – und setzte am 6. November 1978 eine Militärregierung ein. Andererseits machte er der Opposition Konzessionen: Es erfolgte eine Rückkehr zum islamischen Kalender. Die Spielcasinos wurden geschlossen. Parteien wurden zugelassen. Und freie Wahlen und Pressefreiheit wurden in Aussicht gestellt. Schließlich berief der Schah auch noch den gemäßigten Oppositionellen Bachtiar zum Ministerpräsidenten. Kaum daß der Schah weg war, ermöglichte sein neuer Premier dem Führer der islamischen Fundamentalisten, Ayatollah Khomeini, die Rückkehr aus dem französischen Exil. Die Islamische Revolution nahm ihren Lauf. Nach Straßenkämpfen trat der letzte vom Schah berufene Premierminister zurück und ging wie zuvor schon der Schah ins Exil, und zwar in jenes Land, aus dem der neue Revolutionsführer kein Vierteljahr zuvor erst gekommen war. An die Stelle des Kaiserreiches, deren Staats- und Regierungschefs mittlerweile außer Landes waren, trat am 1. April 1979 nach einem Referendum die von Khomeini proklamierte Islamische Republik Iran.

Wie weiland Mossadegh die britische schickte sich nun Khomeini an, die US-amerikanische Dominanz im Iran zu beenden. Entsprechend schlecht entwickelten sich die bilateralen Beziehungen. Am 1. November 1979 rief der Ayatollah sein Volk für den 4. des Monats zu einer Demonstration gegen die USA und Israel auf. Ohne daß die iranische Staatsmacht etwas dagegen unternommen hätte, besetzten etwa 500 persische Studenten die US-Botschaft und erklärten die US-Amerikaner in ihr zu Gefangenen. Von den anfänglich 66 Geiseln wurden die weiblichen, schwarzen oder schwerkranken freigelassen, so daß 52 verblieben. Als Gegenleistung für die Freilassung wurden die Auslieferung des Schahs, eine Entschuldigung der USA für ihr Verhalten im Iran und das Versprechen, sich zukünftig nicht mehr einzumischen, gefordert. US-Präsident Jimmy Carter lehnte die Bedingungen ab. Nachdem er schon vor der Geiselnahme alle Ölimporte aus dem Iran gestoppt hatte, wurden nun noch zusätzlich Iraner des Landes verwiesen und Persiens Guthaben eingefroren. Nachdem ein militärischer Befreiungsversuch der USA gescheitert war, wurden die US-Amerikaner nach 444 Tagen Geiselhaft schließlich gegen die Freigabe des eingefrorenen Vermögens freigelassen. Daß es zu dieser letztlich friedlichen Lösung kam, lag auch daran, daß sowohl die USA als auch der Iran einen zumindest akut noch gefährlicher scheinenden Gegner hatten. Bei den USA war es die Sowjetunion und beim Iran seit dem Beginn des Ersten Golfkrieges am 22. September 1980 der Irak. Derartige ablenkend wirkende Gegner haben heute weder die USA noch der Iran, was den gegenwärtigen (Atom-) Streit zwischen den beiden um so brisanter erscheinen läßt.

Allen Grund zum Abwandern

Niedrigere Löhne bei oft gleichen Kosten lassen die deutsche Teilung weiterleben

Von SVERRE GUTSCHMIDT

Peggy (24) verkauft seit ein paar Tagen keine Drucker und Tintenpatronen mehr. Aus der mecklenburgischen Provinz war sie nach Hamburg gekommen, weil es in ihrem Heimatort keine Arbeit gab. Wenn doch, wurde sie geringer entlohnt als westlich der Elbe. Die junge Frau hatte sich also mit einem kleinen Laden in den Westen, in die Selbständigkeit aufgemacht. Aufgrund eher verhaltener Umsätze kehrte sie nun zurück. Ein Einzelfall – die meisten jungen mitteldeutschen Abwanderer bleiben.

Der Trend zum Weggang nach Westen mildert sich jüngst nur ab, weil „die meisten, die umziehen wollen, es bereits getan haben", so Reiner Klingholz, Direktor des „Berlin-Instituts für Bevölkerungsentwicklung". 2001 gingen 100 000 Deutsche in den Westen der Republik, 2005 noch 49 000. Hauptgrund für den Exodus sind nach wie vor geringere Job- und Verdienstchancen in den neuen Ländern. Durchschnittlich verdienten beispielsweise Handwerker 2006 in den neuen Ländern brutto 4,17 Euro weniger pro Stunde als vergleichbare Westkollegen (West 13,33; Ost 9,16). Die Produktivität der Arbeiter und Angestellten aus den neuen Ländern ist dabei keineswegs geringer.

Während Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern um junge Rückkehrer mit wirkungslosen Aktionen werben, setzt sich in diesen Ländern ein Teufelskreislauf aus Abwanderung und weiterer Strukturverschlechterung fort. Die Studie „Jugend in Brandenburg" zeigt: Beinahe jeder zweite Jugendliche dort möchte lieber anderswo leben. Neben fehlender Arbeit geben die Betroffenen laut dieser Erhebung auch das Umfeld als Grund an. Wo Abwanderung herrscht, entstehen keine attraktiven Freizeitangebote. Dabei messen die Jugendlichen Brandenburgs Arbeit generell einen deutlich höheren Stellenwert bei als Freizeit oder Lebensgenuß – auch das ergibt die Langzeitstudie.

Andere Untersuchungen machen deutlich, daß vor allem der Weggang junger Frauen die Entwicklungschancen düster aussehen läßt. Auch bei ihnen ist der Hauptgrund Arbeit. Für viele Gemeinden ist daher das Ende, das „Aussterben", abzusehen. Eine Entwicklung, die im Gegensatz zu den Altländern nicht nur ländliche Gegenden betrifft. Warum 17 Jahre nach der Wende immer noch gleiche Arbeit ungleich bezahlt wird – mit allen negativen sozialen und infrastrukturellen Folgen – ist schlicht nicht einzusehen.

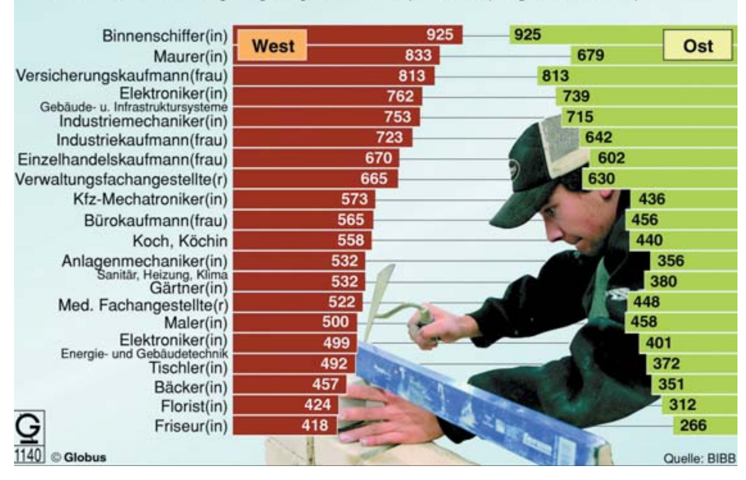
Abzusehen ist dagegen, daß viele Investitionen in Straßen, Schulen und Gewerbeparks zwischen Erzgebirge und Ostsee überdimensioniert waren, die Politik somit jahrelang fehlinvestiert hat. Die Kosten des Rückbaus, offiziell „Stadtumbau" werden den Bund sowie die östlichen Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland stark belasten. Rückbau erhöht zudem alle infrastrukturellen Kosten für die zurückgebliebenen Bürger. Allein in Sachsen wurden seit der Wende 63 000 Wohnungen und in Sachsen-Anhalt 34 000 abgerissen. Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD), zuständig für den „Aufbau-Ost", hat für Stadtumbau bisher 700 Millionen Euro ausgegeben. Falsche Anreize ziehen neue Kosten nach sich.

Beim Faktor Mensch hat die Politik dagegen zu lange nur auf das Geld, genauer Lohnkosten, gestarrt. Das Leben zwischen Oder und Elbe sei ja auch preiswerter, lautete ein häufiges Argument für möglichst geringe Löhne in den neuen Ländern. Was für die Mieten stimmen mag – so zumindest der Deutsche Mieterbund –, trifft auf andere Bereiche nicht zu. Ein Vergleich der Energiekosten widerlegt gar das Argument. Die teuersten deutschen Stadtwerke liefern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR Gas. Das ergibt ein Vergleich der billigsten und teuersten Gas-Anbieter des „Spiegel". Auch Strom und Wasser kosten in den neuen Ländern mehr: der Strom durchschnittlich fast drei Prozent, Wasser sogar durchschnittlich 16 Prozent. Die teuersten Strompreise Deutschlands gibt es nach einer Auswertung der Energiedatenbank „verivox" in Thüringen.

Selbst wenn manche Güter des täglichen Lebens günstiger sind, nützt das wenig, weil preisgünstige Angebote langfristig mit der Bevölkerung schwinden. Viele der seit der Wende entstandenen Einkaufzentren werden schließen müssen. Gerade ländliche Regionen sind schon abgehängt. Dort wird inzwischen die medizinische Versorgung problematisch. Warum sollte ein Arzt mit geringerem Lohn kalkulieren, sich östlich der Elbe niederlassen? Auch als Uni-Krankenhausarzt West verdient er mehr: 3600 bis 4500 Euro Brutto, Ost hingegen 3200 bis 4000 Euro. Aufbauarbeit wird so konsequent bestraft statt belohnt. Wechsel von West nach Ost lohnen sich für Arbeitnehmer nicht. Ein Ende dieser Art Teilung ist nicht abzusehen.

Durchschnittlich je nach Beruf in den neuen Ländern ein Zehntel bis ein Fünftel weniger zu verdienen heißt nicht, auch entsprechend weniger ausgeben zu müssen. Besonders widersinnig wird das West-Ost-Gefälle im tariflich noch immer geteilten Berlin. Wer im Westen wohnt aber im Osten arbeitet, ist schlecht beraten. Umgekehrt sieht es besser aus, (wer allerdings in einem gefragten und entsprechend teuren Quartier im Speckgürtel um die Metropole wohnt und in Brandenburg arbeitet, ist doppelt benachteiligt). Nur für wenige Stellen wie Zugbegleiter gibt es für den Arbeitnehmer mit östlichem Arbeitsplatz das gleiche wie für den Westkollegen: 1720 bis 1770 Euro Brutto monatlich.

Solange das so bleibt, werden gerade qualifizierte Arbeitnehmer, die noch Arbeit bekommen, lieber gleich in den Westen gehen. Zurück bleiben nur die, die es trotz West-Bewerbungen nicht dahin geschafft haben. Sie stellen nach bisheriger Erfahrung keine neuen Arbeitsplätze. Investoren lassen sich von den etwas niedrigeren Löhnen allein nicht locken – warum auch in sterbende Gebiete, in denen die Fachkräfte fehlen und Westler nicht ziehen wollen, Anlagen bauen? So schließt sich der Teufelskreis – einen Ausweg böte nur ein grundlegender Politikwechsel.



MELDUNGEN

Schlag ins Gesicht der Opfer

Berlin – Die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus" (VOS) hat Aufklärung darüber verlangt, wie viele Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik übernommen wurden. Gleichzeitig regt die VOS eine Säuberungswelle im öffentlichen Dienst an. „Es ist ein Skandal, daß ausgerechnet in der Stasi-Unterlagenbehörde die Täter die Vergangenheit aufarbeiten dürfen. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer des DDR-Unrechtsregimes", meint Ronald Lässig, der Pressesprecher der VOS.

Kritik an Merkels Plänen

Berlin – Angela Merkel hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß sie die nach ihrem Durchfall bei der niederländischen und französischen Bevölkerung schon totgeglaubte EU-Verfassung wiederbeleben will. Bei ihrer Antrittsrede im Straßburger Parlament verkündete die derzeitige EU-Ratspräsidentin, daß sie mit den slowenischen und portugiesischen Nachfolgern in diesem Amt einen Zeitplan erarbeiten wolle, so daß die geplante EU-Verfassung nach eineinhalb Jahren perfekt sein soll. Neben dem schon bekannten Widerspruch aus London, wo man den EU-Verfassungsplan aufgeben oder wenigstens ausdünnen will, kam Anfang dieser Woche ebenfalls erneut Widerstand aus Prag. Der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus wiederholte seine Kritik an den bisherigen Plänen. Klaus ist gegen die fortschreitende Vereinheitlichung der europäischen Mitgliedsstaaten in der EU und ist statt dessen für eine auf „Zwischen-Regierung-Basis gestellte, freundschaftliche, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit".

Gedanken zur Zeit:

Tarnen und Täuschen

Von WILFRIED BÖHM

Wer von den Älteren erinnert sich nicht an den „Ersatzkaffee" der Kriegs- und Nachkriegszeit, den es auch schon früher in sogenannten „schlechten Zeiten" gab und der sich dann sogar zu edlen Marken für solche Menschen entwickelte, für die der „echte Bohnenkaffee" gesundheitlich nicht verträglich ist? Wer erinnert sich nicht an die „entrahmte Frischmilch" als Tarnbezeichnung für die „Magermilch", während die „Vollmilch" Kleinkindern und Schwerstarbeitern vorbehalten blieb? Tatsächlich verraten Tarnbezeichnungen verbale Täuschungen, die aus vielerlei Gründen verwendet werden. Sie sind so etwas wie Nebelkerzen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, hinter denen ungelöste Probleme versteckt oder gesellschaftliche Veränderungen schöngeredet werden.

Die Zahl solcher Begriffe ist heutzutage Legion: Ein-Euro-Kräfte und Zeitarbeiter gibt es statt Vollzeit-Arbeitsplätzen. Bürgerpolizisten mit ein paar Euro Stundenlohn sollen die Innenstädte schützen.

Entwertet hingegen wird die Meisterqualifikation, weil sich jeder in jedem handwerklichen Metier tummeln kann. Um eine Unterrichtsgarantie zu gewährleisten, werden akademische Vollpädagogen durch Hilfslehrer ersetzt, „um den Unterricht zu garantieren", damit sie so die Kinder lebenstüchtig machen. An den Universitäten wird das traditionelle und erfolgreiche Studiensystem durch die Einführung des Bachelors und des Masters systematisch abgebaut, bis es „Weltniveau" erreicht haben wird, also gegenüber dem bisherigen Zustand in Deutschland minder qualifiziert sein wird. Man sieht fassungslos, daß sich die Masse der deutschen Hochschullehrer diesen Entwicklungen gegenüber passiv verhält und ihnen mehr oder weniger schweigend zustimmt, offensichtlich so lange, wie der eigene Platz in der Besoldungstabelle nicht gefährdet ist.

Alles in allem dokumentiert sich so, daß in vielen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereichen versucht wird, den schleichende Ausverkauf des deutschen Staates sprachlich zu kaschieren. So wird schließlich aus der deutschen Leitkultur eine Art „Kultur light", die allerdings im Gegensatz zu dem, was tatsächlich aufgegeben wird und damit verloren geht, eher als eine Art „Leidkultur" erscheint.

Kein Wunder, wenn der spanische Ministerpräsident Zapatero unlängst mit Blick auf die wirtschaftlichen Wachstumsraten von jährlich über drei Prozent in Spanien ankündigte, sein Land werde Deutschland demnächst beim Pro-Kopf-Einkommen überholen. Zur Erinnerung: Spanien war und ist einer der Nettoempfänger der Europäischen Union (EU), das aus den Brüsseler Töpfen kräftig absahnt, während Deutschland der weitaus am meisten geschröpfte Nettozahler ist und hin und wieder ein paar Milliarden Euro nachschiebt, wenn es denn gewünscht wird und das wird es eigentlich immer. „Europäisierung" heißt nun einmal Nivellierung.

Keine Schulden zu machen und nicht mehr auszugeben, als man einnimmt – diese klare und eindeutige, vor 275 Jahren ausgesprochene Mahnung König Friedrich Wilhelms I. in Preußen – sollte nicht nur in allen Bereichen der deutschen Politik zur Richtschnur werden, sondern auch – und das mit Nachdruck – gegenüber der Brüsseler Umverteilungsmaschinerie.

Anders ist die in nahezu allen öffentlichen Haushalten angeschlagene Kassenlage nicht zu bewältigen.

Mit sprachlichen Eskapaden jedenfalls, um mit Tarnen und Täuschen über die Runden zu kommen, kann Politik sich bestenfalls selbst täuschen.

»Reform« gegen das Volk

Gerettet wird allenfalls die Große Koalition

Von H.-J. MAHLITZ

Operation gelungen, Patient tot – das ist, grob vereinfacht, das Ergebnis des jüngsten „Durchbruchs" beim regierungsamtlichen Streben nach einer umfassenden, zukunftssicheren Sanierung unseres Gesundheitswesens. Was angeblich angestrebt, zumindest im letzten Wahlkampf angekündigt war, nämlich eine wirksame und nachhaltige Reform, die diesen anspruchsvollen Namen auch wirklich verdient – mausetot! Keines der hehren Ziele wird erreicht; dazu ein paar Beispiele:

Die Lohnnebenkosten werden nicht, wie versprochen, reduziert, sondern steigen. Zu spüren bekommen das vor allem die Arbeitnehmer, für die die kaufkraftvernichtende Diskrepanz zwischen Brutto und Netto durch die dramatisch steigenden Beiträge der Gesetzlichen Krankenkassen immer größer wird.

Die millionenteure Gesundheits-Bürokratie wird nicht, wie versprochen, abgebaut, sondern weiter aufgebläht, durch eine zusätzliche staatliche Geldverteilungsmaschinerie namens „Gesundheitsfonds".

Die – oft zu Unrecht kritisierte – sogenannte „Zweiklassenmedizin" wird nicht, wie versprochen, durch ein System optimaler Versorgung für jeden Kranken, unabhängig vom jeweiligen Kostenträger, abgelöst, sondern verewigt. Und das auf deutlich höherem Prämien-Niveau, denn mit diesem „Reformschritt" stillschweigend verbunden ist das Eingeständnis, daß nur die verpönten Privatpatienten eine noch halbwegs funktionierende Finanzierung des Gesundheitswesens sicherstellen können.

In der Praxis – und damit ist mehr gemeint als die Behandlungsräume der Mediziner – wird sich spürbar nur eins ändern: Alles wird teurer, nichts wird, wie versprochen, billiger.

Die Gesundheitsreform bezahlen die Bürger

Die Liste ließe sich fortsetzen. Unterm Strich mündet der Weg dieser Gesundheitsreform von den vollmundigen Wahlkampf-Ankündigungen über bislang drei „Durchbrüche" bis zur nunmehr wohl unvermeidlichen Peinlichkeit einer breiten Bundestagsmehrheit in die bittere Erkenntnis: Es gilt das gebrochene Wort! Auch dies übrigens ein rundum gelungener Beitrag unserer Spitzenpolitiker zum Thema „Politikverdrossenheit".

Aber vielleicht ist ja doch alles ganz anders. Vielleicht ist der „Patient" ja gar nicht tot. Vielleicht haben wir, das Volk, in unserer naiven Leichtgläubigkeit gegenüber wahlkämpfenden Politikern da nur irgendwas falsch verstanden. Vielleicht war der dringend behandlungsbedürftige „Patient" ja gar nicht unser Gesundheitswesen, sondern die unter zunehmenden Verfallserscheinungen leidende Große Koalition. Und die hat, dank der „gelungenen Operation" unter fachkundiger Leitung der Wunderheilerinnen Merkel und Schmidt, zunächst einmal überlebt. Das ist, aus Sicht der in Amt und Würden daran Beteiligten und davon Profitierenden, durchaus ein Erfolg. Wie praktisch, daß man sich, ganz demokratisch, auch noch ein Volk halten darf, dem man hinterher die Rechnung präsentieren kann (in voller Höhe vorsichtshalber erst nach der nächsten Wahl, dann aber mit der dringenden Bitte um korrekte Begleichung während der nächsten Jahrzehnte).

Nur sollten die uns leider auch weiterhin Regierenden wenigstens so ehrlich sein und für dieses Machwerk nicht länger den Namen „Gesundheitsreform" mißbrauchen. Denn die „Maus", die dieser Berg namens „Große Koalition" nach qualend langem Kreißen nunmehr zu gebären sich anschickt, ist nicht einmal ein „Reförmchen". Es ist ein politischer Offenbarungseid, von findigen Parteistrategen flugs umgedeutet zum Freibrief für weiteres Herumwurschteln in höchsten Regierungsämtern.

Europäisches Reifezeugnis?

Wahlen in Serbien: Wunsch-Interpretationen und wirkliche Verhältnisse

Von WOLF OSCHLIES

Mihajlo Ramac, Chefredakteur der Belgrader Tageszeitung „Danas“, verriet in der Wahlnacht, wie sein Leitartikel vom nächsten Morgen lauten würde: „Sieg des europäischen Serbiens“. Übertrieb der freundliche ältere Herr da nicht etwas?

Am 21. Januar 2007 fanden in Serbien zum siebenten Mal Parlamentswahlen statt – erstmalig in einem Serbien, das zu keiner „Bundesrepublik Jugoslawien“ und zu keinem „Staatenbund Serbien-Montenegro“ mehr gehört. 6 653 851 Wahlberechtigte sollten entscheiden, wer von den 3795 Kandidaten aus 20 Listen die 250 Sitze in der „Skupschtina“ (Parlament) einnehmen wird.

Ausländische Auguren hatten den Wahlen vorab schlechteste Noten erteilt: „Schicksalswahlen“ würden sie, von „nationalistischer Erhitzung“ gekennzeichnet, begleitet von Kriegspropaganda um das Kosovo und mit einem Sieg der Ultranationalisten des Vojislav Seselj (Insasse des Kriegsverbrecher-Gefängnisses im Haag) und seiner „Serbischen Radikalen Partei“ (SRS) endend.

Um 20 Uhr schlossen die Wahllokale, um 21 Uhr öffnete das „Serbische Fernsehen“ (RTS) sein Wahlstudio, wo Demoskopen und Soziologen laufend gute Nachrichten kommentierten: Die Wahlbeteiligung war mit über 60 Prozent unerwartet hoch („Das bestraft die Extremisten“), der Wahlkampf war erfreulich friedlich verlaufen, die Wahlkundgebungen kamen ganz ohne „historische“ Reminiszenzen und „schicksalshafte“ Beschwörungen aus. Das Kosovo war überhaupt kein Thema, Arbeitslosigkeit und europäische Integration dominierten, und am Ende war absehbar, daß „die Wähler die Populisten bestrafen“ (wie es der Parteienforscher Milan Nikolic formulierte).

Taten sie es? Zwar hat die radikale SRS erstmalig im Kosovo verloren, aber in der Hauptstadt Belgrad zum ersten Mal die „Demokratische Partei“ (DS) geschlagen. Mit 28,7 Stimmenprozenten und 81 Sitzen wurde sie zudem stärkste Partei. Na und? Mitbegründer der DS war der charismatische Zoran Djindjic (*1952), der ob seiner exzellenten Deutschkenntnisse, als Student in Konstanz erworben, Liebling deutscher Medien war. Er hat es oft genug erläutert: Wer in Serbien Reformen will, braucht Mehrheiten; wer Mehrheiten will, muß sich in „sozialen“ Fragen „links“ anlehnen, in „nationalen“ jedoch rechts.

Djindjic wurde im März 2003 von Killern des gestürzten Milosevic-Regimes ermordet, aber seine DS hat nun ihr Stimmenaufkommen auf 22,9 Prozent und 65 Sitze fast verdoppelt und ist zweitstärkste Partei, ohne sich irgendwo deutlich „anzulehnen“. Das ist das Verdienst von DS-Führer Boris Tadic, seit Juni 2004 auch Staatspräsident Serbiens, der noch in der Wahlnacht Klartext redete: Die DS will Regierungsmacht, um Serbiens Weg nach Europa zu beschleunigen, der durch eigene Schuld verschlampt wurde.



Anhänger der radikalen SRS: In Belgrad stärkste Partei Foto: AFP / Getty

Ging das gegen den amtierenden Premier Vojislav Kostunica? Kostunica (*1944) führt die „Demokratische Partei Serbiens“ (DSS) und gilt allgemein als „Nationalist“. Zu Unrecht, denn im Grunde ist er ein harter Legalist, der erst Verfassung und Gesetze ordnen will, dann Reformen angehen. Einst hatte er sich mit Djindjic zerstritten, gibt sich jetzt aber versöhnlich: Serbiens neue Verfassung ist seit November 2006 unter Dach und Fach, „Systemgesetze“ sind auf gutem Wege, über alles andere besteht „Konsens im Parlament“.

Kostunica mußte in der Wahlnacht solche Friedensangebote machen, denn 2006 war er in die Klemme geraten: Seine Minderheitenregierung stand und fiel mit zwei Abgeordneten, sinistren Islamisten aus dem Sandshak, nachdem sie von den Ministern der wirtschaftsliberalen Partei „G17+“ verlassen worden war. Deren Führer Mladjan Dinkic (*1964), exzellenter Finanzexperte (und nicht schlechterer Kopf der Rockgruppe „Währungssturz“), hatte in der Wahlnacht verkündet, daß seine Partei (6,8 Prozent, 19 Sitze) mitregieren wolle, falls Beschäftigung, Kampf gegen Korruption und EU-Integration Priorität in der Regierungspolitik hätten. Dem könnte wohl auch die „Liberal-Demokratische Partei“ (LDP, 5,3 Prozent, 15 Sitze) zustimmen, in der sich die Reste der einstigen „Demokratischen Opposition Serbiens“ (DOS), die im Oktober 2000 das Milosevic-Regime stürzte, gefunden haben. In der Wahlnacht traten sie als harte Gegner Kostunicas auf – aber für wie lange?

An der Fünf-Prozent-Klausel scheiterten Außenminister Vuk Draskovic und seine „Serbische Erneuerungsbewegung“ (SPO) – der archaische Romancier Draskovic (*1946) hatte 2006 zuviel Kosovo-Porzellan zerschlagen, was die Wähler nicht goutierten. Knapp ins Parlament kamen Milosevics Sozialisten (SPS, 5,9 Prozent, 16 Sitze). Von Prozent-Klauseln ausgenommen waren die ethnischen und nationalen Minderheiten (Vojvodina-Ungarn, Sandshak-Muslime, Presevo-Albaner und Roma), die zusammen sieben Sitze eroberten.

Die nun folgende Regierungsbildung kann leicht werden: Mit der radikalen SRS will niemand koalieren, bleibt also der „Demokratische Block“ aus DS, DSS und G17+, der über 128 Sitze verfügt, drei mehr als die nötige Mehrheit von 125, zudem noch die drei Sitze der Vojvodina-Ungarn bekommen sollte. Aber wer wird Premier? Kostunica will im Amt bleiben, die DS favorisiert Bozidar Djelic (*1965), den im In- und Ausland hochangesehenen Wirtschaftsfachmann. Da DS und DSS Neuwahlen und Minderheitsregierungen ausschließen, wird man sich zusammenraufen – zumal die bevorstehende Kosovo-Statusentscheidung ein Unsicherheitsfaktor ist: Sollte sie für Serbien extrem „ungünstig“ ausfallen, gäbe das den SRS-Radikalen Auftrieb, die ihre Machtgelüste (Slogan „50 Prozent plus Deine Stimme“) nicht aufgegeben haben.

Serbien steht seit drei Jahren ökonomisch gut da, ist mit seiner Reformpolitik „Primus unter allen Transitionsländern“ (laut Weltbank), steht seit Ende 2006 in der „Partnerschaft für den Frieden“. Seine Gespräche mit der EU um ein „Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen“ (SAA) liegen zwar seit Frühjahr 2006 auf Eis, sollten aber bald wieder aufgenommen werden. Die internationale Gemeinschaft scheint einzusehen, daß balkanische Sicherheitspolitik nicht ohne oder gegen das größte slawische Land und Volk auf dem Balkan, Serbien und die Serben, zu machen ist. Das Land habe „zusätzliche Schwierigkeiten bei der Transition“ zu bewältigen gehabt, sagte Premier Kostunica in der Wahlnacht, wobei er wohl an die „Geiselhaft“ dachte, in welche die internationale Gemeinschaft Serbien immer wieder nimmt – vor 2000 Milosevics wegen, dann wegen der Kriegsverbrecher Karadzic und Mladic. Jetzt naht der Kosovo-Status, der den Kosovaren nur „begrenzte Souveränität“ verleiht, aber dennoch im Widerspruch zur UN-Resolution 1244 vom Juni 1999 steht, die das Kosovo als Teil Serbiens definierte und die Rückkehr serbischer Polizei und Armee dorthin vorsah. Haben diese Willkürlichkeiten Serbien beeinträchtigt? „Serbien ist auf dem Weg, den ich schon 2000 prophezeite“, sagte Kostunica in der Wahlnacht, „es ist eine stabile Demokratie von geradezu langweiliger Normalität“.

Image aufhellen

»Gasprom« will netter werden

Von M. ROSENTHAL-KAPPI

Das Vertrauen in Rußland als Gaslieferant hat nach der Serie von „Gaskriegen“ gegen seine ehemaligen Bruderländer der GUS Schaden genommen. Dies gibt sowohl dem Kreml als auch dem Monopolisten Anlaß zur Sorge, daß sein Image insgesamt im Ausland erheblichen Schaden erlitten habe und dringend aufgemöbelt werden müsse. Werbeaufragte der 100prozentigen „Gasprom“-Tochter „Gasprom-Export“ hätten deshalb verschiedene PR-Agenturen um professionelle Schützenhilfe gebeten, berichten russische Zeitungen. Als Favorit gilt die amerikanische PR-Agentur „PBN Company“, mit der laut „Kommersant“ bereits über einen dreijährigen Vertrag zur Image-Verbesserung Rußlands und „Gasproms“ bei europäischen und amerikanischen Abnehmern verhandelt wurde.

Die „PNB Company“ wurde 1983 gegründet und ist seit 1990 auch auf russischem Boden tätig. Sie erhielt als erste ausländische Dienstleistungsfirma die Genehmigung, in Moskau ein Büro zu eröffnen. Zu den ersten Kunden gehörte neben der Zeitung „Kommersant“ der Konzern „Chevron“. Heute unterhält die „PNB Company“ neben ihren Standorten Washington, London und Moskau auch Büros in Kiew, Alma-Ata und Kischinew.

Für die Wiederherstellung seines Rufs soll „Gasprom“ bereit sein, eine Summe von elf Millionen US-Dollar allein für 2007 lockerzumachen. Ein Großteil dieser Summe ist für Werbekampagnen in Westeuropa bestimmt. Der Gasmonopolist möchte nicht länger als unzuverlässiger Partner gelten. Ziel der Werbemaßnahmen soll ferner sei, daß „Gasprom“ nicht mehr mit dem Namen Wladimir Putin und dessen politischer Umgebung assoziiert wird. Unter dem Gasstreit mit Weißrußland hatte nicht nur der Transporteur „Transneft“ gelitten, sondern die gesamte russische Gaswirtschaft, was schlecht fürs Geschäft im Westen ist und für „Gasproms“ Expansionsdrang auf den europäischen Strommarkt mehr Widerstand bedeuten könnte.

Im Hinblick auf den gesamten Werbeetat des Monopolisten ist die Summe von elf Millionen Dollar vergleichsweise gering. Sie macht nur einen geringen Teil, nämlich acht Prozent, des jährlichen Werbeetats des Gasriesen aus. Im Jahr 2005 hatte dieser eine Größenordnung von 140 Millionen Dollar.

Daß der russische Staat, der hinter „Gasprom“ steht, für sein Ansehen im Ausland ausgerechnet amerikanische Werbe-Profis beauftragt, geschieht nicht das erste Mal. Zuletzt erhielt die Firma „Ketchum“ mit der Werbebegleitung des G-8-Gipfels im vergangenen Jahr in St. Petersburg den Zuschlag.

Gerüchten zufolge könnte die PR-Kampagne für „Gasprom“ erst der Auftakt zu einer groß angelegten Werbe-Aktion des Kremls zur Verbesserung seines Images im Westen sein.

Startprobleme oder Konzeptfehler?

Die ersten Tage der neuen österreichischen Regierung

Von R. G. KERSCHHOFER

Für die neue rot-schwarze Bundesregierung gibt es keine Schonfrist seitens der Opposition: Die Grünen sind frustriert, weil sie wieder nicht in die Regierung kamen – sie hatten zuletzt, als sich SPÖ und ÖVP bereits einig waren, sogar die Unterstützung einer SPÖ-Minderheitsregierung angeboten. Das BZÖ trachtet, den mit dem Ausscheiden aus der Regierung verbundenen Machtverlust irgendwie zu kompensieren. Und die FPÖ kann zur Wahrung der Glaubwürdigkeit ohnehin nur eine harte Oppositionslinie durchziehen.

Ansatzpunkte zur Kritik gibt es jedenfalls: Das Koalitionsprogramm wurde in einigen Bereichen viel zu oberflächlich ausgehandelt – was sich bereits bemerkbar macht und früher oder später das Klima in der Regierung beeinflussen wird. Die Auswahl der Regierungsmitglieder scheint zum Teil sehr überhastet erfolgt zu sein, und die vor allem bei der SPÖ durchgepeitschte Frauenquote dürfte der einen oder anderen Kollegin bald den Ruf einer „Quotenfrau“ eintragen. Mittlerweile leisteten sich Regierungsmitglieder auch schon Entgleisungen mit unüberlegten Wortmeldungen.

An erster Stelle zu nennen ist hier die Kompromiß-„Lösung“ um die von der SPÖ versprochene Abschaffung der Studiengebühren: Studenten können durch zweieinhalb Wochenstunden „sozialer Arbeit“ – darunter etwa auch Nachhilfeunterricht – von den Gebühren befreit werden. Die heftigen Proteste der sozialistischen Hochschüler, deren Spitzenfunktionärin sogar aus der Partei austrat, suchte Bundeskanzler Gusenbauer mit der Ankündigung zu entkräften, er selbst werde gratis solche Nachhilfestunden geben, weil er dabei viel lernen könne. Abgesehen von der Unsinnigkeit dürfte dieses Angebot wegen des Verbots von Parteienwerbung an Schulen sogar rechtlich ausgeschlossen sein. Mit innerparteilicher Kritik konfrontiert ist Gusenbauer auch von den Gewerkschaftern, die nach Lösung der „Bawag“-Krise wieder Aufwind verspüren, und aus den Bundesländern, vor allem vom steirischen Landeshauptmann Voves.

> 20 Prozent der Kinder sprechen sehr schlecht Deutsch

Sehr zur Enttäuschung aller Linken und der „Staatskünstler“ gibt es wieder nicht das versprochene Kulturministerium. Die Kunst und Schule sind vielmehr – wie in früheren rot-schwarzen Koalitionen – zusammengefaßt. Die neue Ressort-Ministerin Schmied (SPÖ) hatte eine halbe Stunde Zeit, Gusenbauers Angebot für dieses Amt anzunehmen! Als bisheriger Bank-Managerin ist ihr immerhin der Umgang mit fremdem Geld zuzutrauen. Die von der SPÖ geforderte „Gesamtschule“ und deren halbherzige Ablehnung durch die ÖVP will sie nun als eine „gemeinsame Schule der Vielfalt“ umsetzen. Inzwischen wird bekannt, daß 20 Prozent der in Wien einzuschulenden Kinder keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben.

> Familienministerin meint, Kinder »vermiesen einiges«

Die neue Justizministerin Berger (SPÖ), zuletzt EU-Abgeordnete, mußte die vorschnelle Androhung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen den Kärntner Landeshauptmann Haider wieder zurücknehmen. Im übrigen kommen von ihr aber durchaus annehmbare Töne: Sie hält frühere SPÖ-Positionen von einer „gefängnislosen Gesellschaft“ für unrealistisch und plädiert sogar für härtere Strafen bei Gewaltdelikten, primär bei Sexualdelikten. Ebenso unrealistisch ist für sie die „Homo-Ehe“. Doch bei „modernen Formen des Zusammenlebens“ – Stichwort „Patchwork-Familien“ – soll es „Verbesserungen“ geben.

Einen denkbar schlechten Start hatte die neue Gesundheits- und Familienministerin Kdolsky (ÖVP).

Sie ist Raucherin und will keine „Diskriminierung“ von Rauchern, sie bekennt ihre Liebe zu „fettem Schweinebraten“ (in Wien „Schweinsbraten“) – und als Geschiedene und Kinderlose dokumentierte sie auch eine ganz und gar nicht zum Familienbild ihrer Partei passende Haltung zu Kindern: In ihrem Beitrag zu einem kürzlich erschienen Sammelband „Kinderlos, na und? Kein Baby an Bord“ wendet sie sich gegen ein „politische Verklärung der Mutterschaft“ und spricht unter anderem davon, daß ein schreiendes Kind „schon einiges vermiesen“ könne.

Fragwürdig ist auch die Absicht von Außenministerin Plassnik (wie bisher ÖVP), ihre Behörde in „Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten“ umzubenennen. Soll damit besiegelt werden, daß in Wien keine Außenpolitik mehr gemacht wird? Was würden Metternich und Kreisky dabei denken! Innerparteiliche Kritik gibt es in der ÖVP aber auch, weil die Regierung viel zu „Wien-lastig“ sei (mit neun von 20 Mitgliedern.) Eine graue Eminenz der Partei wiederum, der (fast) allmächtige „Raiffeisen“-Generalanwalt Christian Konrad, gab bekannt, daß er sich mit Gusenbauer „gut vertrage“.

In finanzieller Hinsicht hat die Regierung jedenfalls noch Schonfrist: Die Steuereinnahmen lagen 2006 deutlich über den Voranschlägen, die Exporte stiegen um 12,6 Prozent auf erstmals über 100 Milliarden, und auch die meisten anderen Daten liegen im europäischen Spitzenfeld.

Kleiner Mann ganz groß

Präsidentschaftskandidat Sarkozy hat sich gegen seine Kritiker durchgesetzt

Von Jean-Paul Picaper

Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac glänzte auf dem Kongreß der Mehrheitspartei UMP, deren Vorsitzender er früher gewesen war, durch seine Abwesenheit. Premierminister Dominique de Villepin, Chiracs Traumkandidat für die eigene Nachfolge, stattete seinerseits dem Kongreß nur einen kurzen Besuch ab. Denn an diesem Tag wurde der Innenminister und Vorsitzende der UMP Nicolas Sarkozy, 51, zum Kandidaten der vereinten Konservativen und Liberalen im Rennen um das Präsidentenamt (die Wahlen sind am 22. April und am 6. Mai) mit 98 Prozent der Stimmen nominiert. Und das gefällt weder Chirac noch Villepin.

Für diese beiden über 1,90 Meter großen Politiker erreicht „der kleine Sarkozy" mit seinen 1,65 Meter nicht das repräsentative Gardemaß fürs höchste Staatsamt. Seit langer Zeit wird Sarkozy außerdem von der Staatsspitze als „Verräter" betrachtet, weil er 1995, den damaligen neogaullistischen Premierminister Edouard Balladur gegen den Neogaullisten-Chef Chirac unterstützt hatte. Gaullisten jeder Schattierung haben ein langes Gedächtnis. Während Sarkozy einen „Bruch" mit dem bisherigen Stil und Inhalt der Politik in Frankreich predigt, hat in den letzten Wochen und Monaten Chirac stets gekontert, sich für „Kontinuität" ausgesprochen und in seinen Erklärungen dem „jungen Putschisten" die Leviten gelesen.

Daß „Sarko", wie man ihn in seiner Partei nennt, die Gunst des scheidenden Amtsinhabers Chirac nicht genießt, kann ihm jedoch nicht schaden. Im Gegenteil. Manche fragen sich, ob Chiracs Häme gegen ihn nicht ein Trick ist. Die übergroße Mehrheit der Franzosen würde Chirac gerne loswerden. Daran kann kein Zweifel sein. 2002 war der Staatspräsident mit 80 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden, weil er der einzige Kandidat im zweiten Wahlgang gegen den Rechtsaußen Jean-Marie Le Pen, den Vorsitzenden der Nationalen Front, war. Eine dritte Chance bekäme der 74jährige kaum.

Dennoch läßt dieser Mann, der nicht immer eine glückliche Hand in seiner Amtsführung hatte, Zweifel über seine Absichten schweben. Er wird erst im März sagen, ob er kandidiert. Inzwischen vermehren sich seine politischen Initiativen wie die internationalen Kongresse, die er nach Paris einlädt. Das wirft auf Sarkozy einen dunklen Schatten, manchmal dunkle Wolken. Man kann nicht sagen, daß ihm die Bewerbung um das höchste Staatsamt von den heutigen Staatsoberen leicht gemacht worden wäre, obwohl die politischen Getreuen, Alain Juppé, Michèle Alliot-Marie, die Chirac gegen ihn aufstellen wollte, Vernunft angenommen haben und sich zu Sarko bekannt haben. Der von Chirac entlassene Vorgänger von Villepin im Amt des Ministerpräsidenten Jean-Pierre Raffarin unterstützt ihn nach Kräften.



Alles hart erarbeitet: Nicolas Sarkozy auf dem Weg nach ganz oben. Foto: pa

Nicolas Sarkozy wurde erst im Alter von 14 Jahren Franzose. Er ist der Sohn des dem ungarischen Kleinadel angehörenden Auswanderers, Pal Nagy Bocsa y Sarkösy, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor den Kommunisten mittellos flüchtete und seine erste Nacht in Frankreich als Obdachloser auf der Straße verbrachte. Der gutaussehende und gebildete Ungar machte aber bald als Werbeagent viel Geld und auch weibliche Eroberungen, so daß er seine Frau, Andrée Mallah, eine ebenfalls zugewanderte Französin und Tochter eines jüdischen Chirurgen aus Saloniki, verließ, als Nicolas vier Jahre alt war. Der Junge entwickelte eine heiße Liebe zu der Mutter, und der vom Fortgang des Vaters verursachte „Frust" treibt ihn heute noch zu Höherem an.

Im Gegensatz zu Chirac, zu Villepin, zur Sozialistin Ségolène Royal sogar, und zu vielen anderen wurde er nicht mit einem goldenen Löffel im Mund geboren und hat als Quereinsteiger und Nichtkonformist nicht die typische französische Elite-Ausbildung absolviert. Der heutige „Workaholic" war kein fleißiger Schüler und Student. Er ist auch „nur" Rechtsanwalt wie seine Mutter geworden. Herkunft und Ausbildung machen aus ihm einen Sonderling im französischen politischen Mikrokosmos. Er steht zum Bündnis mit den USA. Er gilt als israelfreundlich. Er hat eine Ader für die Staaten Mitteleuropas, die Chirac auf unflätige Art und Weise beschimpft hatte, als sie George W. Bushs Irak-Politik gutheißen. Außerdem hat der Antirassist Sarkozy ein Programm der „positiven Diskriminierung" zugunsten der afrikanischen Immigranten entwickelt.

Trotz alledem gelang es lange Zeit den Sozialisten und sonstigen Linken, ihm den Ruf eines Neofaschisten anzuhängen, der „die Grundsätze der Republik außer Kraft setzen" würde. Heute noch führt Royal gegen ihn das Wort „Abschaum" (la racaille) im Munde, womit Sarkozy die Unruhestifter in einer Vorstadt bezeichnet hatte. Er hatte auch gesagt, er würde den Ort mit dem Hochdruckreiniger reinigen. Dabei hatte er diese Worte von Anwohnern übernommen, die ihn zu Hilfe riefen. Nachdem er in einer wichtigen und langen Fernsehsendungen klargemacht hat, daß er aufgrund seiner Detailkenntnis der Probleme der Frau Royal haushoch überlegen und durch seine gemäßigte Einstellung ein echter Demokrat ist, ist dieser böswillig gestreute Verdacht vom Tisch.

„Sarko" bleibt immerhin hart im Nehmen und will Staat und Gesellschaft zum Positiven umkrempeln, wie aus seinem programmatischen Buch „Témoignage" („Zeugenaussage") hervorgeht. Er hat als Finanzminister den inflationären Preisauftrieb mit harten Bandagen bekämpft, die Polizei verstärkt und moralisch aufgerichtet, die Justiz ob ihrer Nachsicht mit den jungen Meuterern gegeißelt. Immerhin läßt sich seine Bilanz sehen. Die Kriminalitätsrate wurde heruntergedrückt, während sie unter den sozialistischen Vorgängern gewaltig gestiegen war. Die extrem gewalttätigen Straßenunruhen vom Herbst 2005 hat seine Polizei ohne einen einzigen Todesfall beendet.

Als Anwalt hat er eine Samtstimme und redet – im Gegensatz zu Frau Royal – immer nur zum Thema und kein Wort zuviel. Er ist kein Apollo, aber hochintelligent und umtriebig. Seine Lebensführung ist genau das Gegenteil von derjenigen seiner Gegnerin, er liebt den Sport, joggt und fährt Rad, mag gutes Essen, schätzt in der Arbeit Männer, auf die Verlaß ist, und intelligente Frauen. Er ist sehr kommunikativ, badet gerne in der Menge und redet leidenschaftlich vor vollen Sälen. Von der Tribüne hält er flammende, mitreißende Reden. Eine ganze Schar von Fans folgt ihm auf Schritt und Tritt. Sarkozy ist ein Großstadtkind, das mit 28 Jahren zum Bürgermeister der Pariser Nobelvorstadt Neuilly wurde.

Warum gilt er als Mann so weniger charismatisch denn Royal? Er verspricht den Franzosen nicht Wunder wie sie, sondern Arbeit. Er setzt seit etwa einem Jahr auf Transparenz. Vielleicht auch aus medialen Gründen. So konnte die Regenbogenpresse die Ehedramaturgie seines Zwistes mit seiner zweiten Frau Cécilia verfolgen, die ihn verlassen hatte und zu ihm händchenhaltend zurückkam. Von der schönen Cecilia, die ihn um einen guten Kopf überragt, hat er einen Sohn, Louis, bekommen. Aus seiner ersten Ehe mit Marie-Dominique Cucioli stammen die Söhne Pierre und Jean.

MELDUNGEN

Abtrünnige Abgeordnete

Prag – Die bürgerliche Minderheitsregierung in Tschechien hat nach sieben Monate andauernden Verhandlungen die Zustimmung der Abgeordneten erhalten. Nur dank zwei abtrünnigen Sozialdemokraten schaffte die Drei-Parteien-Koalition aus der rechtsliberalen „Demokratischen Bürgerpartei", den Christdemokraten und den Grünen den wichtigen Schritt hin zu einer Arbeitsbasis. Die beiden bewußt der wichtigen Abstimmung ferngebliebenen Sozialdemokraten, haben vertraglich zugestimmt, in der kommenden Legislaturperiode keine öffentlichen Ämter oder persönlichen Vorteile für ihr Tun anzunehmen, da sie sich nicht dem Vorwurf, bestochen worden zu sein, aussetzen wollen.

Bemba zum Senator gewählt

Kinshasa – Die ersten freien Präsidentschaftswahlen 2006 in der Demokratischen Republik Kongo hat Jean-Pierre Bemba zwar gegen seinen Konkurrenten Joseph Kabila verloren, doch er geht nicht leer aus. Bemba, dem man einen gewalttätigen Aufstand gegen das Wahlergebnis zugetraut hatte, bekam bei den indirekten Wahlen zum Senat, der zweiten Parlamentskammer des Kongo, einen Sitz. Die Sitze im Senat werden von den elf Provinzparlamenten des Landes vergeben. 56 von 108 gingen an die Partei Kabilas.

Lobende Worte für den Feind

Minsk – Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko ist nach dem Aussetzen der Öllieferungen durch seinen russischen Verbündeten zum Jahreswechsel derartig erzürnt, daß er sogar den Kontakt zum verhaßten Westen sucht. „Europa und die USA benahmen sich in dieser Situation ordentlich", hieß es aus Minsk.

Alleiniger Gesetzgeber

Caracas – Die Nationalversammlung in Venezuela hat ihrem Staatschef Hugo Chávez die von ihm gewünschten Sondervollmachten gewährt. Nach dem Wortlaut des „Ermächtigenden Gesetzes" wird Chávez zum alleinigen Gesetzgeber in fast allen Bereichen.

Wie eine Einladung an externe Feinde

Triste Lage der US-amerikanischen und israelischen Führungen bereitet Gegnern das Feld

Von R. G. Kerschhofer

Es liegt nahe, zwischen dem Allzeit-Tief der Regierung Bush und dem der israelischen Führung Zusammenhänge zu vermuten. Nicht unbedingt, daß sich alles auf dieselben Ursachen zurückführen ließe, wohl aber daß die innenpolitischen Gegner Israels nicht länger aus „patriotischen Gründen" Rücksicht zu nehmen bereit sind. Und so werden jetzt auch zurückliegende Vorgänge öffentlich aufgerollt.

Die immer heftiger werdende Kritik am israelischen Generalstabschef Dan Halutz – vor einem halben Jahr noch „der starke Mann" – bewog diesen vorige Woche zum Rücktritt. Der Flieger-General, der damit wohl einer Amtsenthebung zuvorkam, hatte im Libanon-Krieg die Wirkung seiner Waffengattung maßlos überschätzt. Er hatte schlecht vorbereitete und, wie es heißt, sogar schlecht gerüstete Reservisten in ein Abenteuer geschickt, dessen vorgebliches Ziel – die Befreiung zweier gefangener Soldaten – ebenso verfehlt wurde wie das wirkliche, aber offiziell nie zugegebene, nämlich die militärische und politische Zerschlagung der Hisbollah. Im Gegenteil, die Hisbollah ist heute stärker denn je, und die vom Westen gestützte libanesische Regierung erweist sich bei der Beseitigung der Kriegsschäden als ineffizient.

Wegen des Libanon-Kriegs und der in keiner Hinsicht zielführenden Politik gegenüber den Palästinensern steht auch Ministerpräsident Olmert unter massivem Beschuß. Doch zum Verhängnis werden könnten ihm Untersuchungen über seine Zeit als Bürgermeister von Jerusalem und als Finanzminister unter Ariel Scharon. Es geht um Amtsmißbrauch und Begünstigung, insbesondere bei der Privatisierung des zweitgrößten israelischen Geldinstituts, der Bank Leumi. Die Amtsvorgänger Netanyahu, Barak und Scharon waren ähnlichen Vorwürfen ausgesetzt, die aber alle letztlich im Sand verliefen und nur Nebenfiguren wie etwa Scharons Sohn ins Gefängnis brachten. Daß auch gegen Staatspräsident Katzav demnächst ein Gerichtsverfahren eröffnet wird, hat andere Gründe: Ihm werden sexuelle Delikte vorgeworfen.

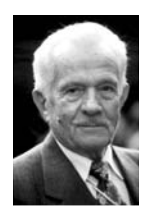
Die triste Lage der US-amerikanischen und der israelischen Führung stellt eine beträchtliche Gefahr dar. Denn auch Politiker, wenn „weidwund", neigen zu unberechenbaren Handlungen. Umgekehrt sind die offensichtlichen Schwachstellen eine Einladung an externe Feinde. Gewaltakte wären zwar kurzsichtig, denn das würde die Gegenseite nur wieder enger zusammenschmieden. Doch für unkontrollierbare Splittergruppen gelten andere Argumente.

Gemeinsames Kernproblem von Bush und Olmert ist, daß sie entgegen vielfacher Empfehlungen an der kategorischen Ausgrenzung und Dämonisierung Syriens und des Iran festhalten. Doch diese Boykott-Politik (mit Drohungen, die einen „Präventiv-Krieg" mit Atomwaffen einschließen) wird mittlerweile mehrfach unterlaufen: Der irakische Staatspräsident Talabani, der Ende vorigen Jahres Teheran besucht hatte, weilte dieser Tage auch in Syrien. Es geht um die Versöhnung der beiden Staaten, die – von zwei verfeindeten Zweigen der „panarabischen" Baath-Partei regiert – jahrzehntelang in Feindschaft gelebt hatten. Talabani selbst ist in Syrien kein Fremder: Er hatte dort in der Saddam-Zeit Asyl genossen.

Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas, der von den USA, von Israel und befehlsgemäß auch von der EU gegen die Hamas-Mehrheit unterstützt wird, pilgerte am Wochenende nach Damaskus zu Gesprächen mit Chaled Masch'al, dem dort im Asyl lebenden Führer der Hamas. Masch'al hatte ursprünglich in Jordanien Asyl gefunden, wurde aber 1997 Opfer eines israelischen Giftanschlags. Gerettet wurde er damals dank Bill Clinton, der Premierminister Netanjahu zur Herausgabe des Gegengifts zwang.

Und schließlich halten sich hartnäckige Gerüchte über inoffizielle Kontakte zwischen Israel und Syrien. Die Tageszeitung „Haaretz" berichtete ausführlich darüber, doch selbstverständlich wird von der Regierung Olmert alles dementiert.

»Moment mal!«



Nach Stoibers Ende – Wohin steuert Merkel?

Von KLAUS RAINER RÖHL

Was ist besser als die CSU? Die nächste CSU. Die CSU in dem von Stoiber zum erfolgreichsten Bundesland gemachten Bayern wird sich nach den häßlichen, aber notwendigen Rivalenkämpfen der Nachfolger wieder aufrappeln und 2008 einen neuen Wahlsieg einfahren. Bayern wird weiter das Bundesland mit den wenigsten Arbeitslosen, der größten Sicherheit vor Kriminellen und dem höchsten Bildungsstandard in Deutschland bleiben. Auch dazu war der etwas schmerzhafte Abschied von Edmund Stoiber nötig. Er wurde unsanft zum Abschied gedrängt. Nicht weil seine einstigen Getreuen plötzlich boshaft, ehrgeizig und machthungrig geworden wären, sondern weil man ihm für 2008 nicht mehr einen neuen Wahlsieg von 50 Prozent plus zutraute. Es handelte sich nicht um Untreue und Undankbarkeit, sondern um das Verfallsdatum von Macht. Stoiber wußte das. Sein eher einer Grimasse ähnelndes Dauerlächeln wurde zuletzt unglaubwürdig, und sein Gesicht wirkte müde. Das war der Moment. Da ließen sie ihn fallen, zwischen morgens und Mitternacht. Niemand denke da an Cäsars Ermordung. Es war kein Verrat. Es war ein natürlicher, fast biologischer Vorgang: Jüngere und kräftigere Männchen stoßen den herrschenden Primaten, wenn er ein gewisses Maß an Schwäche zeigt, ruppig beiseite. Auf daß der Bestand der Sippschaft gesichert sei. Das gibt es nicht nur im Urwald. Bayern bleibt auf diese Weise, mit dem ohne Anstrengung fröhlichen Günther Beckstein, vorn. Er hat die besten Umfrage-Werte von allen. Man muß nicht lange fragen warum. Sein Kampf gegen die Ausländerkriminalität ist vorbildlich, sein Eintreten für deutsche Interessen bekannt. Das bewies er schon als Staatssekretär im bayrischen Innenministerium.

Nicht nur in der Frage des EU-Beitritts der Türken, also der drohenden unbeschränkten Einwanderung ausländischer Muslime, ist die CSU offen deutschfreundlich. Europäisch, weltoffen und global denkend wie BMW (oder der FC Bayern), aber mit einem erkennbaren Anteil von nationalem Selbstbewußtsein. Die Vertriebenen, in Bayern hauptsächlich Sudetendeutsche, wählen ohne Zögern vertrauensvoll die CSU.

Was bedeuten die bayrischen Zustände für Angela Merkel, die gerade die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat? Machtzuwachs, sagen die Kommentatoren. Eine geschwächte CSU stärke die Position von Angela Merkel als Parteivorsitzende. Ich glaube, nicht. Sie wird sich weiter als die Kanzlerin einer Großen Koalition profilieren, die im Grunde SPD-Politik macht. Sie segnet vieles ab, was im Wahlprogramm der SPD versprochen wurde. Wenig bleibt vom Wahlprogramm der Union. Nicht einmal das immer weiter heruntergestufte, lange zerredete und 1000mal allen Wünschen angepaßte „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist bisher verwirklicht worden. Die Vertriebenen blicken nicht vertrauensvoll auf die Kanzlerin. Sondern sorgenvoll.

Aber sie macht Figur. Sie wirkt von Monat zu Monat überzeugender, sicherer, selbstbewußter. Das strahlt aus. Neuerdings auch nach Europa. Nein, sie strebt nicht nach einer Führungsrolle für Deutschland, obwohl englische Blätter, die immer noch mit Deutschfeindlichkeit – oder Hetze Auflage machen, es ihr unterstellen. Das ist auch nicht ganz ernst gemeint. Die Kanzlerin eignet sich nicht für Glossen und Karikaturen über deutsches Großmachtstreben. Sie strebt nicht nach Vormacht für irgendwen, sie will eher Europas milde Mathilde sein, Moderatorin. Was heißt das? Daß sie verschiedene politische Interessengruppen moderiert, und auch, daß sie moderat ist. Das kann sie am besten. Keine Angst, liebe Polen und Franzosen, das einzige, was sie wirklich nicht machen wird, ist deutsche Politik. Sie denkt und spricht europäisch. Das einzige, was in Brüssel offiziell nicht gesprochen wird, ist Deutsch und das einzige, was dort nicht vertreten wird, sind die Interessen der Deutschen. Allenfalls Interessen deutscher Konzerne. Aber: Vertritt Angela Merkel den erklärten Willen der deutschen Bevölkerungsmehrheit gegen ungebremste muslimische Einwanderung und gegen den Wegfall des „christlichen Gottesbezugs“ in der neuen Verfassung?

Zum Glück haben Volksabstimmungen in den Niederlanden und Frankreich schon 2005 die neue EU-Verfassung wegen des fehlenden „Gottesbezugs“ und der Einschränkung ihrer nationalen Identität (unter anderem durch die Abschaffung des Vetos) abgelehnt. Sicher ist es kein Zufall, daß beide Völker, die eine so klare Entscheidung getroffen haben, unlösbare Probleme mit ihren muslimischen Einwanderern haben. Auch Deutschland, dessen Parlament am 12. Mai 2005 die Verfassung absegnete, gehört offiziell nicht zu den zustimmenden Staaten. Weil der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler beim Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen das Zustimmungsgesetz einreichte, über die bis heute nicht entschieden ist, so daß Bundespräsident Köhler das Gesetz nicht unterzeichnete.

Angela Merkel will die europäische Einigung während ihrer EU-Rats-Präsidentschaft im nächsten halben Jahr und schon in engem Kontakt mit den beiden nächsten Rats-Präsidenten aus Portugal und Slowenien weiter voranbringen. Im Klartext bedeutet das, daß man versuchen will, die Verfassung, die die Einschränkung unserer nationalen Souveränität und den Beitritt der Türkei erleichtern könnte, noch einmal zur Diskussion zu stellen.

Ein ziemlich brisantes Vorhaben, das Angela Merkel bei ihrer Antrittsrede in Straßburg mit zarten Wortgirlanden mehr oder weniger verbarg. Es gehe um Europas Seele, führte sie aus. Den schönsten Satz sparte sie sich für den Schluß auf, er könnte von Rosamunde Pilcher sein und am Ende einer ihrer wunderbar entspannenden Schnulzen vor dem Hintergrund einer steilen Klippe in Cornwall, dem unnachahmlich grünen Gras und dem unglaublich blauen Meer aus dem Off geflüstert werden: Europa ist Toleranz.

Liebe Redeschreiber/Innen im Kanzleramt! Das war ein bißchen zu plump. Ebensogut hätten sie schreiben und öffentlich vortragen lassen können: „Freiheit ist Einsicht“ oder „Unsere Liebe heißt Treue“. Am besten gleich „Pfingsten ist Ostern“. Die sonst eher vorsichtige Kanzlerin trug die Schnulze mit sanfter Stimme, aber vorwitzig hochgereckter Nase vor. Europa ist Toleranz. Aber kein Wort über den einzigen Herrscher, der Toleranz gegen Andersdenkende zum Regierungsprinzip gemacht hatte, Friedrich den Großen, kein Wort über die Entartung der Französischen Revolution in Terror und napoleonische Gewaltherrschaft. Statt dessen wieder einmal der deutsche Sonderweg, die Selbstbeschimpfung: „Die schlimmste Periode von Haß, Verwüstung und Vernichtung liegt noch kein Menschenleben hinter uns. Sie geschah im Namen Deutschlands.“ Nur Deutschlands? Alle Bücher, alle Filme von Guido Knopp über den Bombenterror der alliierten Luftflotten gegen die Zivilbevölkerung, die Vertreibung und Ermordung von Millionen Deutschen aus den Ostprovinzen vergessen? Hier wäre doch eine glänzende Gelegenheit gewesen, die Bruderhand über den Graben zu reichen. Krieg ist schlimm, Kriegsverbrechen noch schlimmer. Lernen wir daraus. Bauen wir aus souveränen, selbstbewußten Nationen ein Europa. Aber das stand nicht im Redetext.

Vielleicht mag die Kanzlerin denken, der nächste Wahlkampf ist ja noch lange hin, und dann kann man immer noch schnell verkünden, daß man schon lange mal eine Diskussion über Vaterlandsliebe führen wolle, und der Patriotismus wie ein Jackett von Brioni anlegen. Das wäre kurzsichtig und fahrlässig.

Warum erreicht die CSU in Bayern regelmäßig mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen? Die Deutschen im Land, alle Altersstufen und Gesellschaftsschichten wollen, 60 Jahre nach dem Krieg, gerne zu den Nationen gehören, die sich fröhlich feiern und ihre Nationalhymnen ohne Scham und Verklemmtheit singen. Deutschfreundlichkeit wird man bei zukünftigen Wahlen (sie können schneller kommen als geplant) belohnen. Stimmen der konservativ lebenden und national empfindenden Menschen in Deutschland sollten nicht leichtfertig verschenkt werden. Sie werden der Union beim nächsten Urnengang gegen die rot-rot-grüne Einheitsfront fehlen. Ein Blick auf Frankreich, wo dem Rechten Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang mehr als zehn Prozent zugetraut werden, sollte genügen.

Merke: In Bayern hat die NPD keine Chance. Die Linkspartei auch nicht.



Folgen auch alle? Angela Merkel mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso (Mitte), und Außenminister Steinmeier Foto: ddp

Eine dynamische Entwicklung

Im Essener »Folkwang Museum« sind Plakate aus zwei Jahrhunderten zu sehen

Von Silke Osman

Sie dienen der Information, der Unterhaltung und natürlich dem Anpreisen von Produkten. Plakate sind aus dem Bild einer Stadt schon lange nicht mehr wegzudenken. Daß sie auch Kunst sein können, zeigt eine Ausstellung, die am Sonnabend in Essen eröffnet wird. Das „Deutsche Plakat Museum“ (DPM) Essen präsentiert für acht Wochen im „Museum Folkwang“ die Ausstellung „Zeitzeiger – Plakate aus zwei Jahrhunderten“. Sie wurde vollständig aus der rund 340 000 Werke umfassenden Sammlung des „Deutschen Plakat Museums“ zusammengestellt. 288 ausgewählte, zum Teil sehr seltene Objekte legen Zeugnis ab von der Entwicklung des deutschen Plakats und seiner Vorläufer in Europa zwischen 1721 und 1936. Einige der Werke werden erstmals öffentlich gezeigt.

Hartwig Fischer, Direktor des „Museum Folkwang“, freut sich: „Das ‚Deutsche Plakat Museum‘ besitzt die größte Plakatsammlung in Europa und gehört in ihrer Breite und Qualität zu den wichtigsten in Deutschland. Wir sind glücklich, dem DPM unter dem Dach des ‚Museum Folkwang‘ endlich ein angemessenes Forum und eine gesicherte Zukunft geben zu können.“ Der Schwerpunkt der Präsentation liege nicht beim einzelnen Plakat, sondern in der Dokumentation der entscheidenden Entwicklungslinien des Genres im genannten Zeitraum, weist René Grohnert, Leiter des „Deutschen Plakat Museums“, auf die Besonderheit der Präsentation hin. „Dem Publikum wird mit der Ausstellung ein umfassender Einblick in die dynamische Entwicklung des Plakats geboten.“

Die Essener Ausstellung ist in fünf große Bereiche gegliedert. In dem Abschnitt „Vorläufer und frühe Plakate“ wird in drei Bereichen die Frühzeit des Plakats dokumentiert. Gezeigt werden Vorläufer des Plakats (Flugblätter, Anschlagzettel), aber auch Grafiken wie Illustrationen und Karikaturen, die den Einsatz des neuen Mediums im Straßenbild deutlich machen. Erste großformatige und farbige Blätter (zumeist für den Einsatz in Innern) vervollständigen diesen Abschnitt.

Unter dem Motto „Erste Höhepunkte der Plakatentwicklung“ sind Plakate aus Frankreich um 1900 von Jules Chéret, Henri de Toulouse-Lautrec und anderen zu sehen. Beispiele aus Großbritannien, den USA, Belgien, Italien und Deutschland belegen die enorme Ausstrahlung von Frankreich auf andere Länder. Beispiele aus der Zeit um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert aus Dresden, Leipzig, Krefeld, Düsseldorf und Darmstadt geben einen Überblick auf die Entwicklung des Plakats in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Ab etwa 1905 entwickelte sich vor allem in München und besonders in Berlin eine eigenständige und innovative Plakatgestaltung. Diese Entwicklung strahlte wiederum auf Frankreich, besonders aber auf die USA, aus. Beispiele aus Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, England, Italien und den USA präsentieren im vierten Kapitel der Ausstellung einen Querschnitt der neuen Bildsprache, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in der Herausbildung des politischen Plakats fortsetzt. In expressiver Formensprache zeigt sich nach dem Ersten Weltkrieg das neue Genre des politischen Plakats. Die vom „Bauhaus“ beeinflußte Gestaltung, die „Neue Typographie“, der verstärkte Einsatz von Fotos und Fotomontagen sowie die Verbreitung neuer Druckverfahren (Offsetdruck) lassen einen neuen Typ von Plakaten entstehen. Sachlichkeit und Dekorativität sind fortan gefragt. Ein letzter Ausblick auf die folgende Epoche mit Plakaten aus dem Jahre 1932 weist bereits auf das Zeitalter der großen zeitgeschichtlichen Katastrophen in Europa hin.

Im Jahr 2010 wird das „Deutsche Plakat Museum“ einen eigenen Ausstellungsbereich für die Sammlung im bis dahin fertiggestellten Neubau des „Museum Folkwang“ erhalten. Die am Wochenende beginnende Ausstellung bildet den Auftakt einer zukunftsweisenden Neupräsentation der Sammlung an einem der bedeutendsten Orte im Ruhrgebiet.

Die Ausstellung „Zeitzeiger – Plakate aus zwei Jahrhunderten“ im „Museum Folkwang“, Goethestraße 41, 45128 Essen, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, freitags bis 24 Uhr geöffnet, Eintritt 5 / 3,50 Euro, bis 25. März.



Mit Plakaten werben: Walter Schnackenberg entwarf 1919 das Motiv für das Münchner Varieté „Deutsches Theater / Schwanthaler Passage“, Friedrich W. Kleukens warb 1908 für die „Hessische Landesausstellung für freie und angewandte Kunst“ in Darmstadt. Fotos (2): DPM

»Die zahme, die wilde, die sanft säuselnde und die krachende Reklame«

Schläft ein Lied in allen Dingen, die da träumen fort und fort, und die Welt hebt an zu singen, triffst du nur das Zauberwort.“ Diese romantischen Zeilen des Dichters Joseph von Eichendorff mögen einmal auf etwas ganz Banales bezogen werden: die Werbung. Denn auch dort wirkt das richtige Wort am richtigen Ort oft Wunder. Auf Plakaten zum Beispiel. Wer vermag sie sich aus dem Bild unserer Städte überhaupt noch wegzudenken, mögen sie manches Mal auch noch so marktschreierisch daherkommen. Schon 1887 beschwerte sich Rudolf Cronau in seinem „Buch der Reklame“, daß man ihr auf Schritt und Tritt begegne, überall sei sie zugegen, „die zahme, die wilde, die sanft säuselnde und die krachende Reklame, die stetige, die umherfliegende, die umherfahrende, die umhergetragene“. Mit der Erfindung der Lithographie durch Alois Senefelder 1796 war es preiswert geworden, Werbematerialien zu verbreiten.

Bald nahm die wilde Plakatkleberei derart überhand, daß in Berlin die sogenannte „Preßverordnung vom Juli 1849“ jeglichen Plakatanschlag untersagte, es sei denn, die Plakate enthielten Mitteilungen der Regierung. Schon 200 Jahre zuvor war man in Frankreich durchaus beunruhigt durch wilde Plakate, da man politische Unruhen befürchtete. Per königlichem Dekret wurde in solchen Zeiten die Plakatierung verboten und 1654 sogar mit der Todesstrafe belegt.

Öffentliche Bekanntmachungen und private Meinungsäußerungen sind jedoch beileibe keine Erfindung unserer Zeit. So fand man bei den Ausgrabungen in Pompeji und Herculaneum Wände, auf denen in roter und schwarzer Farbe amtliche Bekanntmachungen zu lesen waren. Einigen Bürgern schien das zuviel. So las man auf verschiedenen Wänden diesen Text: „Wand, ich bewundere dich, daß du noch nicht zusammengebrochen, soviel ödes Geschwätz bist du zu tragen verdammt.“

Wände mußten ab dem 1. Juli 1855 weniger herhalten, zumindest in Berlin. Dort nämlich hatte Ernst Litfaß die Erlaubnis erhalten, die ersten Anschlagsäulen zu errichten. Gleichzeitig erhielt er die alleinige Konzession für den Plakatanschlag, der in seiner freien Form insgesamt verboten wurde. So neu war die Idee der Anschlagsäule nicht, denn bereits 1660 waren sogenannte Klebesäulen in Dresden bekannt. Und in London hatte George Samuel Harris schon 1824 eine Plakatsäule entworfen, die sich mechanisch drehte und auf einem Wagen durch die Stadt gezogen werden konnte. Der Clou: Sie konnte von innen beleuchtet werden. Ernst Litfaß aber hatte in Deutschland mit seinen bald nach ihm benannten Säulen Erfolg, und noch heute stehen sie an fast jeder Straßenecke, beklebt mit mehr oder weniger schönen Plakaten. *os*

Königskinder in Charlottenburg

Zu einem außergewöhnlichen „Familiensonntag im Schloß Charlottenburg“ lädt die „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“ (SPSG) am 25. Februar ein. Unter dem Motto „Königskinder“ geben Führungen, Bildbetrachtungen und eine Tanztheateraufführung Einblicke in die höfische Lebenswelt des 18. Jahrhunderts und ganz besonders in den Alltag der kleinen Prinzen und Prinzessinnen. Wer von den jungen Besuchern heute Lust hat, kann als Prinz oder Prinzessin verkleidet ins Schloß Charlottenburg kommen.

Das „TanzTheater Berlin-Brandenburg“ erzählt aus der Sicht des Kronprinzen Friedrich und seiner Lieblingsschwester Wilhelmine die Geschichte einer königlichen Hochzeit: „Zwischen Träumen und Staatsraison“. Das Stück, im Auftrag der SPSG entstanden, läßt mit Hilfe von historischen Dokumenten in die Seelen der Königskinder blicken, verrät ihre Wünsche und Hoffnungen, Ängste und Nöte und verzaubert mit poetischen Bildern. Der Familiensonntag „Königskinder“ ist Auftakt zu einer neuen Führung, die ab März Wissenswertes über die Kindheit Friedrichs des Großen vermittelt. Eine kurzweilige Bildbetrachtung zeigt den kleinen Fritz und seine Schwester Wilhelmine. Vor allem aber erhalten die Kinder Antwort auf viele Fragen, zum Beispiel wie Königskinder ihren Tag verbrachten, mit welchem Spielzeug sie spielten oder was zur königlichen Mittagstafel an Speisen gereicht wurde. *SPSG*

Die Familienkarte kostet 20 Euro und ist gültig für vier Wochen in allen Schlössern.

Ideale Landschaften

Aus Anlaß des 200. Todestages des Malers Jakob Philipp Hackert am 28. April zeigt die Alte Nationalgalerie in einer Kabinettausstellung Gemälde und Zeichnungen aus dem Spätwerk des Künstlers. Die Arbeiten dieser Zeit spiegeln sowohl die leidenschaftliche Naturbeobachtung Hackerts wie auch seinen Begriff einer vollkommenen Landschaft, in der sich Wahrhaftigkeit und Schönheit harmonisch verbinden sollten. *eb*

Die Ausstellung „Jakob Philipp Hackert – Ideallandschaften der Goethezeit“ ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 22 Uhr zu sehen, 8. Februar bis 1. Mai.

Im Kräftespiel der Farben

Das »Kunstforum Berliner Volksbank« zeigt Gemälde, Grafik und Skulpturen des Malers Hans Purrmann

Von Helga Steinberg

Wenn behauptet wird, Kino und Fotografie hätten den Tod der Malerei herbeigeführt, so ist das Gegenteil wahr“, schrieb der Maler Hans Purrmann 1953 in seiner Schrift „Kunst ohne Publikum“. „Jeder ernsthafte junge Maler sollte den Mut aufbringen, nicht mit dem Publikum zu rechnen. Den Wünschen des Publikums folgen, wäre der Ruin des Künstlers. Es muß vielmehr gefürchtet als geliebt werden.“

Von der Kunst dieses bedeutenden Malers der Moderne und Mitbegründers der „Académie Matisse“ kann man sich derzeit in einer Ausstellung überzeugen, die nach Tübingen, Saarbrücken und Cismar nun auch in Berlin zu sehen ist, diesmal ergänzt durch Skulpturen und Graphik Hans Purrmanns (1880–1966). Die Ausstellung im „Kunstforum Berliner Volksbank“ entstand in Kooperation mit der Nationalgalerie und mit Unterstützung des „Kupferstichkabinetts Staatliche Museen zu Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz“. Neben Werken Purrmanns sind auch Arbeiten seiner Wegbegleiter zu bewundern, so unter anderem von Max Liebermann, Lovis Corinth, Max Slevogt, Henri Matisse und Paul Cézanne.

Das Werk Hans Purrmanns begeistert die Betrachter vor allem durch die Fähigkeit des Künstlers, den Zauber des südlichen Lichts auf die Leinwand zu bannen. Stilleben, Interieurs und Landschaften werden durch die Leuchtkraft der Farben zu außergewöhnlichen Kunstwerken. „Ich suchte farbig zu sein“, so Purrmann 1961, „eine Lichteinwirkung zu erreichen, die mir das Motiv jeweils eingab, aber ohne mich von dem überwältigenden Licht des Himmels oder der Natur zu allzu hellen Farben hinreißen zu lassen.“

Unter dem Eindruck des südlichen Lichts fand Purrmann eine Bildsprache reiner Farbe und vereinfachter Formen. Er schuf heitere Landschaften, tauchte sie in mediterranes Sonnenlicht. „Purrmanns Interesse für die ausgewogene Komposition der Farbflächen äußerte sich vor allem in den zahlreichen Stillleben, in denen er Blumen, Früchte und ornamental gemusterte Stoffe beziehungsvoll arrangierte. Seinen eigenen Stil entwickelte Hans Purrmann, indem er auch auf den ersten Blick gegensätzliche Farben zu einer harmonischen Einheit im Ensemble verband“, so die Veranstalter. Hans Purrmann ist sich und seiner Linie stets treu geblieben, hat die Gegenständlichkeit nie verlassen und blieb unbeeindruckt von den Kunsttendenzen seiner Zeit. Allein im Kräftespiel der Farben sah er seinen Weg.



Hans Purrmann: Atelierinterieur (Öl, 1917) Foto:Kunstforum

Die Ausstellung im „Kunstforum Berliner Volksbank“, Budapester Straße / Ecke Kurfürstenstraße, 10787 Berlin, ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 4 / 3 Euro, bis 29. April.

Der Feminismus ist tot ...

... es lebe die F-Klasse – Oder: Wenn Frauen durch eigene Fähigkeiten etwas erreichen

Von Rebecca Bellano

Züchtig gekleidet, gesittet im Benehmen, lerneifrig, wenn es um Kohlrouladen und Putzmethoden geht, so präsentiert die ARD derzeit zehn junge Frauen der Gegenwart in einer nachgestellten Bräuteschule des Jahres 1958. Schon als die ARD freiwillige Darsteller für das Rollenspiel suchte, echauffierte man sich bei der Zeitschrift „Emma“ über derartig reaktionäres Verhalten des öffentlich-rechtlichen Senders. Für die „Emma“-Autorin Katja Kullmann ist die „Bräuteschule“ voll und ganz inakzeptabel. Dabei gehört Katja Kullmann doch zur sogenannten „F-Klasse“, die sich um die Krimi-Autorin Thea Dorn geschart hat. Deren Motto: Der Feminismus ist tot, es lebe die F-Klasse!

Aber was ist die F-Klasse überhaupt? Erst einmal ist es ein Buch: **„Die neue F-Klasse – Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird“**, Piper, München 2006, brosch., 343 Seiten, 14,90 Euro. Zu diesem fühlte sich die Autorin Thea Dorn laut eigenen Angaben inspiriert, nachdem sich ihr ein „distinguierter Kulturbetriebsherr“ nach einer Talk-Show indirekt als Samenspender angeboten habe, „mit dem Hinweis, es sei doch ein Jammer, wenn meine Gene aus der ewigen Kette des Seins genommen würden“. Aber nicht nur, daß die 1970 Geborene das Angebot eher weniger lustig fand, es hinterließ bei ihr auch das Bedürfnis, über die Stellung der Frau nachzudenken. Dabei war sie sich durchaus bewußt, daß unsere Gesellschaft keine 95 Thesen bräuchte, die eine Lutherine mit wuchtigem Hammer ans Kirchenportal schlägt. Das Rad der Emanzipation müsse nicht neu erfunden, es müsse nur wieder in Schwung gebracht werden. Und daher die F-Klasse.

Denn was will man modernen Frauen zwischen 30 und 40 Jahren überhaupt anbieten? Begriffe wie „Feministin“ seien für viele negativ belegt. Der Begriff „F-Klasse“ hat hingegen eher was von „Klasse-Frau“ und einem edlen, wertvollen Mercedes. Die „F-Klasse“ bezeichnet also gebildete Karrierefrauen, die durch ihre eigenen Fähigkeiten gegen zahlreiche Widrigkeiten etwas erreicht haben.

Doch was sind die Standpunkte der F-Klasse? Die Antwort lautet, es gibt keine. Es handelt sich nur um eine lose Schicksalsgemeinschaft von Frauen zwischen 30 und 40 Jahren, die erkannt haben, daß die früher auch von ihnen getätigte Aussage, Emanzipation sei für sie ein alter Hut, nicht ganz der Realität entspricht.

Eben auch die gelegentliche „Emma“-Autorin Katja Kullmann hat dies für sich erkannt. „Schule, Ausbildung oder Studium, Start ins Berufsleben – so sieht seit den 70er Jahren die westliche Normalbiographie aus, ganz gleich ob für einen Mann oder eine Frau. In gewisser Weise kann man sagen, daß Männer und Frauen heute bis in ihr drittes Lebensjahrzehnt hinein eine androgyne Biographie haben.“ Doch dann käme die Krise. „Solange ich nicht darüber nachdachte, Mutter zu werden, konnte ich vergleichsweise ungehindert das Leben eines Mannes führen“, so die 1969 geborene Expertin für Kampfmittelbeseitigung Vera Bohle. „Aber sobald die Kinderfrage auftauchte, war mir klar: Nichts mehr wird sein, wie es vorher war.“

Das Rad der Emanzipation neu in Schwung bringen

Ein Kind verändert das Leben jeder Frau

Für Vera Bohle sind Frauen, die medienwirksam das „Superweib“ präsentieren und Kind und Karriere miteinander vereinen, nicht die Normalität. Und darüber müsse offen gesprochen werden. Zumal jene, die der Doppelbelastung Kind und Karriere entsagten, laut Katja Kullmann schnell merken würden, daß das auch nicht das Ideal sei. „Ende der 90er Jahre begannen die berufstätigen Single-Frauen zu spüren, daß ihnen im Leben etwas fehlt. Der Mangel der sogenannten ‚Karrierefrau‘ trug den Nachnamen ‚Liebe‘, sein erster Vorname war: ‚Mann‘, sein zweiter: ‚Kind‘ ... Mittlerweile haben viele Frauen den Job an den Nagel gehängt, geheiratet und sich fortgepflanzt. Und siehe da: Nach dem anfänglichen Rausch ... setzt der Kater ein.“

Schnell wird aber deutlich, daß keine der von Thea Dorn befragten Frauen entweder besonders feministisch veranlagt ist oder in die neue Kind-Kegel-Küche-Lobpreisung der TV-Moderatorin Eva Hermann einstimmen wird. Die Damen sind irgendwo dazwischen und finden viele Dinge, die im Rahmen der Gleichstellung erfolgt sind, auch nicht gerade schlüssig. „Als Chefin habe ich ungern Vollidioten um mich herum, nur weil sie weiblich sind. Allerdings habe ich ebenso ungern Vollidioten um mich herum, nur weil sie männlich sind“, meint die 44jährige Fernseh-Köchin und Unternehmerin Sarah Wiener auf die Frage nach dem Sinn von Frauenquoten in der Wirtschaft.

Die Frauenquote in der Wirtschaft ist nicht sinnvoll

Auch die 36jährige FDP-Europa-Abgeordnete Silvana Koch-Mehrin sieht Widersprüche in der bisherigen Frauenpolitik. „Das mit der ‚Frauenpolitik‘ ist ein Dilemma. Das ist so, wie wenn jemand mit Einwanderungshintergrund Ausländerpolitik macht.“ Wer selbst betroffen sei, könne sich nur schwer objektiv für ein Thema engagieren. Allerdings, so meint die 43jährige türkische Anwältin und Frauenaktivistin Seyran Ates, wenn sie als Türkin sich nicht für die Rechte der islamischen Frauen einsetzte, wer täte es dann? „Der Multikulturalismus ist eine schöne Idee. So wie der Sozialismus. Nur die Umsetzung ist – in beiden Fällen – vollkommen schiefgelaufen.“ Wer einem türkischen Vater erlaube, seine Tochter aus religiösen Gründen vom Biologieunterricht fernzuhalten, denke nur an den Vater, aber nicht an die Tochter.



„‚Rechts‘ und ‚links‘ ist genauso kalter Kaffee wie ein ideologischer Feminismus, nach dem alle Frauen arme Opfer und alle Männer böse Vergewaltiger sind“, findet auch Vera Bohle. Trotzdem gebe es durchaus Defizite im Bereich der Gleichstellung. So könne es nicht sein, daß nicht nur Polen, sondern auch Frauen die Löhne verderben würden, so Thea Dorn. „Die Medizin ist ein schönes Beispiel: Früher war der Arztberuf fast ein reiner Männerberuf. Er war hoch angesehen und entsprechend seiner Verantwortung, Kompetenz und Belastung auch sehr gut bezahlt“, gibt die 40jährige forensische Psychiaterin Nahlah Saimeh zu bedenken.

Außerdem wären die potentiellen Ehemänner und Väter der Gegenwart auch ein Problem, so die Herausgeberin. Während früher der Mann mit 40 einen Baum gepflanzt, ein Haus gebaut und einen Sohn gezeugt habe, so säße er heute mit 40 Jahren noch im Baumhaus. Entsprechende Gebäraufrufe à la Frank Schirrmacher an die Frauen zur Verhinderung der demographischen Katastrophe wären also falsch adressiert. Abgesehen davon sieht zumindest die kinderlose Thea Dorn – fast alle anderen der befragten Frauen sind Mütter – kein Problem darin, ohne Nachwuchs zu bleiben. Ob dies der Sache der Frau dient, bleibt fraglich, denn ohne Kinder gibt es in der Zukunft auch keine Frauen mehr.



Für das Leben lernen: In der ARD-Serie „Bräuteschule 1958“ werden junge Mädchen von heute mit den Methoden der 50er Jahre zu perfekten Hausfrauen und Müttern „getrimmt“. Foto: ARD

Information beruhigt

„Achtung, Autofahrer!“ Die Stimme aus dem Radio klingt sehr eindringlich. „Auf der A 1 kommt Ihnen zwischen Ramelsloh und Horster Dreieck in Richtung Hamburg ein Fahrzeug entgegen. Bitte fahren Sie ganz rechts und überholen Sie nicht. Wir informieren Sie, wenn die Gefahr vorüber ist ...“ Es dauert nicht lange, dann ist die Stimme aus dem Verkehrsstudio wieder zu hören: „Achtung, Autofahrer! Der Fahrer auf der A 1 hat seinen Irrtum bemerkt. Sie können die Strecke jetzt wieder ungehindert befahren ...“

Beruhigt lehnt sie sich in ihrem Sessel zurück. Der Mann beim Rundfunk hat sein Versprechen gehalten und die Hörer informiert. Die Ungewißheit wäre ja auch nicht auszuhalten gewesen. Hat er oder hat er nicht ...? So ist sie denn auch jedesmal erleichtert, wenn ein verlorengegangenes Kind („Michael, sieben Jahre, blonde Haare, etwa einsfünfzig groß, trägt blaue Cordhose, gelben Anorak und weiße Turnschuhe“) wieder unbeschadet auftaucht und nicht nur die Suchmeldung über den Äther ausgestrahlt, sondern auch die glückliche Heimkehr gemeldet wird. Von Neugier keine Rede, diesen Vorwurf will sie sich nicht gefallen lassen. „Man stelle sich nur die Ängste der Eltern vor oder auch der Daheimgebliebenen, die genau wissen, daß ein Verwandter gerade auf der A 1 in Richtung Hamburg fährt“, argumentiert sie energisch. „Information beruhigt.“

Ganz anders ist es da um ein Medium bestellt, das in jüngster Zeit besonderen Auftrieb erhalten hat: die Zettel an Bäumen oder Lichtmasten. „Studentin sucht 2-Zimmer-Wohnung mit Balkon. Telefon ...“ – „Butschi ist weg“, trauert Familie XY um ihren Kanarienvogel und hat sogar ein Foto des Lieblings mit aufgeklebt. „Wer hat unseren Struppi gesehen?“ – „Katze, wertvoll, entlaufen.“ – „Silberarmband verloren, Nähe Park ...“

Suchanzeigen ohne Ende. Seit neuestem aber auch Stellengesuche wie „Ich putze bei Ihnen zu vernünftigen Preis ...“ – „Schülerin paßt auf Ihre Kinder auf“ oder „Vom Klempner bis zum Gärtner. Wir machen alles, was Sie sich nicht zutrauen.“ Immer mehr Menschen nutzen die Möglichkeit, in ihrer engsten Nachbarschaft per Zettel zu suchen und zu werben. „Leider erfährt man nicht, ob die Angebote und Nachfragen Erfolg haben, ob Struppi, Mieze und Butschi den Weg nach Hause gefunden haben“, bedauert sie. „Da bin ich dann doch ein wenig neugierig.“ *SiS*

So duften die Reichen

Schon wieder soll ein neuer Duft den Markt oder besser die Damenwelt erobern. Die Pop-Ikone Christina Aguilera hat sich mit Vertretern von „Procter & Gamble“ getroffen, um ein neues Parfum unter ihrem Namen herauszubringen. Ob der neue Promi-Duft allerdings so berauschend ist, wird sich weisen müssen. Wirklich faszinierend aber scheint ein ganz eigener Duft zu sein, einer, den es nur exklusiv gibt, der natürlich auch entsprechend teuer ist. Maßgemixte Parfums sind der Renner in der Welt der Schönen und Superreichen. Eine ganze Reihe von kleinen Firmen stellt aus feinsten Zutaten exklusive Düfte her. Die Kunden sind Geschäftsleute, Politiker, Schauspieler und besonders vermögende Menschen. Immerhin kostet ein exklusiver Duft mindestens 8000 Euro. Die Grenze nach oben ist nahezu offen. Man fühlt sich unangenehm an den Roman von Patrick Süskind „Das Parfum“ erinnert. *os*

Wenn aus Häusern »Archen« werden

In den Niederlanden arbeitet man an einem Pilotprojekt mit Amphibienhäusern

Von Corinna Weinert

Der Gedanke an den Klimawandel erfüllt besonders auch die Niederländer mit Sorge. Prognosen besagen, daß mit der globalen Erwärmung der Meeresspiegel ansteigt und die Niederschläge um 10 bis 20 Prozent zunehmen. Eine doppelte Bedrohung für Regionen, die – von Deichen geschützt – teilweise bis zu sechs Meter unter dem Meeresniveau liegen. Schon allein deshalb besteht ständig die Gefahr einer Überschwemmung; ein Deichbruch hätte verheerende Folgen.

Der richtige Umgang mit Wasser ist für die Niederländer zur Überlebensfrage geworden, und hierbei haben sie sich immer wieder nicht nur neue Schutz-, sondern auch Nutzmaßnahmen einfallen lassen. Mit einem Pilotprojekt will man nun dem Klimawandel begegnen: Amphibienhäuser. Treten die Flüsse über die Ufer, treiben die Gebäude einfach auf dem Wasser – wie eine „Arche“, so die Vorstellung der Erfinder.

Richtiger Umgang mit Wasser ist eine Überlebensfrage

37 Amphibienhäuser gibt es schon an der Maas, sie gehören zur Gemeinde Maasbommel bei Nijmegen. Äußerlich sehen die Häuser nicht ungewöhnlich aus: Sie haben zwei Stockwerke und halbrunde Metalldächer. Lediglich die Keller unterscheiden sich von denen herkömmlicher Häuser – sie stehen auf einer Plattform und bilden einen Hohlkörper; wie der Rumpf eines Schiffes geben die Keller im Ernstfall Auftrieb, so daß die Häuser nicht untergehen. Kommt es zu einer Überflutung, löst das Wasser die Häuser von ihrem Fundament und hebt sie bis zu 5,5 Meter an. Damit sich die Häuser nicht allein losmachen, sind sie mit zwei riesigen Stahlsäulen, an denen sie bei Hochwasser paarweise auf und nieder gleiten, verbunden. Die tief ins feste Erdreich getriebenen Stahlsäulen lassen die Häuser – so meinen die Erfinder – sogar Strömungen aushalten, wie sie auf dem Meer vorkommen. Die Versorgung mit Gas, Strom und Wasser erfolgt ebenso wie die Entsorgung über Kabel und Schläuche. Wichtig ist, daß den Leitungen genügend Spielraum gegeben wird, damit sie bei steigendem oder sinkendem Wasserspiegel nicht reißen.

Die Amphibienhäuser in Maasbommel sind Prototypen für zwei neue, schwimmende Stadtviertel auf künstlichen Inseln in den Städten Almere und Amsterdam. Experten sehen in dem Pilotprojekt bereits die Wohnform der Zukunft für Gebiete, die durch Hochwasser bedroht sind. Immer mehr Flächen entlang der Flüsse mußten in der Vergangenheit nämlich als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen werden, wodurch die Niederländer jährlich Nutzland verloren. Dieses Überschwemmungsland soll nun mit Hilfe der Amphibienhäuser wieder bewohnbar werden. Ganze Städte, die im Wasser schwimmen, sollen entstehen. Ein Wettbewerb für Gewächshäuser, Parkplätze und Industrieanlagen wurde bereits ausgeschrieben. Noch sind die Bauten teurer als normale Häuser, rund 250 000 bis 300 000 Euro kostet eine Wohnfläche von 120 Quadratmetern; vor allem die bewegliche Konstruktion schlägt zu Buche.

Noch sind die Bauten teurer als normale Häuser

Das internationale Interesse an der „Arche-Siedlung“ ist groß. Nach dem Hurrikan „Katrina“ kamen vor allem Anfragen aus den USA. Doch schwimmende Häuser sind nur dann sicher, wenn das Wasser langsam ansteigt. Bei einem Deichbruch wie in New Orleans bieten die schwimmenden Häuser nicht genügend Schutz. Das Prinzip „Amphibienhäuser für Privatleute“ funktioniert demnach nur in Flußregionen.

Rote Pusteln überall

Kinderkrankheiten und ihre Folgen bei kleinen wie großen Patienten

Von SILKE OSMAN

Felix fühlt sich hundsmiserabel. Er ist schlapp und hat zu nichts Lust. Selbst sein neues rotes Auto, das er gerade zu seinem vierten Geburtstag bekommen hat, kann ihn nicht aufmuntern. Auch seine Mutter ist besorgt. Der Junge hat hohes Fieber und außerdem hat sie an seinem Arm rötliche Flecken entdeckt. Felix ist immer wieder dabei, an ihnen zu kratzen. Nur mit Mühe kann sie den Jungen davon abhalten. Und wenn es Windpocken sind? Dann kann es häßliche Narben geben.

Der Kinderarzt bestätigt ihren Verdacht. „Hätten Sie den Jungen nur impfen lassen“, sagt er. „Seit August 2004 wird die Windpocken-Schutzimpfung von der STIKO, der ‚Ständigen Impfkommission des Robert-Koch-Instituts‘, für alle Kinder und Jugendlichen dringend empfohlen.“

Martin ist aus diesem jugendlichen Alter längst heraus. Doch auch ihn hat's erwischt. Er fühlt sich abgeschlagen und schlapp. Schlafen, nur schlafen, denkt er und kann selbst bei einem Konzert die Augen nicht offenhalten. Als er schließlich vom Fieber gequält seinen Hausarzt aufsucht, weiß der auch keinen Rat. Die Pusteln, nun ja, eine Allergie, vielleicht. Er gibt ihm Antibiotika. Das Fieber werde sich schon geben.

Nach einigen Tagen, Martin hat keine Besserung feststellen können, geht der 40jährige schließlich zum Hautarzt. „Windpocken“ ist die prompte Diagnose. Bei einem Erwachsenen kein Pappenstiel, denn schließlich kann diese Kinderkrankheit in seltenen Fällen Entzündungen des Gehirns, der Lungen, des Mittelohrs oder des Herzmuskels zur Folge haben. In der Schwangerschaft kann es beim Kind zu Augenmißbildungen und krankhaften Veränderungen des Gehirns kommen. Da die auslösenden Viren im Körper bleiben, kann man später einmal an der sehr schmerzhaften Gürtelrose erkranken.

Kinderkrankheiten bei Erwachsenen sind gemeinhin nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Zum einen verlaufen sie meist schwerer als bei Kindern, zum anderen können die Folgeschäden erheblich sein. Auch ist die Gefahr groß, daß Erwachsene eventuell ihre ungeborenen oder neugeborenen Kinder infizieren.

In der Regel erkrankt der Mensch nur einmal im Leben an den sogenannten typischen Kinderkrankheiten Masern, Mumps, Röteln, Keuchhusten und Windpocken. Und hat man sie einmal gehabt, ist man immun. Auch eine Impfung kann helfen. Und doch erkranken neuerdings immer mehr Jugendliche und Erwachsene an Kinderkrankheiten. Das mag zum einen daran liegen, daß eine allgemeine Impfmüdigkeit zu beobachten ist, zum anderen stecken sich die ungeimpften Kinder heutzutage nicht mehr so leicht an, weil sie in kleinen Familien ohne Geschwister aufwachsen, der Zeitpunkt der Ansteckung sich also immer weiter nach hinten verschiebt. Vor einiger Zeit machten Eltern Schlagzeilen, die ihre Kinder zu sogenannten „Masern-Partys“ schleppten. Ein Kind war an Masern erkrankt und die anderen sollten sich so schnell wie möglich anstecken, damit dann ein für alle Mal Ruhe wäre ...

Ein Erwachsener kann eine Kinderkrankheit nur dann bekommen, wenn er sie als Kind nicht durchgemacht hat und er keinen Impfschutz besitzt. Doch Impfung allein hilft oft auch nicht. Wenn sich nicht genügend Antikörper gebildet haben, können auch Geimpfte erkranken. Deshalb wird bei der Masern-Mumps-Röteln-Impfung eine zweite vorgenommen, um ganz sicher zu gehen.

„Nach der Entdeckung der Antibiotika schien für eine kurze Zeit der Sieg über alle Infektionskrankheiten möglich“, erläutert Dr. med. Marianne Koch das Problem. „Heute wissen wir, daß wir davon weiter denn je entfernt sind und daß die Menschen sich auch in Zukunft gegen Bakterien, Pilze und vor allem gegen Viren zur Wehr setzen müssen.“

Impfen ja oder nein? Die Meinungen gehen da auseinander. Marianne Koch: „Mediziner haben genaue Statistiken über die Gefährlichkeit verschiedener Krankheiten angelegt und sind der Ansicht, daß eine Impfung die bessere und sicherere Alternative ist, wenn bleibende Schäden oder sogar der Tod drohen. Sicher bedeutet, daß die Wahrscheinlichkeit, Schäden zu erleiden, bei der Impfung um ein Vielfaches geringer ist, als wenn die Krankheit selbst zuschlägt. Nur dann wird ein Impfstoff überhaupt zugelassen. Bei so schrecklichen Krankheiten wie Pocken oder Kinderlähmung ist das leicht verständlich. Bei anderen Erkrankungen, wie Masern oder Keuchhusten zum Beispiel, scheint die Situation nicht so klar zu sein. Dabei sind es gerade die vermeintlich harmlosen Masern, die oft zu schweren Komplikationen wie Mittelohrentzündung oder Entzündung des Gehirns führen können.“ Während bei Kleinkindern, die an Masern erkranken, auf 10 000 eine Gehirnentzündung kommt, tritt sie bei Jugendlichen und Erwachsenen bei einem von 500 Infizierten auf.

Felix und Martin sind übrigens von ihrer Windpockenerkrankung wieder genesen – ohne schwerwiegende Folgen ...



Windpocken: Sehen lustig aus, sind aber höllisch unangenehm. Foto: ABDA

Unter Wasser radeln

Unter Wasser spürt der Mensch nur einen Bruchteil seines Körpergewichts. Diese positive Wirkung des Auftriebs macht sich Aqua-Cycling zu Nutze: Die in den 90er Jahren in Italien entwickelte Sportart kombiniert die klassische Aqua-Fitness mit Herz-Kreislauf-Übungen auf dem Fahrradergometer. Seit einigen Jahren wird das Unterwasserradeln auch in Schwimmbädern in Deutschland angeboten. „Die Übungen werden auf sogenannten Aqua-Bikes im Schwimmbecken absolviert. Ideal ist dafür eine Wassertiefe von 1,10 bis 1,65 Metern“, sagt Aqua-Cycling-Ausbilderin Yvonne Kibbel aus Lübeck.

Die Fitnessgeräte erinnern an klassische Ergometer, sind jedoch besonders standfest und mit speziellen Widerstandsystemen für den Einsatz unter Wasser optimiert. Während das Fahrrad unter der Wasserlinie komplett verschwindet, bleibt der Oberkörper an der Luft. „Das Wasser stabilisiert den Körper so gut, daß man mehrere Übungen parallel ausführen kann“, erläutert die Trainerin. „Unten wird getreten, während mit dem Oberkörper spezielle Übungsformen ausgeführt werden können.“ Auf diese Weise werden Muskeln und Ausdauer trainiert, und gleichzeitig schult man die Koordination. Durch den Widerstand im Wasser muß der Sportler etwa dreimal soviel Kraft aufwenden wie beim Radfahren an Land. „Diesen zusätzlichen Kraftaufwand spürt man allerdings kaum, deshalb ist das Training so effektiv“, betont Yvonne Kibbel. „Aqua-Cycling ist besonders für Menschen mit Rheuma geeignet. „Für sie kann die Sportart Teil einer Schmerztherapie sein“, sagt Yvonne Kibbel. (www.aqua-cycling.com) *ddp*

Schmerztherapie für Rheumakranke

Operation aus der Ferne

Moderne Methoden bei einer Katheter-Untersuchung

Von NORBERT MATERN

Dr. Bernhard Zrenner, Privatdozent und Oberarzt im Deutschen Herzzentrum München, will auf die Journalistengruppe seine eigene Begeisterung für die brandneuen Möglichkeiten zur Behandlung von Herzrhythmusstörungen übertragen. Und das gelingt ihm. „Eigentlich könnte ich mit unserem neuen Magnetkatheter Patienten aus dem Weltraum behandeln, wenn ich dort in einer Kapsel säße – und zwar millimetergenau. Eine Operation zwischen Boston und Mailand hat es schon gegeben.“

In der Münchner Lazarettstraße aber geht es in den Meß- und Kontrollraum neben dem OP, von dem aus man durch eine Glasscheibe den schlafenden Patienten beobachten kann. Bei ihm sind nur zwei Schwestern.

Dr. Zrenner erklärt – immer mit Blick auf den Behandelten – die farbigen Computerbilder auf denen man sieht, wie sein Kollege Dr. Andreas Pflaumer mit einer jungen asiatischen Ärztin vom Meß- und Kontrollraum aus den magnetgesteuerten Katheter im Herzen des Patienten wie auf einer „inneren Landkarte“ hin- und herfährt. Er navigiert die magnetische Kathederspitze mit einem Joystick im dreidimensionalen Raum.

Wie das möglich ist, kann auch der Laie schnell erkennen. Rechts und links vom Patienten stehen zwei mindestens einen Kubikmeter große Magneten, die von der amerikanischen Firma „Stereotaxis“ in Zusammenarbeit mit „Siemens“ entwickelt wurden. Sie sind so stark, daß man eine Woche bräuchte, um sie endgültig abzuschalten. „Führe die Putzfrau ihren Metallwagen dagegen, brächten wir ihn nie wieder los.“

Mußte der Arzt auch im Deutschen Herzzentrum München bisher den Elektronenkatheter mühsam an die richtige Stelle des Herzens bringen, so geschieht dies jetzt magnetisch und damit sicherer als per Hand. Niobe heißt das magnetische Großgerät, das zuerst der Untersuchung und dann später der etwa dreistündigen Operation dient.

Mindestens sieben Jahre Erfahrung als Kardiologe sind nötig, um die Führung des traditionell durch die Leiste eingeführten Katheters nicht mehr manuell, sondern magnetgesteuert zu bedienen. „Wir sind Computerärzte“, sagt Zrenner und wünscht sich mehr „internationale Zusammenarbeit und nicht Streit, Konkurrenzdenken zwischen den Kliniken, Universitäten und Kollegen“. Denn weltweit werden jährlich etwa 400 000 Katheter-Ablationen in vorher genau festgelegten Gewebearealen vorgenommen.

Behandelt werden – mit 75 Prozent Erfolg – Herzrhythmusstörungen und Vorhofflimmern. Niobe steht erst seit wenigen Wochen im Münchner Herzzentrum, das Gerät gibt es auch in Hamburg und Leipzig. Die Apparatur kostet rund zwei Millionen Euro, an denen sich das bayerische Kultusministerium und Sponsoren beteiligt haben. Bestenfalls wird sie sich amortisieren, von „Profit“ für die Klinik kann keine Rede sein.

„Medikamente können nur unterdrücken, wir können heilen und das auch bei Kindern, von denen etwa zwei bis drei Prozent unsere Hilfe nötig hätten“, so Dr. Zrenner.

Die Vorteile von Niobe liegen auf der Hand: Die magnetische Steuerung des Katheters ist exakter, die früher nötige Röntgendosis kann reduziert und die Gefahr von Verletzungen der Herzwand, also Perforationen, verringert, wenn nicht ausgeschlossen werden. Vor allem: Der Erfolg einer Ablation, der Verödung eines kranken Herzgefäßes, ist sofort sichtbar.

Die Nachbetreuung der Patienten übernimmt ein Netz von mit dem Herzzentrum zusammenarbeitenden Kardiologen und Hausärzten. Die Krankenkasse zahlt. Da unsere Lebenserwartung derzeit pro Jahr um rund einen Monat zunimmt, wird auch die Zahl der Patienten steigen, die an Herzrhythmusstörungen leiden.

Wann ist ein Herzkatheter nötig?

Eine Untersuchung mit dem Herzkatheter und Röntgenkontrastmittel wird durchgeführt, wenn nach Untersuchungen wie EKG, Echokardiogramm oder Farbdopplersonografie:

1) der Verdacht auf eine Engstelle durch Verkalkungen im Bereich der Herzkranzgefäße besteht (koronare Herzkrankheit), 2) die Herzklappen auf ihre Schließfähigkeit oder auf Verengungen untersucht werden müssen, 3) bei vorliegender Herzschwäche die Herzkammern und Vorhöfe dargestellt und ausgemessen werden sollen und man die Herzmuskelkraft, die Blutvolumen, den Blutfluß und die Drücke messen will, 4) Herzfehler, zum Beispiel Öffnungen in der Herzscheidewand, dargestellt werden sollen.

Außerdem können bei der Untersuchung auch therapeutische Maßnahmen erfolgen, wie eine Erweiterung der Herzkranzgefäße (Ballondilatation) bei Einengungen, wenn noch keine Herzoperation erforderlich ist. *(Quelle: www.herzberatung.de)*



Gegen den Islam

Ayaan Hirsi Ali provoziert

Hadschi Halef Omar Ben Hadschi Halef al Gossara – diese Aufzählung kennt ein jeder von Karl May. Ähnlich beginnt auch die Autobiographie von Ayaan Hirsi Ali.

Mit ihrer Großmutter unter dem Talalbaum sitzend, muß sie sich die schier endlose Litanei ihrer Vorfahren einprägen. Das hat einen tiefen Sinn, denn die mittelalterliche Gesellschaft Somalias ist ein Clansystem und es ist überlebenswichtig zu wissen, zu welchem Clan man gehört. Mit den Namen seiner Vorfahren saugt man auch den Islam mit seinen in Somalia besonders blutigen Ritualen auf. Das blutigste mußte die kleine Ayaan im Alter von fünf Jahren erfahren, als sie von ihrer Großmutter gepackt wurde und ihr von einem fremden Mann mit einer Schere gewaltsam die kleinen Schamlippen und die Klitoris entfernt wurde, als sei sie ein ranziges Stück Fleisch. Dann wurde sie unbetäubt mit groben Stichen zugenäht.

Diese Szene und den folgenden brennenden Schmerz wird sie ein Leben lang nicht vergessen.

Er wiederholt sich gewissermaßen, wenn beim ersten Koitus ein ungeschickter Mann gewaltsam Eintritt begehrt. Das übrige Leben in Somalia verläuft auch häufig blutig und in immer wiederkehrenden Stammesfehden.

Die Autobiographie Ayaan Hirsi Alis ist eine Entwicklungs- und Bildungsgeschichte, in der es der Protagonistin gelingt, sich aus den mentalen Kerkern ihres Stammes und ihrer Religion zu befreien.

Am Ende steht die Autorin siegreich da als eine moderne Universitätsabsolventin, die es bis zu einer Anstellung an einem „think-tank", dem „Amerika Enterprise Institute", geschafft hat. Dazwischen liegt aber eine schier endlose Asylodysee durch die verschiedensten Regionen Afrikas über Kenia, Riad bis nach Leiden in Holland.

Dieser äußeren Wanderung entspricht eine innere Entwicklung von einer anfangs gläubigen Islamistin zu einer zunehmend skeptischeren Agnostikerin bis hin zu einer tiefungläubigen Atheistin, die heftige Anklagen gegen den Islam erhebt, dem sie zum Vorwurf macht, ein Sklavensystem etabliert zu haben, das die Menschen an selbständigem Denken und Handeln hindert, und in seinem Versuch, alle Bereiche des Lebens zu reglementieren, die Menschen auf die Mentalität arabischer Wüstenstämme des 7. Jahrhunderts zu reduzieren.

Sie schreckt in ihrem durch die rigide Haltung des Islam zu den Frauen verletzten Stolz nicht davor zurück, heftige Anklagen gegen Mohammed als Religionsstifter selbst zu erheben, den sie als einen sexsüchtigen Kinderschänder bezeichnet, weil er die neunjährige Aischa gegen ihren Willen zur Frau nahm. Ayaan Hirsi Ali war es auch, die Theo van Gogh zu seinem Film inspirierte, und dessen brutale Ermordung galt eigentlich ihr. Es ist beinahe unglaublich, wie es ihr gelang, als anfänglich unbedarfte Asylantin Holland beinahe an den Rand eines Religionskrieges zu bringen.

Ayaan Hirsi Alis Autobiographie besitzt die Spannung eines Kriminalromans und die Dichte einer historischen und soziologischen Studie, die uns eine Region verstehen läßt, die gerade heute wieder in den Fokus der Weltpolitik gerät. *Holger von Dobeneck*

***Ayaan Hirsi Ali: „Mein Leben, meine Freiheit"**, Piper, München 2006, geb., 496 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 6036*



Das Leben als alter Knacker

Hellmuth Karasek über den Charme und die Macken des Alterns

„Gott, was habe ich mich über den älteren Herrn geärgert, neulich beim Bäcker! Wie er umständlich in Taschen und im Portemonnaie nach den Cents fingerte, die er immer noch Pfennige nannte ... Wie er mit der jungen Verkäuferin zu flirten versuchte. Irgendwas von knackig und frisch in Bezug auf Brötchen sagte und sie dabei angrinste ... Diese älteren Leute, dachte ich schon, aber da merkte ich, daß ich es war, über den ich mich geärgert hatte und den der Jüngere in mir beiseite schubsen wollte." Hellmuth Karasek versucht, sein Altern mit Humor zu nehmen, auch wenn er dabei durchaus immer wieder sehnsüchtig mit der Jugend liebäugelt. Dabei greift das eine Viertel vom einst bekannten literarischen Quartett in „Süßer Vogel Jugend oder Der Abend wirft längere Schatten" durchaus nicht nur auf seine eigenen Erfahrungen zurück, sondern schildert auch aus dem Leben bekannter Literaten. Außerdem kommen regelmäßig alternde Bekannte vor, die kurz vor dem Renteneintritt oder schon danach mit beinahe noch kindlichen Gefühlen liebäugeln und mehr.

Karasek geht jedoch keineswegs nur auf Schrullen und Wünsche alternder Menschen ein, sondern nimmt sich auch ihrer Ängste an. „Je heller es wurde, desto deutlicher geriet ich in Panik, weil ich immer mehr von der Furcht befallen war, über Nacht taub geworden zu sein ... ‚Ich bin wahrscheinlich taub.' Nach einer Pause: ‚So ist das im Alter! Es überfällt einen! Über Nacht! Nie mehr die Vögel hören!'" Auch wenn sich später herausstellte, daß es nur ein sich gelöster Pfropfen Ohrenschmalz war, der dem Autor das Hören fast unmöglich machte, so hat er die Erfahrung gemacht, wie es ist, wenn man nicht mehr so kann, wie man will. Voller Selbstironie schildert er seine verzweifelten Versuche, sein offenes Schuhband auf der Straße zu schließen, ohne irgendwelche peinlichen Verrenkungen machen zu müssen, da er nicht mehr automatisch beim Bücken seine Schuhe greifen kann.

„Ja, ja, lang leben will halt alles, aber alt werden will kein Mensch." Zitate wie dieses von Nestroy würzen Karaseks eigene Gedanken zum Altern. Ausführlich nimmt sich der Autor auch einen Teil der Geschichte „Gullivers Reisen" vor, in dem dieser die Strudbrugs besucht, Wesen die nicht sterben, aber mit den Jahren immer abstoßender werden. Also warum Angst vorm Tod, wenn das die Alternative ist, so der Tenor dieses Kapitels. Auch kritisiert Karasek, daß Altern bei vielen irgendwie den Anstrich von Krankheit hat. So berichtet er von einem Chirurg, der seine Lebensgefährtin alterslos operiert hat. Doch dieses alterlose Gesicht zeige doch nur ein vom Leben getilgtes Gesicht, absolute Leere.

„Süßer Vogel Jugend oder Der Abend wirft längere Schatten" ist durchaus unterhaltsam, doch irgendwie fehlt der Biß. Auch die vielen Verweise auf das Altern in der Literatur entschädigen nicht wirklich, zumal man diese von einem Karasek erwartet. *R. Bellano*

***Hellmuth Karasek: „Süßer Vogel Jugend oder Der Abend wirft längere Schatten"**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2006, geb., 271 Seiten, 18,95 Euro, Best.-Nr. 6037*



Erbarmungslos eingeholt

Reicher Familienpatriarch erinnert sich an seine Zeiten der Armut und Ideale

Wir schreiben das Jahr 1997, als Kishor Babu, ein 72jähriger, wohlhabender Geschäftsmann, der in einem der reichsten Viertel Kalkuttas lebt, bei einem Unfall einen Schlag auf den Kopf erhält.

Von dem Moment an erfolgt eine grundlegende Veränderung im Verhalten des bis dato gestrengen Patriarchen, die seine gesamte Familie in helle Aufregung versetzt.

Als aufmerksamer Beobachter wandert er durch die Straßen Kalkuttas, beschäftigt sich mit den alten Tagebüchern seiner Verwandten, die er eigentlich längst hat wegwerfen wollen, und durchlebt in Gedanken noch einmal seine Kindheit und Jugend.

„Kishor Babus neue Angewohnheit, in den Straßen herumzubummeln, beunruhigte seine Frau und seine Kinder derart, daß sie sein Gehirn durch neueste und kostspielige Methoden untersuchen ließen ..."

Weder die Frau Kishor Babus noch seine Kinder haben Verständnis dafür, daß das Familienoberhaupt plötzlich anfängt, die durch Armut und Entbehrungen gezeichnete Familiengeschichte hervorzuholen.

„Kishor Babus Familie hatte, um sich von den aus der Erinnerung an die Geschichte herrührenden Übeln zu befreien, sehr erfolgreiche Rezepte angewandt ... 1. alte Dinge vergessen, 2. neue Tatsachen schaffen, 3. eine neue Ausdrucksweise annehmen, 4. Porträts prunkvoll bekleideter Ahnen in prächtig vergoldeten Rahmen aufhängen ..., 5. alte Möbel, Schmuck und Standbilder kaufen."

Kapitel für Kapital dringt Alka Saraogi in die Vergangenheit Kishor Babus vor. Stück für Stück beginnt der Leser zu begreifen, wie der einst so sympathische junge Mann, dessen beste Freunde Amolak, ein Gandhi-Anhänger und Shantanu, ein revolutionärer Streiter, waren, zu einem solch geld- und ansehensbesessenen Menschen werden konnte.

Leider ist der Übergang der Kapitel so fließend, daß der Leser leicht das Gesamtbild der Handlung aus den Augen verliert. Der Roman wirkt zum Teil durch die Fülle der Geschichten und der Ereignisse etwas unübersichtlich.

Der Roman zeigt ein einerseits sehr farbenfrohes und andererseits sehr düsteres facettenreiches Kalkutta.

Alka Saraogi verwischt die Grenzen zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart der Stadt und zeigt am Beispiel von Kishor Babu, wie die Vergangenheit einen Menschen, auch wenn er sie mit allen Mitteln zu verdrängen versucht, doch immer wieder einholt. *A. Ney*

***Alka Saraogi: „Umweg nach Kalkutta"**, Insel Verlag, Frankfurt am Main 2006, geb., 334 Seiten, 22,80 Euro, Best.-Nr. 6038*



Hauptsache reich

Russin hängt sich an die falschen Männer

„Die Tokarjewa kennt das Leben", lobt Alice Schwarzer die 1937 in St. Petersburg geborene Viktorija Tokarjewa. Und auch Elke Heidenreich ist von dem Witz und dem Leben der Autorin angetan. Auch in dem Roman „Glücksvogel" greift die Schriftstellerin sich ein Thema aus dem Leben.

„Flieg zu mir, flieg zu mir, du Vogel des Glücks ..." Romanheldin Nadka träumt davon, daß der im Volkslied besungene Glücksvogel eines Tages zu ihr kommt. In ihrer Kindheit mußte sie zurückstecken. Sie wuchs bei ihrer Großmutter auf dem Land auf, weil ihre Mutter sie in der Stadt nicht gebrauchen konnte. Ihre Eltern hatten sich bei einem Universitätsball kennengelernt. Die Mutter steckte mitten in Diplomprüfungen, und der Vater ließ sie sitzen. Von ihm blieb Nadka nur ihr asiatisches Aussehen, die starken, fast schwarzen Haare und die avocadofarbenen Augen.

In verbotenen bunten Journalen hatte sie gelesen, daß es im Westen Millionäre geben soll. Ihr großes Ideal ist Onassis. Es muß doch möglich sein, sich solch einen Glücksvogel zu angeln! Vom Lernen hält Nadka nichts, die Großeltern sind die Auseinandersetzungen mit ihr bald leid und schicken sie zur Mutter nach Moskau. Mutter Xenia ist inzwischen eine Künstlerin geworden, die ihr bescheidenes Auskommen hat und damit zufrieden ist. Doch dieses Leben genügt Nadka nicht. Sie begibt sich auf die Suche nach ihrem Glücksvogel. In dem deutschen Ingenieur Günther glaubt sie ihn gefunden zu haben. Er heiratet sie und nimmt sie mit nach Deutschland. Nadka geht es gut, doch sie spürt, daß sie kein Glück gefunden hat. Sie sucht es bei anderen Männern. Ehemann Nummer eins schmeißt sie raus, sie spannt einer anderen den Mann aus und heiratet erneut.

Ehemann Nummer zwei entpuppt sich als Säufer, Nadka, inzwischen Mutter, verläßt ihn, wird die Geliebte eines reichen Franzosen, geht mit ihm nach Paris. Jean-Marie hält Nadka und ihre Tochter zwar großzügig aus, versteckt sie aber vor Freunden und der Familie. Lange hält die junge Frau auch dieses Leben nicht aus. Verbittert, ohne einen Onassis, dafür mit Kind, kehrt sie nach der politischen Wende nach Moskau zurück. Dort ist jetzt alles möglich, wenn man clever und skrupellos ist. Diese Eigenschaften besitzt Nadka. Sie findet Arbeit in einer der aufstrebenden Immobilienfirmen. Am Tage arbeitet sie erfolgreich, schreckt vor unlauteren Geschäftsmethoden nicht zurück, nachts geht sie in Nachtbars, um ihren Onassis kennenzulernen. Eines Nachts hat sie ihn in einer Bar getroffen. Andrej ist Bankier, Vorstandsvorsitzender, verheiratet. Nadka verliebt sich zum ersten Mal in ihrem Leben. Ihr Glücksvogel entpuppt sich jedoch als schwacher Mensch. Da Nadka bisher alles bekommen hat, was sie wollte, beginnt sie mit allen Mitteln, um ihren Andrej zu kämpfen. Sie schiebt ihm ein Kind unter, erpreßt ihn, stellt ihn in der Öffentlichkeit bloß. Ohne den gewünschten Erfolg. Nadka muß einsehen, daß Glück sich nicht mit Gewalt erzwingen läßt. Als sie ihren Glauben an ihre Zukunft verloren hat, begegnet ihr das Glück doch noch völlig überraschend und unerwartet. Auf einer Vernissage ihrer Mutter begegnet ihr der Abgeordnete Iwan, dessen Äußeres sogar ein bißchen Ähnlichkeit mit Onassis hat. Er schafft es, hinter Nadkas berechnenden Eigenschaften die guten, positiven Neigungen hervorzuholen. Sie fühlt sich bei ihm sicher und geborgen.

Das Märchen wird am Ende doch nicht wahr, weil ihr Onassis sein ganzes Geld nach einer verlorenen Wahl verliert. Dafür ist sie selbst ein Glücksvogel, der ein Vielfaches gewonnen hat: den Glauben an sich selbst und einen Vater für ihre Kinder. *MRK*

***Viktorija Tokarjewa: „Glücksvogel"**, Diogenes Verlag, Zürich 2006, geb., 293 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 6039*



Stück für Stück

Norwegerin verliert ihren Mann durch Alzheimer

Es war eine verbotene Liebe, doch Berit Degnäs und ihr Kollege Richardt können nicht mehr ohne einander, und so trennen sie sich gegen jede Vernunft von ihren jeweiligen Ehepartnern und ihren halbwüchsigen Kindern und ziehen nach über einem halben Jahr nervenaufreibender Trennungsversuche zusammen. Beide bauen sich einen gemeinsamen Bekanntenkreis auf, einige ihrer Kinder ziehen sogar zu ihnen und das neue Leben der beiden über 40jährigen kann beginnen.

Doch das Glück währt nicht lange. Richardt wird merkwürdig vergeßlich, der ehemals Redegewandte braucht manchmal mehrere Augenblicke, um die richtigen Worte zu finden. Gerade Anfang 50 scheint Richardt zerstreut zu werden wie ein Senior. Auch mehrere Arztbesuche bringen keine Erklärung für das Phänomen, und Berit und ihr Lebensgefährte sind sogar fast enttäuscht, als die Diagnose Gehirntumor ausbleibt, denn so schlimm dies auch gewesen wäre, es gäbe eine Erklärung und Möglichkeiten dagegen anzugehen. „Als ich Richardt das erste Mal im Bad vor dem Spiegel gesehen hatte, mit dem Rasierapparat in der Hand und vollgeschmiert mit Zahnpasta, hatten wir beide darüber gelacht. Jetzt konnte ich nicht mehr lachen, geblieben waren Tränen und Schmerz." Immer öfter bringt Richardt sie auch in der Öffentlichkeit in Verlegenheit, indem er beispielsweise mit herruntergelassener Hose von der Herrentoilette kommt, da er nicht mehr weiß, wie man die Hose schließt.

Als Richardt nicht mehr arbeiten kann, ist es für beide erst eine Erleichterung, doch die währt nicht lange, da der erwachsene Mann bald nicht mehr ohne Aufsicht alleine zu Hause sein kann. Erst als die Diagnose Alzheimer lautet, findet Berit Degnäs endlich Personen, die sie in der Pflege ihres eigentlich noch jungen Partners unterstützen.

„Ein Jahr wie tausend Tage – Ein Leben mit Alzheimer" heißt das Buch, in dem die Norwegerin ihre Erfahrungen mit der Krankheit und den Problemen im norwegischen Gesundheitssystem schildert. Nachvollziehbar führt sie an, wie sie, Richardt, die Kinder, Verwandtschaft und Bekannte auf die für das Alter ungewöhnliche Krankheit reagieren. Sie selbst kann es nicht verwinden, daß sie ihren Liebsten Stück für Stück verliert, doch so lieben wie einen Liebsten kann sie ihn auch nicht mehr. Als Richardt einen seiner lichten Momente hat, will er mit ihr schlafen, doch die Autorin verweigert sich ihm, da er inzwischen für sie eher wie ein pflegebedürftiges Kind denn wie ihr Mann ist – eine Entscheidung, die sie noch heute mit Schuldgefühlen erfüllt.

Als Berit Degnäs ihren Mann ins Heim geben muß, da sie alleine mit der Pflege überfordert ist, leidet sie mit ihm. „Die Angst dominierte. Richardt hatte auch zu Hause sehr darunter gelitten, aber ich hatte es immer geschafft, ihm die Angst zu nehmen ... Jetzt erlebte ich, daß er sich von mir abwandte, daß er mich als Bedrohung ansah." Nun rennt er mit einer 80jährigen Heimbewohnerin, die ihn als ihren Mann ansieht, Hand in Hand über die Heimflure.

„Hilf mir zu sterben", bat Richardt sie, doch Berit Degnäs kann nicht. „Inmitten der Hochzeitsvorbereitungen für meine Tochter kämpfte Richardt seinen letzten Kampf. Zum Verlieren verurteilt. Ich war Mutter und Gastgeberin, ich war Lebensgefährtin und Trauernde ... Mit der rechten Hand schrieb ich Tischkarten, mit der linken Hand versuchte ich, Richardt Kraft zu geben auf seinem letzten Weg."

Am Ende dieses sehr lesenwerten und trotz allem mutmachenden Erfahrungsberichtes sind übrigens zahlreiche Literaturhinweise und Institutionen genannt, die einem in ähnlicher Lage helfen können. *Bel*

***Berit Degnäs: „Ein Jahr wie tausend Tage – Ein Leben mit Alzheimer"**, Walter, Düsseldorf 2006, broschiert, 170 Seiten, 14,90 Euro, Best.-Nr. 6040*

Herrenschmuck-Set "Ostpreußen"



Edles Herrenschmuck-Set,
bestehend aus:
Manschettenknöpfen,
Krawattenklemme und
Anstecknadel (Pin).

Alle Schmuckstücke sind aufwendig emailliert.
Lieferung in repräsentativer Geschenkbox (ohne Abb.)
Best.-Nr.: 5960 € 49,95







Arno Surminski
Gruschelke und Engelmannke
Geschichten auf Ostpreußisch und Hochdeutsch
Geb. 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abbildungen
Best.-Nr.: 1211, € 14,95



Roswitha Gruber
Großmütter erzählen
Geschichten aus der alten Zeit
Geb., 240 Seiten
Best.-Nr.: 5933, € 9,95

Reise in ein fremdgewordenes Land
Ostpreußen
Ermland und Masuren

2 Dokumentarfilme des SFB (rbb media) aus 2001/2002 „Ostpreußen – Reise in ein fremdgewordenes Land“ Eine Reise in das nördliche Ostpreußen ist heute eine Reise nach Russland und Litauen. Noch vor zehn Jahren war der Weg nach Königsberg nur mit besonderer Genehmigung möglich. Spieldauer: ca. 45 Minuten, Produktionsjahr: 2001 (RBB Media GmbH) „Ostpreußen – Ermland und Masuren“ Der Film zeigt die wichtigsten Orte mit ihren schönsten Sehenswürdigkeiten. Die Reise führt über Allenstein, das „Gut Gartenpungel“, über Nikolaiken, Mohrungen, Sorquitten, das Kloster „Heilige Linde“, Hohenstein, Elbing, Marienburg, Frauenburg und zur ehemaligen Bunkeranlage „Wolfschanze“ in Rastenburg.

Spieldauer: ca. 45 Minuten, Produktionsjahr: 2002 (RBB Media GmbH)
Bonusfilm: „Ostpreußen – Reise in die Vergangenheit“ Der Film zeigt in wunderschönen historischen Aufnahmen aus den 30er und 40er Jahren Ostpreußen wie es einmal war: das Torfmoor bei Tawellingken, Felder und Siedlungen bei Trapphöhnen, der Hafen von Memel, die Ostmesse in Königsberg, der Oberländische Kanal, der verlandende Drausen-See, Flößer bei der Arbeit u.v.m. Spieldauer: ca. 20 Minuten, Produktionsjahr: 2006



Gesamtlaufzeit: 90 Minuten
Farbe + 20 Minuten Bonusfilm
Schwarzweiß
Best.-Nr.: 5995, € 12,95

Günther H. Ruddies
Hochzeit auf ostpreußisch
und andere Geschichten aus dem Bernsteinland
Geb., 221 Seiten
Best.-Nr.: 5755, € 9,90

Hans Deichelmann
Ich sah Königsberg sterben
Das Leiden und Sterben der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung, Kart., 288 Seiten
Best.-Nr.: 1040, € 15,50

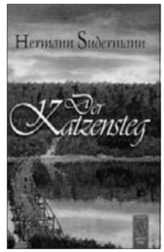
Georg Meck
Das Geld kriegen immer die anderen
Wofür arbeiten wir eigentlich? Eine Abrechnung
Kart., 168 Seiten
Best.-Nr.: 5983, € 14,90

Buch der Woche

Marianne Kopp
Agnes Miegel Leben und Werk

Als „Mutter Ostpreußen“ wurde sie von ihren Landsleuten verehrt - die Schriftstellerin Agnes Miegel (1879-1964). In Königsberg geboren, lebte sie in Weimar und England, bevor sie in ihre Heimat zurückkehrte und dort u. a. von 1920 bis 1927 das Feuilleton der „Ostpreußischen Zeitung“ leitete. Nach der Flucht 1945 ließ sie sich in Bad Nenndorf nieder. Erste Balladen veröffentlichte Agnes Miegel bereits 1901, später kamen Gedichte sowie Erzählungen hinzu, in denen ihre ostpreußische Heimat eine große Rolle spielte. Weder nur „Balladendichterin“ noch reine Heimatdichterin, auf die sie wegen der starken Heimatbindung ihrer Werke an Ostpreußen oftmals reduziert wurde, hat Agnes Miegel sowohl in Lyrik als auch Prosa Bedeutendes geschaffen. Marianne Kopp leistet mit der Biographie der Dichterin einen wichtigen Beitrag zu einer neuen, umfassenden Würdigung von Leben und Werk Agnes Miegels.

Kart., 127 S., zahlr. Abb
Best.-Nr.: 3476, € 6,95



Hermann Sudermann
Der Katzensteg
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 6025, € 16,95





Jürgen Roth
Deutschland-Clan
Deutschland im Griff einer korrupten Elite.
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 5505, € 19,90



Agnes Miegel
Spaziergänge einer Ostpreußin
Königsberger Feuilletons
Geb., 144 Seiten
Best.-Nr.: 4952, € 12,95

Sonderangebot!



Fried von Bartocki / Klaus von der Groeben
Adolf von Bartocki
Das Lebensbild des ostpreuß. Oberpräsidenten, Kart., 201 Seiten
Best.-Nr.: 5892, Nur noch € 2,95



Klaus von der Groeben
Das Land Ostpreußen
Selbsterhaltung, Selbstgestaltung, Selbstverwaltung 1750–1945, Kart., 334 Seiten
Best.-Nr.: 5893, Nur noch € 4,95



Michael A. Hartenstein
Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie
„Westverschiebung“ und „Umsiedlung“ – Kriegsziele der Alliierten oder Postulat polnischer Politik?
Geb., 432 Seiten
Best.-Nr.: 5996, € 24,90



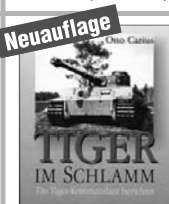
Heinz Küster
Die Hölle zwischen Elbe und Oder 1945
Kriegserinnerungen
Geb., 268 Seiten
Best.-Nr.: 5107, € 16,80



Marita Vollborn, Vlad D. Georgescu
Die Joghurt-Lüge
Die unappetitlichen Geschäfte der Lebensmittelindustrie
Kart., 336 Seiten
Best.-Nr.: 5974, € 19,90



Hein Mayer
Die Muse im Gulag
Überlebensstrategie gegen Hunger und Hoffnungslosigkeit
Kart., 239 Seiten
Best.-Nr.: 5949, € 16,80



Otto Carius
Tiger im Schlamm
Die 2. Schwere Panzer-Abt. 502 vor Narwa und Dünaburg – Ein Tiger-Kommandant berichtet
Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 5994, € 26,90



Lieder unserer Fallschirmjäger
16 Lieder der deutschen Fallschirmtruppe, gesungen von den „8 Junkers“. Rot scheint die Sonne, Auf Kreta im Sturm und im Regen, Wir sind die Männer vom Schirmer u.a.
Best.-Nr.: 5630, € 15,50



Bekannte Soldatenlieder
15 Titel, Inhalt: Wenn wir marschieren, Wohlauf Kameraden, auf's Pferd, Ein Heller und ein Batzen, Auf der Heide blüht ein kleines Blümelein, Ich schieß den Hirsch, Oh du schöner Westerwald, Lore, Lore, u.a.
Gesamtspielzeit: 37 min
Best.-Nr.: 5753 , € 9,95



Beliebte Traditions- und Parademärsche
Fridericus-Rex-Grenadiermarsch, Großer Zapfenstreich und Nationalhymne, 15 Märsche gespielt vom Heeresmusikkorps der Bundeswehr
Best.-Nr.: 5609, € 12,90



Peter Scholl-Latour
Russland im Zangengriff
Putins Imperium zwischen Nato, China und Islam
Geb., 432 Seiten, m. 16 S. Farbabbildungen u. Karten
Best.-Nr.: 5929, € 24,90

Super-Sonder-Angebot!

*Mängelexemplare



Waltraud Hansen
Die Erde liegt unter den Füßen der Mutter
Lebensbericht einer Mutter von 13 Kindern
Kart., 142 Seiten
Best.-Nr.: 5680
statt € 8,40 - Ersparnis 64 %



Johanna Tuliszka
Und weidet mich auf einer grünen Aue
Erinnerungen einer Berlinerin, aus dem Jahrgang 1923
Kart., 620 Seiten
Best.-Nr.: 5712
statt € 24,00 - Ersparnis 87 %



Hans Zeidler
Als Ostpreußen verloren ging
Kart., 63 Seiten
Best.-Nr.: 6024, Nur noch € 1,95



Helmut Luther
Friedrich Karl von Preußen
Das Leben des roten Prinzen
Kart., 320 Seiten
Best.-Nr.: 5168
statt € 9,90 - Ersparnis 30 %

Hörbücher vom Bestseller-Autor Gerd Schultze-Rhonhof

Der Zweite Dreißigjährige Krieg
Welche Ziele aber können es wert sein, die europäischen Nationen in zwei blutigen Kriegen gegeneinander aufmarschieren zu lassen? Dieses Hörbuch klärt auf...
2 CDs, Laufzeit: 145 Minuten
Best.-Nr.: 5337, € 14,95

Der Krieg der viele Väter hatte
Das vorliegende Hörbuch zeichnet die dramatischen Entwicklungen der letzten Tage vor Kriegsbeginn minutiös nach: hier erfahren Sie, was den „ersten Schüssen“ des 1. Sept. 1939 vorausgegangen ist.
2 CDs, Laufzeit: 145 Minuten
Best.-Nr.: 5180, € 14,95



Lieder, die wir einst sangen
16 Lieder der deutschen Landser: Ein Heller und ein Batzen, Wildgänse rauschen durch die Nacht, Infanterie, du bist die Krone aller Waffen, Argonnerwald um Mitternacht, u.a.
Best.-Nr.: 5629, € 15,50



Günther Müller
Als Jugendlicher 1945 nach Rußland verschleppt
und Erzählungen aus Ost- und Westpreußen
Kart., 116 Seiten
Best.-Nr.: 4627, € 12,60



Hildegard Ratanski
Getränkte Erde – Lebenerinnerungen einer Ostpreußin
Kart., 175 Seiten
Best.-Nr.: 5679
statt € 8,90 - Ersparnis 66 %

PMD Preußischer Mediendienst — 04/07

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Fax: 040 / 41 40 08 58 · Tel: 040 / 41 40 08 27
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Entgiftung abgeschlossen

Berlin – Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen im Schloß Schönhausen konnte die „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“ (SPSG) die Arbeiten zur Dekontamination erfolgreich beenden. Dabei wurden die Parkettfußböden ausgebaut, die Geschoßdecken von Schalungen und kontaminierten Füllmaterialien befreit und das Dach freigelegt. Mit Spezialstaubsaugern wurden die Konstruktionen restlos von giftigen Ablagerungen und Staub gereinigt. Um die teilweise aus dem 18. Jahrhundert stammenden Balken zu erhalten und gleichzeitig eine weitere Freisetzung von Giftstoffen zu verhindern, wurden alle Holzkonstruktionen mit einem Schutzanstrich „maskiert“. Derzeit liegen die Deckenkonstruktionen frei und machen die über 300jährige Baugeschichte des Hauses deutlich ablesbar.

Rückkehr auf die Balustrade

Berlin – Ende Januar konnte die „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“ (SPSG) die Sanierung der Balustraden auf dem Dach des Schlosses Charlottenburg abschließen. Sichtbares Zeichen für die erfolgreiche Beendigung der Arbeiten ist die spektakuläre Rückkehr der 20 modernen Plastiken aus Aluminiumguß. Die Figuren sind Personifikationen der Wissenschaften aber auch aus der antiken Mythologie entlehnt. 1996 mußten sie wegen Absturzgefahr von der morschen Balustrade geholt werden.

»Ein Christ ist immer im Dienst«

Vor 40 Jahren starb der ehemalige Generalsuperintendent und EKD-Ratsvorsitzende Otto Dibelius

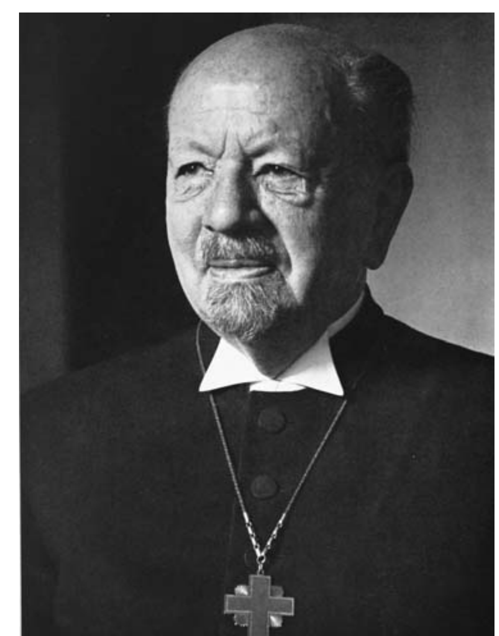
Von Manuel Ruoff

Ein Christ ist immer im Dienst“, war die erklärte Einstellung Otto Dibelius’ zu Christsein und Dienst. Der Preuße kam am 15. Mai 1880 als Sohn eines Geheimen Regierungsrats und einer Pfarrerstochter in Preußens Hauptstadt zur Welt. Hier studierte er bei dem wohl bekanntesten protestantischen Theologen und Kirchenhistoriker des Kaiserreichs, Adolf von Harnack, Theologie. Nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung trat er den Pfarrdienst an. Dieser führte ihn 1907 nach Crossen, 1910 nach Danzig, 1911 nach Lauenburg in Pommern und 1915 dann wieder in seine Geburtsstadt. Hier wurde er 1921 im Nebenamt Oberkonsistorialrat im Evangelischen Oberkirchenrat, der obersten Behörde der Altpreußischen Union. 1924 wurde er zum Generalsuperintendenten der Kurmark gewählt. In dieser Eigenschaft hielt er nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten am „Tag von Potsdam“ (vergleiche Nr. 11/03) in der Nikolaikirche den Gottesdienst für die evangelischen Reichstagsabgeordneten, der dem Festakt in der Garnisonkirche vorausging. Die Predigt, die er dabei hielt, war so ambivalent wie sein Verhältnis zum Nationalsozialismus.

Wie so viele andere evangelische Theologen in der Weimarer Republik war Otto Dibelius deutschnational gesinnt. Er lehnte die Novemberrevolution ab. Wenn er auch im Gegensatz zu manchen seiner Amtsbrüder sich gegenüber der Weimarer Republik loyal verhielt und die Weimarer Zeit durchaus auch als eine Chance für die Kirche betrachtete, begegnete er doch der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ am Anfang mit Offenheit bis Wohlwollen. Dibelius gehörte eher zum rechten Flügel der späteren kirchlichen Opposition, der sich im Gegensatz zum linken zumindest anfänglich weniger an der Gesamt- denn an der Kirchenpolitik der Nationalsozialisten störte. So steht er den Maßnahmen nach dem Reichstagsbrand ebenso wohlwollend gegenüber wie der „Zurückdämmung des jüdischen Einflusses im öffentlichen Leben Deutschlands“. Mehr stört ihn der dem nationalsozialistischen Totalitarismus eigene Versuch, die Kirche gleichzuschalten. Im sogenannten Kirchenkampf um die Gleichschaltung wurde Dibelius noch im selben Jahr vom nationalsozialistischen Staatskommissar für alle evangelischen Kirchen Preußens August Jäger aller seiner Ämter enthoben. Er ging ins italienische San Remo ins Exil, wo er als Kurprediger arbeitete.

> Dibelius setzte sich 1949 gegen Niemöller durch

Allerdings kam er bereits im folgenden Jahr wieder nach Berlin zurück, wo er sich der Bekennenden Kirche anschloß. Wie in der Weimarer Zeit schon in der Kirche der Altpreußischen Union stieg Dibelius nun auch in dieser nicht- beziehungsweise antinationalsozialistischen Gegenkirche in führende Funktionen auf. Nachdem er vorher schon Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Bruderrates gewesen war, wurde er 1936 selber Mitglied dieses Leitungsgremiums. Im selben Jahr nahm er an der Bekenntnissynode in Bad Oeynhausen teil. Nach der Verhaftung Martin Niemöllers wurde er 1937 Mitglied des Kirchenrates der Altpreußischen Union. Aufgrund seines Alters wurde er im Zweiten Weltkrieg nicht mehr eingezogen, verlor aber von seinen sechs Kindern zwei Söhne.



Otto Dibelius: EKD-Ratsvorsitzender 1949 bis 1961 Foto: Archiv

Nach dem Kriegsende gab es unter Deutschlands Protestanten einen Richtungsstreit. Während der eher rechte Flügel dort anschließen wollte, wo man 1933 hatte aufhören müssen, wollte der linke an die Tradition der Bekennenden Kirche anschließen. Der eher traditionelle Flügel mit Otto Dibelius als einer Galionsfigur obsiegte zumindest fürs erste. Im Zuge der Restauration wurde Dibelius wieder Generalsuperintendent. Mit der Begründung, daß die Besatzungssoldaten mit diesem Titel nichts anfangen könnten, nahm er den Titel „Bischof“ an. Im Protestantismus Nachkriegsdeutschlands wurde er zum Gegenspieler des eher links eingestellten Niemöller. Nachdem er vorher schon dem vorläufigen Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) angehört hatte, setzte er sich auf der ersten ordentlichen EKD-Synode bei den Wahlen zum Ratsvorsitzenden, dem höchsten Repräsentanten der EKD, mit 183 zu 26 gegen Niemöller durch.

Das CDU-Mitglied seit 1945 unterstützte Konrad Adenauers Politik der Westintegration und unterzeichnete nach der Beschlußfassung zum Aufbau der Bundeswehr 1956 für die EKD den umstrittenen Militärseelsorgevertrag mit der Bundesregierung. So positiv Dibelius der Bundesrepublik gegenüberstand, so kritisch der DDR. Er verurteilte deren Gründung und bestritt, daß die Gehorsamspflicht der Christen gegenüber der Obrigkeit auch für totalitäre Regierungen wie jene der DDR gelte. Wegen seiner Kritik verhinderte die DDR 1961 Dibelius’ erneute Wahl zum EKD-Ratspräsidenten und verweigerte ihm den Zugang nach Ost-Berlin und Brandenburg. Seit dem Mauerbau war Dibelius’ Amtsbereich als Bischof de facto auf West-Berlin beschränkt. 1966 trat er altersbedingt von allen Ämtern zurück. Am 31. Januar 1967 starb er in seiner Geburts- und Heimatstadt, in der er auch begraben liegt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 4 – 27. Januar 2007

MELDUNGEN

Sturmschäden in Königsberg

Königsberg – Die Stürme, die in den vergangenen Tagen und Wochen über große Teile der Ostseeküste hinweg zogen, haben nicht nur Schäden in der Bundesrepublik Deutschland, Schweden und dem Baltikum angerichtet, sondern auch in Ostpreußen. Die Auswirkungen waren dort jedoch nicht so schlimm wie nach dem Unwetter zum Jahreswechsel. Die Königsberger Eisenbahn meldete, daß es zu keinen Unterbrechungen und Verspätungen im Personenverkehr gekommen sei. Lediglich einige große Gütertransporte mußten wegen des Unwetters ihr Tempo reduzieren, so daß 3500 Waggons mit unterschiedlicher Fracht auf der Strecke warten mußten. Der Grund war, daß im Königsberger Hafen und den Ölanlagen im Hafen sowie in Pillau keine Abfertigung stattfinden konnte aufgrund des schlechten Wetters.

Ähnliche Schäden richtete der Sturm in Lettland an. In einigen Städten des baltischen Staates brach die Stromversorgung zusammen, die Wasserstände der Flüsse erreichten Rekordhöhen. In Riga trat die Düna über ihre Ufer und überschwemmte gleich ganze Straßenzüge vollständig, so daß die Bewohner aus dem Überschwemmungsgebiet evakuiert werden mußten. Neben dem Anstieg der Wasserpegel sorgte der Wind, der eine Geschwindigkeit von 35 Metern pro Sekunde erreichte, dafür, daß viele Bäume umknickten, Reklameplakate und Schilder zerrissen wurden. Am stärksten betroffen wurde der Westen des Baltenstaats. Insgesamt waren laut Angabe des lettischen Energieversorgers 55 000 Haushalte von der Stromversorgung abgeschnitten. Die Regierung riet Eltern, vorsorglich ihre Kinder nicht in den Kindergarten oder zur Schule zu bringen, sondern zu Hause zu lassen. *MRK*

Neue Startbahn in Deuthen

Deuthen – Der Flugplatz in Deuthen bei Allenstein hat eine neue, feste Start- und Landebahn. Die Bahn hat eine Länge von 850 Metern bei 23 Metern Breite. Das bedeutet, daß dort nun kleine Flugzeuge bis zu einem Gewicht von 12,5 Tonnen landen können. Das sind zum Beispiel medizinische Rettungsflugzeuge und kleine Passagierflugzeuge. Die Gesamtkosten betrugen neuneinhalb Millionen Zloty (knapp zweieinhalb Millionen Euro).

Vereinsauflösung der Rößeler

Rößel – Die Gesellschaft der Deutschen Bevölkerung in Rößel hat sich aufgelöst. Ihre Mitgliederzahl war über die mehr als eineinhalb Jahrzehnte ihrer Existenz von 200 auf nur noch 30 geschrumpft. Als Ersatz wurde eine Regionalgruppe Lötzen der Gesellschaft in Bischofsburg gebildet.

Was brachte die Osterweiterung?

In Berlin wurde Bilanz gezogen nach über zwei Jahren EU-Enklave Königsberg

Von Karlheinz Lau

Das 15 000 Quadratkilometer große Königsberger Gebiet nimmt eine Sonderstellung unter den Verwaltungsbezirken der Russischen Föderation ein. Territorial vollständig von Rußland getrennt, grenzt es an die EU-Mitglieder Republik Polen und Republik Litauen sowie an die Ostsee. Königsberg selbst hat gegenwärtig rund 400 000 Einwohner, im Umland leben weitere 600 000 Menschen. Sie stammen aus allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion. Sie bezeichnen sich häufig mit einem Anflug von Ironie als Treibsand der sowjetischen Geschichte.

Einer breiteren Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland wurde Königsberg „wieder“ bekannt, als 2001 vornehmlich in der Region Brandenburg / Berlin des 300. Jahrestages der Krönung Friedrichs I. in der Stadt zum König in Preußen gedacht wurde. Zur Lachnummer aller Kenner der preußischen Geschichte wurde der offizielle Almanach zum Preußenjahr 2001 mit Vorworten der damaligen Regierungschefs Brandenburgs und Berlins, Manfred Stolpe und Eberhard Diepgen, der Preußen in Geschichte, Wirtschaft, Kultur und anderem nur im heutigen Lande Brandenburg stattfinden ließ. Diese „Amputation“ von etwa 70 Prozent Preußens veranlaßte polnische Historiker und Publizisten um die Kulturgemeinschaft Borussia in Allenstein nach 2001 zu einer Aufsatzsammlung über die Bedeutung Preußens für Polen und die polnischen Bürger. Zum Schmunzeln, vielleicht aber auch nur peinlich, daß Manfred Stolpe, als er anläßlich eines „Märkischen Gesprächsforums“ im Haus Brandenburg in Fürstenwalde 2006 darauf angesprochen wurde, diese Tatsache überhaupt nicht bewußt war.

In den letzen Jahren ist Ostpreußen zu einem beliebten Reiseziel geworden, sicher keine Massenbewegung, aber immerhin beachtliche Zuwachsraten. Es werben nicht nur deutsche Veranstalter, sondern auch in nicht geringer Zahl polnische Anbieter. Das geschieht nicht selten durch Anzeigen in Zeitungen der Landsmannschaften oder Heimatkreise. Geschäftssinn oder Zeichen von Normalität? Sicher beides. Beliebte Ziele sind Masuren oder in der Republik Litauen die Kurische Nehrung mit Nidden und Memel, weniger das Gebiet Königsberg mit Ausnahme der Stadt selber.

Wer sind nun die aus der Bundesrepublik Deutschland anreisenden Touristen? An erster Stelle müssen ehemalige Bewohner genannt werden, die zwischen 1944 und 1947 aus Ostpreußen geflohen sind oder vertrieben wurden. In nicht wenigen Fällen werden sie von Verwandten, Kindern oder Enkelkindern begleitet. Viele von ihnen sind in der Landsmannschaft Ostpreußen organisiert. Es existieren inzwischen gewachsene Bindungen und Verbindungen zwischen ehemaligen und heutigen Bewohnern zahlreicher Orte. Als ein großartiges Beispiel müssen die kommunalpolitischen Kongresse der Landsmannschaft mit vielen ostpreußischen Gemeinden genannt werden. Aus den bekannten Gründen betrifft das aktuell nur den unter polnischer Souveränität stehenden Teil. Von diesen Aktivitäten deutscher Vertriebener ist bei uns im Lande beschämend wenig bekannt.

Die zweite Kategorie sind Bildungsreisende und Naturliebhaber, die die unvergleichliche Landschaft dieser Region kennenlernen wollen und sich gleichzeitig mit ihrer Geschichte und Gegenwart beschäftigen. Diese Interessenten fahren jetzt auch verstärkt in das Königsberger Gebiet. Schließlich müssen die vielen Autotouristen genannt werden, die sich in den masurischen Wäldern und Seen, aber auch auf der Kurischen Nehrung als Feriengäste erholen. Das Gastgeberangebot in diesem Teile der Republik Polen und der Republik Litauen ist bereits beträchtlich. Inzwischen ziehen die Russen auf dem von ihnen verwalteten Teil der Kurischen Nehrung nach, Cranz, Sarkau oder Rossitten.

Es überrascht also nicht, daß eine Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa im November 2006 in der Brandenburger Landesvertretung in Berlin zum Thema „Das Kaliningrader Gebiet zwei Jahre nach der EU-Osterweiterung – Bilanz und Perspektiven“ hervorragend besucht war von Interessenten aller Altersgruppen, also nicht nur der berühmten Erlebnisgeneration. Das Podium war hochkarätig besetzt: zwei Vertreter der neuen politischen Führung der Königsberger Gebietsadministration, der deutsche Generalkonsul, ein Vertreter der deutschen Wirtschaft in der Region und der Leiter des Deutsch-Russischen Hauses in Königsberg.

Die einleitenden Kurzvorträge brachten – fast erwartungsgemäß – bekannte Fakten. Die Vertreter des Gebietes, nunmehr von einer EU-Außengrenze umgeben, beklagen eine erhebliche Einschränkung von Freizügigkeit, zum Bei-

Fortsetzung auf Seite 16



Königsberger Dom: Deutsche Gebäude wie dieses Wahrzeichen Ostpreußens künden davon, daß die Exklave Kriegsbeute, aber nicht Bestandteil Rußlands ist. Foto: Papendick

Königsberger Rentner fahren schwarz

Senioren reagieren auf die Abschaffung ihres Privilegs, kostenlos den ÖPNV zu nutzen, mit passivem Widerstand

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Seit Beginn dieses Jahres ist das Privileg für Rentner, öffentliche Verkehrsmittel kostenfrei nutzen zu dürfen, in der gesamten Russischen Föderation abgeschafft worden. Proteste und Versammlungen vor Behörden haben diese Entscheidung der Politiker nicht verhindern können.

In Königsberg mögen viele Rentner sich daran jedoch nicht gewöhnen, sondern beharren auf ihrem Recht, auch weiterhin kostenlos befördert zu werden. Sie weigern sich, die für sie vorgesehenen Fahrkarten für acht Rubel (0,23 Euro) für eine Einzelfahrt oder 400 Rubel (11,64 Euro) für die Nutzung aller Verkehrsmittel zu lösen. Die Verweigerungshaltung älterer Fahrgäste bereitet Schaffnern und Kontrolleuren Kopfzerbrechen. Häufig kam es schon zu gegenseitigen Beleidigungen und Handgreiflichkeiten.

„Gestern wurde ich in der Straßenbahn beleidigt“, erzählt der Rentner Wladimir Timofeewitsch der „Komsomolskaja Prawda in Kaliningrad“: „Eine Schaffnerin, die jünger als meine Enkelin war, sagte: ‚Wenn Sie nicht bezahlen wollen, machen Sie Ihren Platz frei. Sitzplätze sind für diejenigen da, die bezahlen.‘“ Auf das Verlangen, eine Fahrkarte vorzuzeigen, hatte der Mann einfach nicht reagiert, sondern aus dem Fenster gestarrt. Es rege ihn auf, daß er, der 40 Jahre tadellos gearbeitet habe, nun aus dem Bus geworfen werde.

Eine andere Rentnerin regt sich darüber auf, daß die Politiker ohnehin keine Notiz von den alten Leuten nähmen. Deshalb lohne es sich auch nicht, vor den Behörden zu demonstrieren. Die würden das Problem einfach aussitzen.

Einige Fahrgäste weisen auf die Orden und Medaillen an ihrem Revers und argumentieren verwundert, von irgendwelchen Fahrkarten nie gehört zu haben. Unterstützung erhalten die protestierenden Fahrgäste gerade von jungen Studenten, die nicht verstehen können, warum man den Alten ihre Privilegien weggenommen hat.

Alleingelassen fühlt sich das Personal der öffentlichen Verkehrsbetriebe. „Habe ich ihnen ihre Privilegien weggenommen?“ beklagt sich eine Schaffnerin. „Welches Recht haben sie, mich anzugreifen? Sollen sie doch zu ihren Abgeordneten gehen und die beschimpfen!“ Schaffner Andrej berichtet von Handgreiflichkeiten mit Fahrgästen ohne Fahrkarte, die ihren Zorn an ihm ausließen und ihm Prügel androhten. „Im Moment ist es sehr unangenehm, mit ihnen aneinanderzugeraten. Man fühlt sich an die Zeit Stalins und der Sowjetmacht erinnert.“ Einige der Schaffner verzichten sogar darauf, sich auf einen Konflikt einzulassen, zumal unklar ist, wie hoch die Strafe fürs Schwarzfahren überhaupt angesetzt werden soll und wie im Falle von Zuwiderhandlungen gegen die Anweisungen des Personals zu verfahren ist.

Königsbergs Bürgermeister Juri Sawenko hatte 50 Rubel (1,46 Rubel) für Schwarzfahren vorgeschlagen, doch wie diese eingetrieben werden sollen, wenn schon acht Rubel nicht bezahlt werden, ließ er offen. Dieses Problem versprach Andrej Nosonow, Chef der Abteilung für Verkehrsangelegenheiten im Königsberger Bürgermeisteramt, in Kürze zu klären.

MELDUNGEN

Endlich neuer Landrat gewählt

Sensburg – Dominik Tarnowski, Kreistagsabgeordneter von „Recht und Gerechtigkeit" (PiS), ist vom 17köpfigen Kreistag des Kreises Sensburg zum neuen Landrat gewählt worden. Der Kandidat einer Koalition aus PiS, Bürgerplattform (PO) und Polnischer Volkspartei (PSL) setzte sich mit einer Stimme Mehrheit gegen den bisherigen Amtsinhaber Andrzej Piwonski durch.

Über zwei Monate hatten es die Abgeordneten nicht geschafft, das für die Landratswahl notwendige Quorum zu erreichen. Dem Kreis hatte deshalb schon die Einsetzung eines Kommissars gedroht.

Techno-Park in Lyck

Lyck – Der sogenannte Techno-Park ist in das staatliche Programm zur Entwicklung des polnischen Ostens für die Jahre 2007 bis 2013 aufgenommen worden. Damit winken der Stadt Zuschüsse in Höhe von sieben Millionen Zloty (rund 1,8 Millionen Euro).

Bei dem Techno-Park handelt es sich um ein projektiertes Gewerbegebiet für Technologiebetriebe an der Sentker Chaussee zwischen der Umgehungsstraße und der Straße nach Seliggen. Die Kosten der Erschließung des Terrains für den geplanten Zweck werden auf sieben Millionen Zloty geschätzt.

Grenzübergang ausgebaut

Goldap – Die Modernisierung und Vergrößerung des innerostpreußischen Grenzübergangs in Goldap ist zu Beginn dieses Jahres abgeschlossen worden. Standen bis dahin je zwei Spuren in beide Richtungen zur Verfügung, so sind es jetzt vier. Neben einer Extraspur für Omnibusse und Lastwagen gibt es auch eine sogenannte grüne für Personenkraftwagen.

Der Grenzübergang Goldap besteht seit dem 1. Juni 1995. Ihn benutzen können Personenwagen, Omnibusse und Lastwagen bis zu 7,5 Tonnen. Im vergangenen Jahr wurden hier fast eine Million Personen abgefertigt, fast ein Fünftel mehr als im Jahr davor.

Ausgrabungen an Staatsstraße

Truso / Elbing – Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Staatsstraße Nr. 7 ist die Untersuchung von vier Hektar Land geplant, auf denen sich einst die Siedlung Truso befand. Die Ausgrabungsarbeiten beginnen dieses Jahr, sobald es das Wetter zuläßt. Die Ausschreibung für die Untersuchung gewann das Archäologisch-Historische Museum in Elbing. „Für uns ist das eine große Herausforderung", unterstreicht Dr. Maria Kasprzycka, die Direktorin des Museums. Unterstützt werden die Elbinger durch Archäologen der Humanistischen Akademie von Pultusk und des Archäologischen Instituts der Danziger Universität. An den dreimonatigen Ausgrabungen werden etwa 100 Personen mitwirken. Hinzu kommen Dutzende weiterer Kräfte, die sich mit der Dokumentation der Fundstücke befassen werden. Finanziert werden die Ausgrabungen von der staatlichen Generaldirektion für Staatsstraßen und Autobahnen.

Was brachte die ...

Fortsetzung von Seite 15

spiel keine Öffnung des EU-Marktes für Produkte und Dienstleistungen aus dem Königsberger Gebiet oder die Probleme des Transits um über 400 Kilometer entfernten Hinterland der Russischen Föderation. Dem steht seit einigen Jahren ein erhebliches wirtschaftliches Wachstum gegenüber. Vornehmlich kommen Investoren aus Großbritannien, Polen und Litauen. Deutsche Unternehmer sind bisher sehr vorsichtig wegen der unklaren politischen Zukunft.

Das Interessante war aber die sich anschließende Diskussion. Vom Auditorium wurden kritische Punkte angesprochen: der kulturelle und zivilisatorische Niedergang des Hinterlandes, die Versteppung einer ehemals blühenden Kulturlandschaft, der Verfall von Bausubstanz und wichtigen Baudenkmälern aus deutscher Zeit, die fehlende Wirtschaftsgesinnung und bedrückende Mentalität vieler Menschen auf dem Lande – das wichtigste Werkzeug sei die Wodkaflasche. Dem wurde von den russischen Teilnehmern nicht widersprochen. Man gewann den Eindruck, daß die neue Administration tatsächlich willens ist, vorhandene Defizite energisch abzubauen. Ein weiteres Problem sind die bis heute unzumutbaren Grenzkontrollen zwischen der Republik Polen beziehungsweise der Republik Litauen und dem Königsberger Gebiet. Sie erinnern an dunkelste Praktiken an der damaligen deutsch-deutschen Grenze. Bei dieser Frage wurde im Publikum applaudiert, eine Lösung aber nicht einmal angedeutet, vielmehr bezichtigt man sich wechselseitig der Korruption.

Ein für die russischen Teilnehmer offensichtlich heikles Thema war beziehungsweise ist der Name „Kaliningrad". Bekanntlich wird gerade unter der Königsberger Studentenschaft diese Frage immer wieder diskutiert, es kursieren Vorschläge zur Rückbenennung in Königsberg oder Umbenennung in Kantstadt. Klare Position der Königsberger Politiker: Dieses Gebiet ist Kriegsbeute, an der Rußland festhält, am Namen „Kaliningrad" wird nicht gerüttelt.

Den Schlußpunkt der Diskussion setzte Andreas Kossert, Autor diverser Bücher zum Thema Ostpreußen. Er sei zuversichtlich, daß sich in den nächsten Jahren eine langsame Identifikation mit der ostpreußischen Kulturlandschaft, die durch Deutsche, Polen, Russen und Litauer gestaltet worden sei, beginnen werde. Der seit 1989 einsetzende Transformationsprozeß, verstärkt durch die Osterweiterung der EU, der zunächst nur den Ballungsraum Königsberg erfaßt habe, werde sich fortsetzen, die normative Kraft des Faktischen, nämlich die völlig veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen, würden ihre Zeichen setzen. Eines muß für uns Deutsche allerdings klar bleiben: Ostpreußen war bis 1945 Teil der preußisch-deutschen Kultur- und Geschichtslandschaft. *(KK)*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

da hat sich etwas eingefunden, das keinen großen materiellen, aber vielleicht einen ideellen Wert für eine ostpreußische Familie hat. Das meint jedenfalls unser Landsmann **Manfred Scheidereiter**, dem auf dem letzten seiner jährlichen Heimatbesuche von einer russischen Familie ein „Fund" gezeigt wurde, den diese unter dem Fußboden ihres Tilsiter Wohnhauses entdeckt hat. Es handelt sich um ein Bündel von rund 60 Briefen und Fotos aus alter Zeit, als in der Hangstraße 3 a die Familie **Prill** wohnte. Wenn man die Briefe und Karten liest, erzählen sie eine ganze Familiengeschichte, die bis zum Ersten Weltkrieg zurückgeht ... Sie berichten von Heirat, Geburt und Tod, manche enthalten aber nur Grüße oder Glückwünsche. Soweit aus übersandten Kopien ersichtlich, sind die meisten Briefe und Karten an **Ewald** Prill und – wahrscheinlich dessen Tochter – **Elisabeth** Prill gerichtet, ältere an **Emilie** Prill, die Mutter des Erstgenannten, die 1930 verstarb, wie aus dem Brief ihrer Tochter **Elisabeth Böhm** an ihren Bruder Ewald hervorgeht, die damals gerade in Berlin geheiratet hatte. Die Familie muß aber nicht in der Hangstraße gewohnt haben, einige Anschriften an Ewald und Elisabeth weisen als weitere Tilsiter Adressen Neue Siedlung Nr. 5, Birjohler Landstraße 5 und Falkenau Nr. 5 auf. Die Briefe kommen hauptsächlich aus dem Berliner Raum und tragen folgende Absender: E. Böhm, Berlin-Haselhorst, Gartenfelder Straße 87, **Otto Molda**, Berlin-Spandau, Grimnitzallee 15 I, Adamstraße 48 II und **Leo Wallner**, Herzbergstraße 79 in Berlin-Lichtenberg, aus Königsberg **Hanna Gessat**, Wagnerstraße 49 und Lavendelstraße 8/10. Vielen Briefen liegen Fotos bei. Erstaunlich ist der sehr gute Zustand der Fundstücke, die für die Nachkommen der genannten Personen neben dem ideellen auch dokumentarischen Wert haben dürften. Die russische Familie wäre jedenfalls sehr interessiert, diesen das umfangreiche Bündel zu übergeben. Herr Scheidereiter, der in unserer Ostpreußischen Familie die schnellste und beste Möglichkeit sieht, betreffende Familienangehörige zu finden, will gerne die Vermittlung übernehmen. Deshalb hier seine Adresse: Manfred Scheidereiter, W. Seelenbinder Straße 1 a in 19294 Heiddorf, Telefon (03 87 58) 2 65 40.

Einen ganz anderen „Fund" hat Herr **Wolfgang Kussin** aus Olsberg gemacht: Er entdeckte in einem Schloß in der Normandie die Abbildung eines Kurenkahnes! Der Besitzer zeigte Herrn Kussin und seinem Schwiegersohn bei einer Besichtigung im Dachgeschoß des Schlosses Wandmalereien, die aus der deutschen Besatzungszeit stammen. Ein Bild zeigt den Mäuseturm bei Bingen, ein anderes zweifellos das Kurische Haff. Sicher haben sich deutsche Soldaten ein Stück Heimat an die Wände gemalt, so kann es auch ein Ostpreuße gewesen sein, der das Wandbild anfertigte. Die Räume dürften damals als Mannschaftsquartier genutzt worden sein, leider sind die Bilder durch Feuchtigkeit etwas geschädigt, aber immerhin noch gut erkennbar. Vielleicht erinnert sich ein älterer Leser an das Schloß in der Normandie und seinen – oder seine – malenden Kameraden. Herr Kussin und sein Schwiegersohn, ein Sauerländer, sind begeisterte Leser unserer Zeitung und wünschen, daß sie von noch mehr Menschen gelesen wird. Am liebsten möchte er die meisten Leserbriefschreiber persönlich kennenlernen. Na, vielleicht findet durch diese interessante Entdeckung ein briefliches Kennenlernen statt. (Wolfgang Kussin, Eichenweg 1 in 59939 Olsberg, Telefon 0 29 62 / 16 07.)



Abbildung eines Kurenkahnes in einem Schloß in der Normandie: Wer das Bild wiedererkennt, wende sich an Wolfgang Kussin, Eichenweg 1 in 59939 Olsberg, Telefon (0 29 62) 16 07.

Vom Kurischen zum Frischen Haff: Dort, in Bodenwinkel, liegen die Wurzeln der Familie Hübert, zu der **Uwe Hübert** aus Swisttal gehört, der im Rahmen seiner Familienforschung gerne mehr über diesen kleinen Ort wissen möchte. Er wurde nicht dort, sondern 1941 in Marienwerder geboren. Seine Eltern besaßen in Stangendorf eine Landwirtschaft mit Gaststätte, sie mußten das Anwesen 1945 als Flüchtlinge verlassen. Herr Hübert würde auch mit Landsleuten aus seiner engeren Heimat in Verbindung treten. Er möchte gerne wissen, ob es in Bodenwinkel oder Umgebung noch eine deutsche Minderheit gibt und wenn ja, wie man zu dieser Kontakt bekommen kann. Ich hoffe, daß er Zuschriften erhält. (Uwe Hübert, Wilkensstraße 21 in 53913 Swisttal, Telefon 0 22 55 / 80 62.)

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: privat

Seit einem Jahr betreibt auch **Michael Magdziok** Familienforschung und weiß daher, daß es ohne Mithilfe von „außenbords" einfach nicht geht. So wendet er sich an uns und hofft einen kleinen Schritt weiter zu kommen, was durchaus möglich ist, denn sein Großvater **Herbert** Magdziok stammt aus Hindenburg im Großen Moosbruch, also aus dem Kreis Labiau. Sein Vater – der Urgroßvater unseres Lesers – hieß **Wilhelm** Magdziok, geboren in Klein Zabrze. Diesen Ort kann ich allerdings in meinem ostpreußischen Ortsregister nicht finden, er soll bei Hindenburg gelegen haben. Urgroßmutter **Maria** Magdziok war eine geborene **Wollny** und stammte aus Hindenburg. Vielleicht können sich alte Hindenburger noch an die Familie erinnern. Auch an seinen mütterlichen Wurzeln ist Herr Magdziok interessiert. Großvater **Eduard Thieler** stammte aus Baltschkehmen, Kreis Darkehmen (später umbenannt in Balsken, Kreis Angerapp). Seine Eltern waren Eduard Thieler, geboren in Groß Kolpacken (Großbachrode), und **Emma** geborene **Wellner** aus ... ja, das ist wieder ein Name, den ich überhaupt nicht einordnen kann: Prafslanken. Es könnte sich um Praslauken handeln, das spätere Praßlau, Kreis Goldap. Die Herkunft von Großmutter **Antonia** Thieler ist leichter einzuordnen, sie stammt aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, und war die Tochter von **Eduard Pollakowski** und seiner Frau **Ottilie**, geborene **Wilengowski**. Unser Leser ist nun an allem interessiert, was Familien und Herkunftsorte betrifft. Es können Fotos, Ortskarten, Urkunden und ähnliche Belege sein, aber auch für Tips, die seiner weiteren Forschung dienlich wären, ist er dankbar. (Michael Magdziok, Scharreler Straße 4 b in 31535 Neustadt, Telefon 0 50 32 / 89 34 06.)

Ja, die alten Ortsnamen. Ich hatte schon über die Schwierigkeiten, sie aus alten Urkunden und Dokumenten herauszufiltern, geschrieben, und einige genannt – als Beispiel sozusagen. Ich hatte aber wohl nicht verdeutlicht, daß ich Ahslacken, Plibischken und Sterkeningken sehr wohl einordnen konnte, weil ich mich auf Langes „Geographisches Ortsregister Ostpreußen" verlassen kann – und in Sterkeningken war ich sogar einmal als Kind bei Verwandten gewesen! Aber sofort haben sich Leserinnen und Leser gemeldet, die mir helfen wollten. Und da danke ich ganz besonders meinem Landsmann **Martin Coch**, Kirchspielvertreter von Heiligenbeil-Land, der mir Kopien seines Schreibens mit Kartenauszug, die er an Frau **Scarbath** sandte, übermittelte. Er hat mich damit großartig unterstützt. Lieber Herr Coch, vielleicht können Sie uns jetzt in Bezug auf Klein Zabrze weiterhelfen?

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

MELDUNGEN

Woiwode entlassen

Allenstein – Adam Supel, Woiwode der Woiwodschaft Ermland und Masuren, ist von Polens Premierminister Jaroslaw Kaczynski von seinem Amt entbunden worden. Das teilte Polens Regierungssprecher Jan Dziedziczak mit. Supel amtierte genau ein Jahr und einen Tag.

Wie der Pressesprecher der Woiwodschaftsverwaltung, Pawel Lulewicz, in Allenstein wissen ließ, hatte Supel Kaczynski seinen Rücktritt angeboten, als jener die Nachfolge von Kazimierz Marcinkiewicz als Premier angetreten hatte. Lulewicz erklärte, daß ihm die Gründe für die jetzige Entlassung nicht bekannt seien. „Der Premierminister hatte ein halbes Jahr Zeit für die Entscheidung in der Sache des Woiwoden und entschied jetzt über die Abberufung", kommentierte Lulewicz die Personalentscheidung.

Adam Supel ist 40 Jahre alt. 1991 beendete er seine Studien an der Juristischen Fakultät der Danziger Universität. Anschließend arbeitete er in der Rechtsabteilung der Gewerkschaft „Solidarnosc" und später als Verwaltungsmitarbeiter bei der Gemeindeverwaltung in Karthaus. Ab 1992 war er in der Danziger Nebenstelle des Obersten Rechnungshofes und in der Landeshauptstadt Warschau tätig. Nach seiner Zulassung als Rechtsanwalt eröffnete er 1999 eine Kanzlei in Warschau. Seit dem 16. Januar 2006 bekleidete er das Amt des Woiwoden von Ermland und Masuren.

Kommission eingesetzt

Allenstein – Wojciech Ziemba, Ermlands Erzbischof, hat eine historische Kommission eingesetzt, welche die Zusammenarbeit von Geistlichen seiner Diözese mit den Geheimdiensten der Volksrepublik Polen untersuchen soll. Geleitet wird die Kommission von Weihbischof Jacek Jezierski. Weitere Kommissionsmitglieder sind der Kirchenhistoriker und Archivar Pfarrer Professor Andrzej Kopiczko und Pfarrer Dr. Krzysztof Bielawny aus Dietrichswalde.

In einem Gespräch mit „Radio Allenstein" kündigte Jezierski an, daß die Kommission ihre Arbeit mit einer Untersuchung ihrer Mitglieder beginne. Der Weihbischof begründete diese Vorgehensweise damit, daß man anderen nicht in die Hefte schauen könne, wenn man selbst nicht sauber sei, wie er es formulierte.

Grenzübertritt teurer

Königsberg – Seit Mitte dieses Monats müssen polnische Bürger für jede Einreise mit dem Auto in das Königsberger Gebiet 120 Rubel (rund dreieinhalb Euro) zahlen. Bis jetzt konnten Autofahrer für 100 Rubel (gut 2,90 Euro) eine pauschale Einreiseerlaubnis mit zweimonatiger Gültigkeit erwerben. Die Entscheidung der Russen trifft hauptsächlich die kleinen Händler, die sogenannten Ameisen, die mehrmals am Tag die Grenze überqueren und Zigaretten, Brennstoffe und Alkohol einführen. Die russische Seite hatte schon Mitte Dezember ohne vorherige Informierung polnischer Stellen das Entgelt erhöht, aber nach einer mehrstündigen Grenzblockade durch die Händler die Erhöhung um einen Monat verschoben.



Wir gratulieren ...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Pallesdies, Martha, geb. Tamoschus, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Friederikenstraße 40, 45130 Essen, am 30. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Jorzik, Emilie, aus Borken, Kreis Treuburg, jetzt Anton Hansen Straße 11, 66564 Ottweiler / Saar, am 31. Januar

Makowska, Gustav, aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Fließ 38, 15306 Vierlingen, am 31. Januar

Scharkowski, Wanda, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Fuhrgasse 16, 56424 Morgendorf, am 2. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Grau, Helene, geb. Gaschk, aus Duneiken, Kreis Treuburg, jetzt Daimlerstraße 6, 30916 Isernhagen, am 31. Januar

Grundies, Hedwig, geb. Heydasch, aus Schwingstein, Kreis Ortelsburg, jetzt Karpendeller Weg 18, 40822 Mettmann, am 4. Februar

Minuth, Christel, geb. Samland, aus Wehlau, Grabenstraße, jetzt Eichbergblick 25, 31789 Hameln, am 3. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hantel, Benno, aus Klein Maulen, Kreis Braunsberg, jetzt Mühlenstraße 40, 47589 Üdem, am 1. Februar

Lindenau, Hilda, geb. Lagerpusch, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, jetzt Schubertstraße 2, 47506 Neukirchen-Vluyn, am 4. Februar

Muschmann, Meta, geb. Petrick, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Siekhammer 29, 32758 Detmold, am 31. Januar

Walden, Otto, vormals Waschulewski, aus Schluchten, Kreis Treuburg, jetzt Ahornweg 4, 15848 Alt Golm, am 20. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bonatis, Johanna, geb. Markowski, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Königsberger Straße 3, bei Hofmann, 35789 Weilmünster, am 2. Februar

Hildebrand, Gustav, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Humfed 191, 32694 Dörentrup, am 2. Februar

Krosta, Hedwig, geb. Senkbeil, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, jetzt Blankenburger Straße 29, 06502 Thale, am 29. Januar

Sczech, Helene, geb. Matzko, aus Stettenbach, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 28, Seniorenwohnanlage Maternus, 50996 Köln, am 1. Februar

Wedel, Christa, geb. Kruppa, aus Lötzen, jetzt Klosterweg 14, 76131 Karlsruhe, am 31. Januar

Werner, Frieda, geb. Rieleit, aus Tapiau, Schloßstraße, Kreis Wehlau, jetzt Spanische Allee 10-42, Berlin, am 4. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Aschmann, Margarete, geb. Sieber aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Falkenhorst 35, bei Assmann, 22159 Hamburg, am 2. Februar

Dammholz, Frieda, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Liboriusstraße 22, 44807 Bochum, am 2. Februar

Kubandt, Willi, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, jetzt Am Exerxierplatz 5, 49134 Wallenhorst, am 29. Januar

Rohde, Luise, geb. Piontek, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Burgkunstadter Straße 25, 96260 Weismain, am 30. Januar

Schittowski, Minna, geb. Abroszat, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, jetzt Am Grevenberg 14, 25436 Tornesch, am 31. Januar

Schurba, Anna, geb. Borowy, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Zurheiden 9, 53567 Asbach, am 31. Januar

Vender, Ida, geb. Kadereit, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Oskar-Schlemmer-Straße 25, 22115 Hamburg, am 1. Februar

Weidmann, Ida, geb. Rosenfeld, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, jetzt Niedertor 2-8, Seniana Senioren-Residenz, 36088 Hünfeld, am 2. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Behr, Erich, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, jetzt Kirchhörder Straße 101, App. 26-4, 44229 Dortmund, am 29. Januar

Dill, Herta, geb. Melenk, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, jetzt Schützenstraße 103, Zimmer 107, 44147 Dortmund, am 3. Februar

Gulatz, Dr. Heinrich, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 159, jetzt Kiebitzweg 3, 33607 Bielefeld, am 3. Februar

Meyhöfer, Martin, aus Wehlau, Altwalde, Kreis Wehlau, jetzt Görlitzer Straße 23, 37085 Göttingen, am 29. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Achenbach, Paul, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, jetzt Schlierbacher Straße 5, 37235 Hess. Lichtenau, am 2. Februar

Hönke, Klara, aus Neudendorf, Kreis Lyck, jetzt Carl-Moltmann-Straße 37, 19059 Schwerin, am 4. Februar

Orlowski, Martha, geb. Sklomeit, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Aunham 6 a, 94086 Griesbach, am 4. Februar

Zysk, Anna, geb. Deptolla, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Minnesänger-Straße 70, 45279 Essen, am 29. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dalchow, Ursula, geb. Kristahn, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, jetzt Dortmunder Straße 19, 22419 Hamburg, am 4. Februar

Fallbach, August, aus Kleinheidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Wiesenhang 18, 42859 Remscheid, am 4. Februar

Laskawy, Hildegard, geb. Amenda, aus Hartigswalde, Kreis Neidenburg, jetzt Im Beeke 21, 37075 Göttingen, am 29. Januar

Matthee, Lisbeth, geb. Fuchs, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, jetzt Katzbachstraße 4, 81476 München, am 30. Januar

Middler, Johanna, aus Aulacken, Kreis Lyck, jetzt Donders-Ring 15, 48151 Münster, am 2. Februar

Schulz, Frieda, geb. Strupat, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Dassower Straße 16, 23942 Harkensee, am 3. Februar

Siebeck, Ella, geb. Will, aus Irglacken, Kreis Wehlau, jetzt Asser Ring 18 D, 31241 Ilsede, am 2. Februar

Weber, Eberhard, aus Königsberg, Markgrafenstaße 7, jetzt Am Hirschweg 13, 28816 Stuhr, am 31. Januar

Wichert, Gerda, geb. Sauff, aus Magotten, Kreis Wehlau, jetzt Rudolf-Albrecht-Straße 44 a, 31542 Bad Nenndorf, am 20. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Birkhahn, Grete, geb. Katzmann, aus Neuendorf, Kreis Ehlau, jetzt Meininger Straße 104, 98529 Suhl, am 3. Februar

Borowski, Gottfried, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Birkenallee 7, 32760 Detmold, am 27. Januar

Geyer, Otto, aus Statzen Kreis Lyck, jetzt Pommernstraße 54, 65428 Rüsselsheim, am 29. Januar

Ginnuth, Frieda, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Lötzener Straße 14, 49610 Quakenbrück, am 31. Januar

Godlewski, Amalie, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, jetzt Schillerstraße 7, Kurstift, 97769 Bad Brückenau, am 29. Januar

Isbrecht, Helene, geb. Scheerer, aus Moterau, Kreis Wehlau, jetzt Schippelsweg 38 b, 22455 Hamburg, am 4. Februar

Klink, Walter, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 13, 09638 Lichtenberg, am 3. Februar

Klein, Helene, geb. Mumedey, verw. Biallas, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Sudheimer Straße 29 a, 37154 Northeim, am 31. Januar

Kowalzik, Hildegard, aus Peitschendorf, Kreis Sensburg, jetzt Herzog-Ernst-Ring 43, 29221 Celle, am 29. Januar

Leiner, Else, geb. Kramer, aus Milken, Kreis Lötzen, jetzt Steinstraße 5, 26441 Jever, am 2. Februar

Ohnesorge, Erwin, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Tilsiter Straße 63 c, 22047 Hamburg, am 22. Januar

Podufal, Robert, aus Treuburg, jetzt Steglitzer Straße 19 h, 22045 Hamburg, am 29. Januar

Senz, Otto, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Berthold-Brecht-Straße 15, 17235 Neustrelitz, am 30. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bauer, Irmgard, geb Egert, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, jetzt Oberauweg 5, 35392 Giessen, am 30. Januar

Bartkowski, Kurt, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, jetzt Buchsbaumweg 66, 12357 Berlin, am 3. Februar

Bürrig, Karl Heinz, aus Lyck, Steinstraße 11, jetzt Blauer Kamp 28, 31141 Hildesheim, am 1. Februar

Christoffer, Lieselotte, geb. Pawlowski, aus Gusken, Kreis Lyck, jetzt Brühnstraße 9, 25704 Meldorf, am 31. Januar

Glombitza, Ella, geb. Gronostay, aus Moschnen, Kreis Treuburg, jetzt Gärtnerwinkel 1, 38302 Wolfenbüttel, am 30. Januar

Harmedy, Charlotte, geb. Abrosat, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt 2. Jackson-Street, 06096 Widsor-Lockscoom, USA, am 30. Januar

Hartmann, Hugo, aus Dorschen, Kreis Lyck, jetzt Raiffeisenstraße 30, 24214 Lindau, am 30. Januar

Janneck, Berta, geb. Chrispin, aus Auerbach, Kreis Wehlau, jetzt Paul-Gerhardt-Straße 8, 61118 Bad Vilbel, am 29. Januar

Janz, Elisabeth, aus Bersteninken, Kreis Heydekrug, jetzt wohnhaft Haus Dorette, Natruper Straße 14 a, 49074 Osnabrück, am 3. Februar

Janz, Kurt, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, jetzt Frankenstraße 14, 48434 Groß-Reken, am 1. Februar

Kamutzki, Charlotte, geb. Drutsch / Grabowski, aus Prostken, Hauptstraße 9, Kreis Lyck, jetzt Westerfeldstraße 3, 32547 Bad Oeynhausen, am 4. Februar

Künne, Gertrud, geb. Piontek, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, jetzt Dahlbrede 66, 45770 Marl-Löntrop, am 30. Januar

Kuklinski, Ursula, geb. Westphal, aus Treuburg, jetzt Mohorner Straße 14 d, 01159 Dresden, am 3. Februar

Makossa, Marie, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Busserstraße 7, 70806 Kornwestheim, am 1. Februar

Neumann, Gerhard, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, jetzt Altenhennestraße 33, 44369 Dortmund, am 3. Februar

Nüse, Luise, geb. Przygodda, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Gatherhofstraße 162, 47804 Krefeld, am 2. Februar

Ohrmund, Gertrud, geb. Frahsa, aus Brambauer, jetzt Goethestraße 10 A, 15738 Zeuten, am 29. Januar

Paukstat, Edith, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Hainichener Straße 49, 09669 Frankenberg, am 28. Januar

Puzicha, Paul, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, jetzt Linnenkamp 39, 44536 Lünen, am 31. Januar

Reichow, Herta, geb. Gralla, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, jetzt Stettiner Straße 2, 59379 Selm, am 30. Januar

Rathke, Ursula, geb. Stöbbe, aus Lyck, jetzt Wätjenstraße 62, 28213 Bremen, am 1. Februar

Rittweger, Helga, geb. Mallek, aus Neidenburg, Kreis Neidenburg, jetzt Borsteler Landstraße 32, 28832 Achim, am 30. Januar

Rose, Elsa, geb. Bröker, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Hahnbitzenweg 1, 53757 Sankt Augustin, am 3. Februar

Rosnowski, Edeltraut, geb. Türmer, aus Stradaunen, Kreis Lyck, jetzt Erikaweg 9, Seniorenzentrum, 40723 Hilden, am 3. Februar

Schloemp, Edith Vera, geb. Kasprzyk, aus Neidenburg, Friedrichstraße 39, jetzt Diltheystraße 13, 65203 Wiesbaden, am 29. Januar

Schuran, Herta, geb. Fiebrantz, aus Freiort, Kreis Lötzen, jetzt Finkenweg 8, 59929 Brilon, am 3. Februar

Schwandt, Melitta, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Schulstraße 24 b, 88090 lmmenstaad, am 4. Februar

Stabbert, Hans, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, jetzt Finkenweg 2, 51467 Bergisch Gladbach, am 3. Februar

Stanko, Helene, geb. Fröhlian, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Bülsenstraße 16, 53757 St. Augustin, am 3. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bartel, Dorothee, geb. Blechschmidt, aus Moritzfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Erftweg 26, 33689 Bielefeld, am 3. Februar

Bellmann, Hildegard, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Binsenstraße 15, 26129 Oldendorf, am 1. Februar

Behrendt, Hildegard, geb. Danner, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Schäferbruch 2, 19443 Wittenburg, am 4. Februar

Brandt, Gerda, geb. Pulwer, aus Stirnen, Kreis Schloßberg, jetzt Hindenburgstraße 16, 75217 Birkenfeld, am 5. Februar

Büchler, Dr. Hartmut, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Im Holz 12, 51427 Bergisch-Gladbach, am 30. Januar

Christochowitz, Hedwig, geb. Schrage, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Nobiskrüger Allee 95 a, 24768 Rendsburg, am 1. Februar

Dwojakowski, Ernst, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Hubertustraße 34, 50389 Wesseling, am 2. Februar

Hieronymus, Margarete, geb. Kaminski, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Alleestraße 36, 58730 Fröndenburg, am 4. Februar

Kieselbach, Erika, geb. Budzinski, aus Schnippen, Kreis Lyck, jetzt Neuenhofer Straße 100 a, 42657 Solingen, am 1. Februar

Kieseler, Edith, geb. Kochanski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Neues Rottland 7, 29614 Soltau, am 30. Januar

Kirchner, Waltraud, aus Borchersdorf, Kreis Königsberg-Land, jetzt Brückenweg 32, 42929 Wermelskirchen, am 3. Februar

Kloß, Waltraut, geb. Schlimnath, aus Upalten, Kreis Lötzen, jetzt Bußmannstraße 331, 45896 Gelsenkirchen, am 31. Januar

Köstler, Elly, geb. Bratumil, aus Lyck, Falkstraße 2, jetzt Pfarrer-Weiß-Weg 8, 89077 Ulm, am 2. Februar

Kram, Christel, geb. Szech, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Konstantinstraße 20, 60439 Frankfurt, am 31. Januar

Lehsmeier, Erika geb. Stiller, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Freisenbruchstraße 31, 45279 Essen, am 3. Februar

Lohrengel, Gerda, geb. Reszies, aus Lessen, Kreis Elchniederung, jetzt Merkurstraße 64, Pro Senior II, 24943 Flensburg, am 4. Februar

Manke, Lieselotte, geb. Schortz, aus Lyck, Danziger Straße 37, jetzt Dresdner Straße 33, 31303 Burgdorf, am 4. Februar

Marewski, Eitel, aus Groß Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt Mühlenweg 21, 38543 Hillerse, am 29. Januar

Marrek, Wilhelm, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Meissner Straße 17, 34233 Fuldatal, am 31. Januar

Miss, Erika, geb. Matzko, aus Lyck, Hindenburgstraße 38, jetzt Teutstraße 134, 46117 Oberhausen, am 1. Februar

Mowwe, Anneliese, geb. Piwko, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Quakmannsweg 20, 44357 Dortmund, am 31. Januar

Ollech, Elisabeth, geb. Völker, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Campenmoor 40, 49434 Neuenkirchen, am 1. Februar

Sanden, Ilse, geb. Czerwinski, aus Lyck, jetzt Unter den Erlen 3, 51145 Köln, am 31. Januar

Schäfer, Meta, geb. Naujoks, aus Naujoks, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Singer Straße 83, 10243 Berlin, am 1. Februar

Schoeneck, Horst, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt Görlitzer Straße 25, 37120 Bovenden, am 1. Februar

Thomas, Elisabeth, geb. Stein, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, jetzt Bergstraße 4, 06449 Cochstedt, am 30. Januar

Werner, Herbert, aus Neidenburg, jetzt Arnimstraße 133, 50825 Köln, am 3. Februar

Veranstaltungskalender der Landsmannschaft Ostpreußen

24. Februar: Gedenkveranstaltung „Auflösung Preußen“ in Berlin.
10. / 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
13. bis 15. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont.
5. / 6. Mai: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
28. bis 30. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
16. bis 22. Oktober: 53. Werkwoche in Bad Pyrmont.
26. bis 28. Oktober: Seminar der Schriftleiter in Bad Pyrmont.
3. / 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Politisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Nähere Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Parkallee 84 / 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26. Auf die einzelnen Veranstaltungen wird in der Preußischen Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt *noch gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 27. Januar, 20.10 Uhr, n-tv: Hitler – Jugend eines Diktators

Sonnabend, 27. Januar, 18.05 Uhr, N24: Operation „Zitadelle“ – Die größte Panzerschlacht aller Zeiten.

Sonntag, 28. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Montag, 29. Januar, 23.10 Uhr, Arte: Blutiger Sonntag – Dokumentarfilm über den „Bloody Sunday“ im nordirischen Derry.

Dienstag, 30. Januar, 22.05 Uhr, N24: Die Hindenburg – Technik einer Legende.

»Ich singe Ihr Lied«

Für sein nächstes Projekt „Weihnachten 2007“ sucht der Heimatsänger „BernStein“ Lieder und Gedichte aus dem Kreise seiner Zuhörer. Es geht ihm um Weihnachtslieder, gesungen zur Gitarre, zum Klavier, zum Akkordeon oder vielleicht noch zur Orgel. Die Gedichte sollten erzählen von der Vorfreude auf das Weihnachtsfest, dem Tannenbaum, dem verschneiten Ostpreußen, der Weihnachtsgans oder vielleicht sogar von der damaligen Not. Von besinnlich bis heiter möchte „BernStein“ den Bogen spannen, wobei der Humor nicht fehlen sollte. Insgesamt sollten die Lieder und Gedichte einen erkennbaren Bezug zu Ostpreußen haben. Wer ein Lied oder ein Gedicht beitragen will, sende dieses bitte an: Konzertbüro Krutzinna, Steindamm 37, 23623 Ahrensböck, Telefon (0 45 25) 17 64, E-Mail: bernstein1947@aol.com.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (05 71) 4 62 97, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Hauptkreistreffen 2007 – Die Kreisgemeinschaft lädt herzlich ein zum Hauptkreistreffen am Sonnabend, 29 und Sonntag, 30. September, in das Hotel Minden, Portastraße 36, 32429 Minden. Das Programm und weitere Einzelheiten werden rechtzeitig im *Ostpreußenblatt* bekanntgegeben.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (0 43 81) 43 66, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (02 81) 2 69 50

Korschener-Treffen – Nach unserem erfolgreichen Korschener-Treffen im vergangenen August in Moers wurde von einigen der Wunsch geäußert, dieses zu wiederholen. Da wir immer älter werden und das Reisen immer beschwerlicher wird, sollte das Treffen möglichst in naher Zukunft stattfinden. Um überhaupt planen zu können, müßte ich wissen, ob ausreichendes Interesse an diesem Treffen besteht. Aus diesem Grunde bitte ich, mir bis spätestens Ende Februar dieses schriftlich, telefonisch oder per E-Mail mitzuteilen. Bei einem zu geringen Interesse würde sich eine Planung nicht lohnen. Örtlich und zeitlich sollte das Treffen wieder mit dem Rastenburger Kreistreffen im August in Wesel in Verbindung stehen. Ein geeignetes Lokal in der Nähe von Wesel dürfte wohl zu finden sein. Um möglichst viele Korschener zu erreichen, bitte ich die Leser dieser Anfrage, andere Korschener Landsleute zu informieren, denn bei weitem nicht alle bekommen die *Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt* oder den Rastenburger Heimatbrief, worin ich in Bd. 7, Heft 56 eine Beilage mitschicken ließ. Mitteilungen bitte an mich, Ortsvertreter Peter Perzel, Teichweg 11 c, 22949 Ammersbek, Telefon (0 40) 6 05 17 04, E-Mail: p.perzel@web.de.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vors.: Jochen Zauner Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein@gmx.de

Bundestreffen – Die BdV-Nachwuchsorganisationen veranstalten 2007 ein Bundestreffen im Ostheim, Bad Pyrmont, vom 20. bis 22. April. Anmeldungen an E-Mail: bjo@ostpreussen-info.de



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Buchen – Sonnabend, 3. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Hasenwald", Hettingen. Unter dem Motto: „Das kann ja heiter werden ..." veranstaltet die Gruppe einen Faschingsnachmittag.

Lahr – Sonnabend, 10. Februar, 18 Uhr, lädt die Gruppe zum Eisbeinessen mit gemütlichem Beisammensein und Tombola in die „Krone", Dinglingen, ein.

Stuttgart – Donnerstag, 8. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal. Unter „Stint Ahoi" startet der beliebte Faschingsnachmittag. Pappnasen, gute Laune und lustige Solobeiträge sind mitzubringen, ebenso Kuchen, Gebäck und Faschingsdekor. Der Musiker Binder wird mit Akkordeon und Gesang die richtige Stimmung anregen.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 7. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gästehaus Sölch, Hauffstraße. D. Schüll referiert zum Thema: „200 Jahre Schlacht bei Preußisch Eylau".

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 8. Februar, 13 Uhr, traditionelles Fischessen der Frauengruppe. Anmeldung bei Gerda Stegmaier, Telefon (07 31) 5 42 23.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Amberg – Dienstag, 6. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Altstadt-Hotel, Batteriegasse 2, 92224 Amberg.

Ansbach – Sonnabend, 27. Januar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im „Platengarten". Bei Musik und guter Laune gibt es das beliebte Grützwurstessen. Lustige Beiträge sind erwünscht.

Augsburg – Sonnabend, 27. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den „Zirbelstuben". Anschließend: „Kartoffelgerichte".

Erlangen – Donnerstag, 8. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im Freizeitzentrum Frankhof zum Tilsiter-Käse-Essen.

Hof – Sonnabend, 10. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen zum Grützwurstessen. – Der Erste Vorsitzende Christian Joachim begrüßte herzlich die zur Jahreshauptversammlung erschienenen Mitglieder. Er wünschte allen ein gutes Neues Jahr und meinte scherzend, mehr Mitglieder wären wohl nicht erschienen, wahrscheinlich, um keinen Posten in der Gruppe zu erhalten. Anschließend trug Hildegard Drogomir ein Gedicht zum Neuen Jahr vor und erinnerte an den Philosophen Martin Knutzen, der am 14. Dezember 1713 in Königsberg geboren wurde und am 29. Januar 1751 auch in Königsberg starb. Er war Kants Philosophielehrer an der Universität Königsberg. In seinem Jahresrückblick führte Lm. Joachim nochmals alle Aktivitäten in der Gruppe aus und dankte allen für die hervorragende Zusammenarbeit. Eine Vorstandswahl stand nicht an, und er wünschte dem gesamten Vorstand ein gutes Zusammenwirken. Schatzmeister Klaus-Dieter Napromski verlas den Kassenbericht 2006, der von den Kassenprüfern Erwin und Doris Franzke als hervorragend und korrekt geführt beurteilt wurde. Napromski dankte für das Vertrauen und dankte auch für die Spenden, die bei ihm außer den Beiträgen eingingen. Einstimmig wurde der Schatzmeister entlastet und seiner Arbeit zugestimmt. Einen Jahresbericht 2006 von der Tanzgruppe gab die Jugendreferentin Jutta Starosta. Die vielseitigen Auftritte der Gruppe waren eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit. Sie sucht intensiv nach neuen Akteuren. Lang anhaltender Beifall war der Dank für diese überregionale Tätigkeit. Für langjährige treue Mitgliedschaft konnte der Erste Vorsitzende folgende Mitglieder mit einer Ehren-Urkunde und Anstecknadel auszeichnen: Ruth Schnabel (50 Jahre Mitgliedschaft), Klaus-Dieter Napromski (50 Jahre Mitgliedschaft), Renate Konjetzko (45 Jahre Mitgliedschaft), Hedwig Fischer (25 Jahre Mitgliedschaft) und Jofefa Radau (25 Jahre Mitgliedschaft). Christian Joachim dankte allen für die Treue und wünschte alles Gute.

Landshut – Dienstag, 6. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Hl. Geistkirche zur Hans-Leinberger-Ausstellung. An-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

schließend gegen 15 Uhr, Café Blaue Stunde.

Memmingen – Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Bayernbund Fasching" im Hotel Weißes Roß. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Würzburg – Der Erste Vorsitzende Klaus Philipowski eröffnete die gut besuchte Jahreshauptversammlung. Motto der Zusammenkunft: „Die Heimat lebt in uns fort". Gerade die jüngere Generation stellt immer wieder die Frage: Wo ist die Heimat, ist es das Land der Eltern und aller Vorfahren, die dort zu Hause waren? Damit wird Klaus Philipowski immer wieder konfrontiert, die Antwort auf diese Frage fällt ihm schwer. Alle Heimatvertriebenen haben irgendwo eine „neue Heimat" gesucht und ein Zuhause gefunden. Für die Kinder und Enkel ist jetzt hier die Heimat. die meisten Mitglieder gehören noch der Erlebnisgeneration an und haben die Kindheit in Ost- und Westpreußen verbracht. Deshalb ist man mit der Heimat stark verwurzelt. So wird es auch bleiben. Sicher kann die Gruppe nicht mit den anderen mitgliederstärkeren Gruppen konkurrieren, trotzdem braucht man sich nicht verstecken. Die Themen sind mehr oder weniger auf die Heimat ausgerichtet. Dazu gehören auch die Traditionsveranstaltungen wie: Faschingstreiben, Osterbräuche, Muttertagsfeier, Walpurgisnacht, Erntedank, Sommerausflug oder die vorweihnachtliche Feier. Dies alles ist Heimatarbeit. Daran wird festgehalten. Als Gast nahm der Landesvorsitzende Böld an der Jahreshauptversammlung teil. Für die Arbeit der Gruppe fand er anerkennende Worte. Bei der anschließenden Neuwahl wurde Klaus Philipowski erneut zum 1. Vorsitzenden gewählt. Er nahm die Wahl an. Weitere Vorstandsmitglieder wurden durch Enblocverfahren nachgewählt. Lm. Kays leitete die Wahl. Gertrud Philipowski unterstützte ihn dabei. Vorher wurde der bisherige Vorstand entlastet. Der Vorsitzende bedankte sich beim bisherigen Vorstand und den Mitgliedern, die ihm in vorbildlicher Weise mit Rat und Tat zur Seite standen: Max Sakriß, Maria Püls, Hans Heinrich Hagen, Heinz-Kurt Kays, Herta Kaemmerer sowie Günter und Christa Skulschus. Anschließend hielt Philipowski einen Vortrag über den Untergang der „Wilhelm Gustloff". Das Schiff legte am 30. Januar 1945 in Gotenhafen ab. Es bekam den Auslaufbefehl. Die „Wilhelm Gustloff" war mit über 10 000 Menschen an Bord überbelegt. In diesen Januartagen flohen tausende Menschen in panischer Angst, um nicht in die Hände der Rotarmisten zu fallen. Das Tragische: Viele Schiffe kamen nicht an. Dazu gehörte auch die „Wilhelm Gustloff". Sie wurde durch das sowjetische U-Boot S 13 auf der Höhe von Stolp torpediert. Nur wenige Menschen haben diese Katastrophe überlebt. Die Ostsee wurde zum eisigen Grab. Die Landsmannschaft Ostpreußen ist bestrebt, den Heimatvertriebenen ein Stück Heimat zu erhalten. Dies kommt gerade am „Tag der Heimat" zum Ausdruck. Der größte Gegner der Heimatvertriebenen ist ohne Frage die Zeit, denn 60 Jahre nach Flucht und Vertreibung hat die junge Generation kaum noch ein Verhältnis zur ostpreußischen Heimat. Die Jahreshauptversammlung verlief geordnet nach der vorgegebenen Tagesordnung; die Diskussionen blieben im Rahmen. Das traditionelle Grützwurstessen lockerte das Ganze etwas auf.



BERLIN

Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren. Geschäftsführung: Telefon (0 30) 2 16 43 38, Großgörschenstraße 38, 10827 Berlin

KREISGRUPPEN

Heilsberg / Rößel – Sonnabend, 10. Februar, 17 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, Faschingsfeier, Kostümierung erwünscht. Anfragen Heilsberg: Benno Boese, Telefon 7 21 55 70; Rößel: Ernst Michutta, Telefon (0 56 24) 66 00.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremen – Mittwoch, 7. Februar, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe, Roter Turm an der Domsheide. – Sonntag, 18. Februar, 15 Uhr (Einlaß 14.30 Uhr), „Bremer Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen" im Hotel zum Werdersee. Zur „Einwärmung" gibt es zunächst ein Stück Kuchen mit Kaffee / Tee. Für das Zwischenprogramm konnte Herr Christochowitz gewonnen werden, der mit seiner Unterhaltungsmusik Gelegenheit zum Tanzen geben wird. Dazwischen sind einige Darbietungen auch in Mundart vorgesehen. Um die ordnungsgemäße „Fleck-Zubereitung" kümmert sich in bewährter Weise Vorstandsmitglied Hans Rummel. Eintritt und Essen für Mitglieder 18 Euro, Nichtmitglieder 20 Euro. Eintritt ohne Essen 10 Euro, darin sind auch Kuchen und Pillkaller enthalten. Zur baldigen Anmeldung wird geraten. Anmeldungen unter Nennung des Speisewunsches in der Geschäftsstelle, Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18, und für Borgfeld / Lilienthal bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (04 21) 27 10 12.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Telefon / Fax (0 40) 6 93 35 20.

HEIMATKREISGRUPPEN

Gumbinnen – Sonnabend, 3. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 1, Hamburg. Zu erreichen mit der S-Bahn 1 bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt und einem Fußweg von sechs Minuten. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche. Gäste sind herzlich eingeladen. Es erwartet Sie eine Kaffeetafel und ein fastnachtliches Programm.

Heiligenbeil – Sonntag, 11. Februar, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Seniorentreff, Am Gojenboom. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U-Bahnlinie 3, Richtung Mümmelmannsberg bis zur Station Horner Rennbahn, Ausgang Am Gojenboom. Anmeldung bis zum 9. Februar bei Lm. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 3 Euro.

Insterburg – Mittwoch, 7. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg. Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen, Jahresrückblick und Kappenfest

Osterode – Sonnabend, 17. Februar, Knappenfest im Restaurant Krohn, Fuhlsbüttler Straße 757, direkt am Bahnhof Ohlsdorf. Bei Musik mit Liedern zum Mitsingen wird in froher Runde in den Karneval geschunkelt. Der Eintritt ist frei, ein Kaffeegedeck kostet 6,50 Euro. Gäste sind herzlich willkommen.

Sensburg – Sonntag, 21. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 6. Februar, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für 'n Appel und 'n Ei", Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 29. Januar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle", Höpenstraße 88, Meckelfeld. Thema: Winter in Ost- und Westpreußen.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 26. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Sozialen Zentrum, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Heimatfilmer Klaus Loleit zeigt Ostpreußenvideos. Gäste sind herzlich willkommen.

SALZBURGER VEREIN

Sonnabend, 10. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel St. Raphael, Adenauer Allee 41, Hamburg. Es gibt Informationen über das Treffen in Berlin und eventuell in Wittenberg. Besonderer Höhepunkt wird ein Vortrag von Ruth Geede sein.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Darmstadt – Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Büherhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Neu-Kranichstein. Gemeinsam sollen ein paar fröhliche Stunden beim „Preußischen Fasteloawend" verlebt werden. Wie üblich beginnt man mit der Kaffeetafel. Mit humoristischen Beiträgen sowie Musik und Gesang wird das weitere Programm gestaltet. Jeder Beitrag ist willkommen. – Bienenzüchter Herbert Schneider hatte für Mitglieder der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen sowie des Bundes der Danziger eine Überraschung parat. Ein gutes Dutzend von ihnen war der Einladung in sein Haus gefolgt, wo er geräucherte Regenbogenforellen auftische. Es wurde ein gemütlicher Nachmittag mit Anekdoten, Erzählun-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Im Dienste der Heimat

Lorenz Grimoni leitet das Museum Stadt Königsberg pflichtbewußt und engagiert

Von DIETER GÖLLNER

Im Jahre 1987 hat Lorenz Grimoni die Betreuung des damaligen Museums Haus Königsberg, das seit 1992 die Bezeichnung „Museum Stadt Königsberg“ trägt, übernommen. Der 1939 in Freystadt / Westpreußen geborene, in der Königsberger Schloß- und Krönungskirche getaufte und 1945 über Sachsen nach Schleswig-Holstein geflohene Grimoni hat sich über Jahrzehnte für die Patenschaft der Stadt Duisburg für die Stadt Königsberg engagiert. Die Heimat im Herzen, hat sich Pfarrer Grimoni mit vielfältigen Aufgaben beschäftigt und gute Kontakte zu Königsberg (Kaliningrad) geknüpft. Er betont rückblickend: „Ich habe alle Tätigkeiten gerne getan, am liebsten in der Gemeinde und nun nach meiner Verrentung mehr und mehr für das Museum Stadt Königsberg. Seit der Öffnung der Oblast und seit der Einführung von PC und E-Mail ist die Arbeit uferlos geworden.“

Zu den jüngsten Veranstaltungen, an denen Grimoni maßgeblich mitgewirkt hat, zählt das 55jährige Jubiläum der Patenschaft der Stadt Duisburg für die Stadt Königsberg. Mehrere Kulturveranstaltungen erinnerten im Herbst 2006 an das Ereignis vom 26. Oktober 1951, laut dem die heimatvertriebenen Königsberger in Duisburg eine „neue Stätte kultureller und geistiger Gemeinschaft“ erhalten sollten. Und die Stadt wurde in der Tat für die gebürtigen Königsberger ein „lebendiger Sammelpunkt“. Aus Anlaß des 55. Jahrestages wurde die Ausstellung „Künstlerparadies Kurische Nehrung – Künstlertreff Hermann Blode – Landschaft – Ereignisse – Personen“ im Museum Stadt Königsberg eröffnet. Weitere kulturelle Veranstaltungen waren der Vortrag des Intendanten Rainer Lewandowski vom E.T.A. Hoffmann-Theater mit Bildern und Musikbeispielen über Hoffmann unter dem Motto „Die Fantasie kommt Hoffmann zum Trost“ sowie das Konzert des „Staatlichen Symphonieorchesters Kaliningrad“ unter der Leitung von Arkadi Feldman „Amadeus – Amadeus“ mit Sinfonien von Mozart und Hoffmann. Feldman ist bekanntlich Träger der Königsberger Bürgermedaille, weil er sich in besonderer Weise darum bemüht, die ostpreußische Musikliteratur in seinen Konzerten zu Gehör zu bringen. Als Höhepunkt des Jubiläums galt die Festveranstaltung mit einer Andacht durch Propst i. R. Erhard Wolfram, Vorsitzender der Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen, und einem Vortrag von Dr. Wulf Wagner über „Besonderheiten aus der Geschichte des Königsberger Schlosses.“



Anläßlich seiner unzähligen Reisen in die Heimat hat Lorenz Grimoni unter anderem humanitäre Hilfs-Transporte organisiert, den Predigtdienst in der Ev. Luth. Gemeinde Königsberg (Kaliningrad) übernommen und sich als Vorsitzender des Förderkreises für den Wiederaufbau des Königsberger Domes eingesetzt. Seit 2005 ist er Mitkurator in der Stiftung Königsberg, die Träger des Duisburger Museums ist. Das Haus war früher ein beliebter Begegnungsort, an dem sich viele Menschen aus der Stadt am Pregel wiederfanden, die sich durch Krieg, Flucht und Vertreibung aus den Augen verloren hatten. Grimoni hat den Aufbau einer neuen Ausstellungskonzeption mitgetragen und zahlreiche Sonderschauen organisiert, darunter „Der Königsberger Tiergarten“ (1996), „Königsberg und Ostpreußen im Gartenbild“ (1998), „Hermann Sudermann“ (2002). „Immanuel Kant“ (2004), „750 Jahre Königsberg“ (2005) und „Künstlerparadies Kurische Nehrung“ (2006).

Über 20 Jahre Museumsleitung

Als engagiertes Mitglied mehrerer Vereine hat Grimoni Kriegsgräberfahrten nach Dänemark sowie wissenschaftliche und politische Vorträge organisiert. Er war und ist Mitglied der Deutschen Jugend des Ostens Düsseldorf DJO, Gruppenleiter der Ostpreußengruppe des Bundes Ostpreußischer Studierender BOST, Leiter der Studentengruppe an der Uni Marburg; seit 1977 Mitglied der Stadtgemeinschaft Königsberg-Stadt und der Stadtvertretung sowie seit vielen Jahren, mit kurzer Unterbrechung, stellvertretender Stadtvorsitzender.

Auch außerhalb des Duisburger Museums hat Grimoni seine Kompetenz in Sachen Königsberg immer wieder unter Beweis gestellt. 1994 hat er gemeinsam mit Dr. Walter Engel und Wolfgang Freyberg an der Erstellung der Ausstellung „Albertina“ zum 450. Universitätsjubiläum in Königsberg (Kaliningrad) und des Begleitkataloges mitgewirkt. Er hat ferner die Konzeption und Ausführung mehrerer Ausstellungen in Königsberg (Kaliningrad) übernommen. Nicht zuletzt war Grimoni auch als Herausgeber aktiv und hat unter anderem mit Walter Daugsch einen Museumskatalog und mit Martina Will einen Kant-Katalog veröffentlicht. Bei dem „Königsberger Bürgerbrief“ ist Lorenz Grimoni seit 1979 bis heute ununterbrochen als Redakteur tätig.

Als Anerkennung seiner vielseitigen und kreativen Arbeit hat Grimoni zahlreiche Auszeichnungen erhalten. Zu den wichtigsten gehören die Ehrennadeln des Johanniter-Ordens und des Diakonischen Werkes, das Bundesverdienstkreuz die Mercatornadel (verliehen 2004) sowie die Königsberger Bürgermedaille (verliehen im Königsberger Dom 2005).

Seit ein paar Jahren im Ruhestand und dennoch ständig ruhelos, bereitet Lorenz Grimoni eine Ausstellung zum Thema „Käthe Kollwitz aus Königsberg“ vor, die im Jahr 2007 im Duisburger Museum Stadt Königsberg zu sehen sein wird.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

gen, Angler- und Jägerlatein, wozu der Hausherr auch Selbstgebranntes kredenzte. Manchem kam in dieser frohen Runde vielleicht Schuberts populärstes Stück, das heiter-liebenswürdige „Forellenquintett“, in den Sinn. Gerhard Schröder gab Proben des ur- und eigenwüchsigen ostpreußischen Humors zum Besten und rezitierte Geschichten und Gedichte, so auch das Gedicht von den „krätschen und aasigen Fliegen“. Herbert Schneider wurde für seine Gastfreundschaft herzlich gedankt. Seine Gäste beschenkte er zum Abschied mit einem Glas Honig.

Dillenburg – Mittwoch, 31. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße. Schüler der Oberstufe des Wilhelm-von-Oranien-Gymnasiums werden dann über das Thema „Auf den Spuren der Diakonissen vom Krankenhaus der Barmherzigkeit in Königsberg“ sprechen und dazu einen selbstgedrehten Videofilm zeigen.

Wetzlar – Montag, 12. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in den „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128. Die Kulturbeauftragte Karla Weyland hält einen Vortrag über die „Mennoniten und ihre Köstlichkeiten“. Gäste sind herzlich willkommen.

Wiesbaden – Donnerstag, 8. Februar, 15.11 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35. Es steht ein närrischer Nachmittag mit Kreppelkaffee auf dem Programm. Mit von der Partie sind wieder bekannte und beliebte „Stimmungskanonen“. Kommen Sie, und verleben Sie einen fröhlichen Nachmittag. Etwas närrisch kostümiert, wenn auch nur mit einer lustigen Kopfbedeckung, macht es noch mal so viel Spaß. Kostenbeitrag 3,11 Euro. – Anläßlich des 60jährigen Bestehens der Gruppe haben Dieter Schetat und Reinhard Kayss zwölf Berichte zum Themenkomplex „Flucht und Vertreibung“ von den Mitgliedern gesammelt und zu einem Buch zusammen gefaßt. Titel des Buches: „Den Kummer von der Seele schreiben“. Als Herausgeber im Eigenverlag fungieren Dieter Schetat und Reinhard Kayss. Das Buch kann zum Preis von 7.95 Euro plus 1,40 Euro bei Reinhard Kayss, Westerwaldstraße 12, 65462 Ginsheim, Telefon (0 61 44) 3 21 75, E-Mail: rkayss@ web.de, gegen Rechung bestellt werden.



Vors.: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88

Landesgruppe – Sonnabend, 29. September, 10 Uhr, 12. Landestreffen der Ostpreußen in Rostock, Stadthalle, Südring 90 (direkt am Hauptbahnhof). Allen 40 Heimatkreisen sind an Extra-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 21

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

Tischen ausgeschildert. Für das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Nähere Informationen erteilt Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88. Der ursprüngliche Termin am 1. September mußte aus organisatorischen Gründen, von Seiten der Betreiber der Stadthalle, verlegt werden.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Tel. (0 51 36) 43 84

Delmenhorst – Dienstag, 6. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zu einem Heimatnachmittag in der „Delmeburg“. – Dienstag, 6. Februar, 15 Uhr, Treffen der Männergruppe in der ostdeutschen Heimatstube der Parkschule. – Sonnabend, 17. Februar, traditionelles Eisbeinessen im Hotel Thomsen.

Helmstedt – Donnerstag, 8. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Parkhotel.

Oldenburg – Das neue Jahr eröffnete die Frauengruppe mit einem Schabber- und Klönnachmittag. Zu Anfang gedachte man der vier im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder, und die Vorsitzende, Frau Borchers, gab den Jahresbericht 2006. Nach Ansagen zu Veranstaltungen in und um Oldenburg hörten die Teilnehmer die Schilderung zweier Schicksale von Ostpreußinnen: „Überleben im nördlichen Ostpreußen bis 1947“ und „Zwangsarbeit in Rußland im Ural“. In Ergänzung zum Themenkomplex Wolfskinder im vergangenen November schilderte eine Ostpreußin ihr Überleben in Sarkau auf der Kurischen Nehrung unter den Russen bis 1947, als sie nach West-Deutschland „ausreisen“ mußten. Sie war damals zehn Jahre alt und überlebte mit Mutter und jüngerem Bruder, weil sie sich von Fischen aus dem Haff, legal für die Russen oder illegal für den eigenen Bedarf gefangen, ernähren konnten. So blieb ihr das Los als Litauenfahrerin erspart. Die Verschleppung zur Zwangsarbeit in den Ural und Lagerarbeit in Sewerouralsk und drei verschiedenen Lagern in der Nähe von Swerdlowsk (heute wieder Jekaterinburg) schilderte eine betroffene Ostpreußin in ihren Lebenserinnerungen. Erst nach viereinhalb Jahren wurde sie nach Deutschland entlassen und fand trotz dieser traumatischen und entbehrungsreichen Erlebnisse in ein bürgerliches Leben mit Beruf und Familie. Viele Fragen und eigene Schilderungen aus den eigenen Reihen ergänzten beide Erzählungen, so daß ein lebhafter Erfahrungs- und Erinnerungsaustausch zustande kam. Schnell gingen die Zeit und der Nachmittag zu Ende.

Osnabrück – Sonnabend, 10. Februar, 11 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Anmeldungen bitte umgehend an Xenia Sensfuß, Telefon 43 07 51, oder Gertrud Franke, Telefon 6 74 79.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bad Godesberg – In der Stadthalle Bad Godesberg fand die diesjährige Jahreshauptversammlung mit anschließender Fastnacht und Karneval statt. Die Vorsitzende Gisela Noll freute sich, rund 110 Mitglieder und Gäste begrüßen zu dürfen. Zunächst wurde als Protokollführer Karl Probst einstimmig gewählt. Es schloß sich die Totenehrung mit musikalischer Begleitung an. Die Vorsitzende leitete nun zu den Berichten über. Zunächst verlas sie den Tätigkeitsbericht des abgelaufenen Jahres. Anschließend gaben die Leiterin der Frauengruppe Ruth Probst den Bericht der Frauengruppe und die Schatzmeisterin Dorothea Drewelius den Kassenbericht ab. Den Revisionsbericht gab Diethelm Noll für die Kassenprüfer Andreas Bentler und Helmut Sudau (beide verhindert) ab, und stellte den Antrag auf Entlastung der Schatzmeisterin und des gesamten Vorstandes. Die Entlastung erfolgte einstimmig. Nun wurde nach Vorschlag H.-Jürgen Gerls als Versammlungsleiter einstimmig gewählt. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzende Gisela Noll (Wiederwahl), 2. Vorsitzender Karl Probst (Wiederwahl), 3. Vorsitzender Eberhard Jung (neu im Vorstand), Kulturwartin Karin Fleischhacker (Wiederwahl) und als Schatzmeisterin Dorothea Drewelius (Wiederwahl). Die Frauenwartin, Ruth Probst, und ihre Vertreterin, Giselheid Orlt, gehören als Vorsitzende der Frauengruppe dem Vorstand an. Als Kassenprüfer wurden Andreas Bentler und Helmut Sudau bestätigt. Nach Durchführung der Jahreshauptversammlung stürzten sich die Besucher, nach einer kurzen Pause, ins karnevalistische Geschehen. Der neugewählte Vorstand kam wie ein Elferrat in den Saal einmarschiert und warf Blumensträuße ins Publikum und sang ein von Gisela Noll getextetes Lied „Vor 56 Jahren da fing die Sache an“. Den ersten Auftritt hatten nun die Godesberger Stadtsoldaten. Es folgte der Auftritt des Godesberger Kinderprinzenpaares Prinz Max II. und Godesia Katharina in Begleitung der KG Fidele Burggrafen. Die KG Rot Grüne Senatoren mit ihrem Vorsitzenden Rolf Oettgen und der Altstadtprinzessin Natalie I. Die KG hatte eigens für diese Veranstaltung einen Haremstanz einstudiert. Sie wurden mit einem großen Applaus belohnt. Die Vorsitzende Gisela Noll stieg nun als Jewidderdier in die Bütt und begeisterte das Publikum mit ihrer scharfen, humoristischen Kritik an der derzeitigen Politik in Berlin. Als krönender Abschluß kam das Godesberger Prinzenpaar, Ernst Ludwig I. und Godesia Rosi, in Begleitung des Bad Godesberger Festausschußvorsitzenden Christian Huefel. Auch aus den eigenen Reihen wurden spontan einige humoristische Beiträge gegeben. Für die musikalische Begleitung sorgte wie schon seit vielen Jahren „Herr Wagner“. Nach zweieinhalb Stunden ging die Besucher frohgelaunt nach Hause.

Bielefeld – Donnerstag, 1. Februar, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt, Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 5. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 8. Februar, 15 Uhr, „Ostpreußisch Platt“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Dienstag, 6. Februar, 19 Uhr, Vortrag von Eberhard Petereit zum Thema „Information zu Kontakten zwischen Bonn und Königsberg“ im Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74. Anschließend Kartenvorverkauf zum Winterfest für Mitglieder.

Düsseldorf – Freitag, 9. Februar, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Pils, Schlesische Straße 92, Eller-Lierenfeld. – Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr (Einlaß 14 Uhr), Karnevalsveranstaltung „Fröhliche Ostseewellen“ mit Tanz und stimmungsvollen Vorträgen im Eichendorff-Saal, GHH, Bismarckstraße 90, Düsseldorf. Eintritt 5 Euro im Vorverkauf (im GHH, Raum 301, mittwochs von 15 bis 18 Uhr), Eintritt an der Tageskasse 6.50 Euro.

Köln – Dienstag, 6. Februar, 14 Uhr, Heimatnachmittag im Kolpinghaus International, St. Apern / Helenenstraße 32, 50567 Köln. Unter dem Titel: „Gleiche Kappen – gleiche Narren“ referiert Dr. Max Tauch Neuß über Aspekte preußisch-rheinischer Geschichte.



SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel, Hauptstraße 147 c, 09569 Gahlenz, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Limbach – Sonnabend, 10. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem Heimatnachmittag im „Industriemuseum“. Thema der Zusammenkunft: „Essen und Trinken in der Heimat“. Mit Gedichten und Geschichten, auch humorvoller Art, soll in Erinnerung gerufen werden, was vorzugsweise in Ostpreußen auf den Tisch kam. Es wird auch über das Geschehen in der ostpreußischen Landesgruppe sowie dem BdV informiert. Hausgeschlachtete Wurst kommt zum Angebot. Dazu sind alle Landsleute herzlich eingeladen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Donnerstag, 8. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Bestehornhaus“. Herr Strutz hält einen Diavortrag über das „Alte Aschersleben“.

Dessau – Montag, 5. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe in der Begegnungsstätte „H. Rühmann“.

Halle (Saale) – Sonnabend, 3. Februar, 14 Uhr, Faschingsfeier in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54.

Magdeburg – Dienstag, 6. Februar, 16.30 Uhr, Vorstandsberatung in der Gaststätte „SV Post“. – Freitag, 9. Februar, 16 Uhr, Singproben im „TuS Neustadt“.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Neumünster – Sonnabend, 3. Februar, 18 Uhr, „Königsberger Klopsessen“ im Stadthallenrestaurant Neumünster. Anmeldungen umgehend unter Telefon (0 43 21) 52 99 07. Gäste sind herzlich willkommen. Freuen Sie sich auf einen gemeinsamen, gemütlichen Abend. – Auf der letzten Zusammenkunft begrüßte die Erste Vorsitzende Brigitte Profé zahlreiche Mitglieder und Gäste. Sie wünschte allen ein gesundes Jahr 2007. Gedichte, passend zum Jahresbeginn und vorgetragen von Profé, leiteten den Nachmittag ein. Gerd Höpfner erzählte sein Weihnachtserlebnis aus dem Jahr 1941 und Erhard Kawlath zeigte Urlaubsdias aus Australien, Neuseeland und Thailand. Es waren erlebnisreiche und interessante Reisen, die schönen Dias kommentierte Nora Kawlath.

Goldenes Ehrenzeichen

Hohe Auszeichnung der LO

Günter Tilsner wurde am 30. Mai 1936 in Drenken, Kreis Mohrungen geboren. Nach mißglückter Flucht lebte er von 1945 bis November 1947 unter russischer und polnischer Herrschaft in Drenken und Büntken. Nach der Ausweisung durch die Polen kam er zusammen mit einigen Familienmitgliedern in Bad Bevensen an.

Von 1947 bis 1952 besuchte Günter Tilsner die Schule in seinem Wohnort. Eine dreijährige Postlehre in Bad Bevensen schloß sich an. Nach dem Ende seiner Ausbildung ging Tilsner 1956 freiwillig zur Bundeswehr, der er bis 1989 angehörte. Die letzten 18 Jahre seiner Dienstzeit war er als Innendienstleiter (Spieß) eingesetzt. 1985 wurde er mit dem Ehrenzeichen der Bundeswehr in Gold ausgezeichnet.

Günter Tilsner ist seit 1986 Mitglied in der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Ein Jahr später wurde er zum Kulturreferenten der Ostpreußen in Eutin gewählt. Seit 1993 ist er stellvertretender Vorsitzender der örtlichen Gruppe Eutin. Im Jahre 1995 wurde er zum Kreisvorsitzenden von Ostholstein gewählt. Dieser Kreis ist mit neun örtlichen Gruppen der größte in Schleswig-Holstein. Das Amt des Kreisvorsitzenden hatte Günter Tilsner bis 2001 inne; seitdem wirkt er als stellvertretender Vorsitzender der Kreisgruppe Ostholstein.

Seit 1990 ist Günter Tilsner zudem Pressewart der örtlichen Gruppe Eutin und leistet in dieser Funktion eine hervorragende Öffentlichkeitsarbeit.

Günter Tilsner hat sich darüber hinaus auch in der grenzüberschreitenden humanitären Arbeit bleibende Verdienste erworben. Zusammen mit der Johanniter-Unfall-Hilfe in Eutin war er zwischen 1994 und 2003 am Aufbau von acht Johanniter-Sozialstationen im südlichen Ostpreußen und in Westpreußen beteiligt, die er mit Hilfe von durchschnittlich drei Versorgungsfahrten pro Jahr mitbetreut. Dabei hält er stets engsten Kontakt zu der deutschen Volksgruppe und ist regelmäßiger Besucher und Vortragender in deren Versammlungen.

Zusätzlich organisiert Günter Tilsner seit 2000 pro Jahr eine Busreise nach Ostpreußen. Auch dabei gehören die Besuche bei dem Deutschen Verein zum Programm. Durch diese Reisen hat er auch viele Nicht-Ostpreußen für seine Heimat begeistern können. Die Deutschen Vereine schätzen diese Besuche, bei denen auch immer mit den örtlichen Vertretern der polnischen Gebietskörperschaften gesprochen wird, äußerst hoch ein.

Die Organisation von Gruppenfahrten zu den Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Leipzig und Berlin rundet das große Engagement von Günter Tilsner ab.

Für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement ist Günter Tilsner bereits 1997 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet worden.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Günter Tilsner das

Goldene Ehrenzeichen.

Kreuzworträtsel

Im Banne eines gefährlichen Hobbys

Von Frieda-Louise Drent

Anfangs freute Liselotte sich darüber, daß ihr Mann Kurt endlich ein Hobby entdeckt hatte, das ihm Spaß machte: Das Lösen von Kreuzworträtseln. Da konnte sie aber noch nicht ahnen, daß diese Beschäftigung in eine regelrechte Sucht ausarten sollte. Seit sie und Kurt nach seiner Pensionierung andauernd zusammen waren, fühlte Liselotte sich, ehrlich gesagt, ab und zu ziemlich eingeengt. Statt sich ihren Tag wie vorher nach ihrem Sinn einteilen zu können, mußte sie jetzt immerfort Rücksicht auf ihren Gatten nehmen, der regelmäßig etwas essen oder trinken wollte oder sie sonst irgendwie mit Beschlag belegte und dabei nicht auf den Gedanken kam, ihr im Haushalt ein wenig zur Hand zu gehen. Sie durfte schon dankbar sein, wenn er gelegentlich (nach wiederholtem Bitten) den Rasen mähte. Ja, sie hatte sich die Zeit des Rentnerdaseins eigentlich ganz anders vorgestellt.

Jetzt hatte er sich mit einem Stoß Rätselhefte eingedeckt und kam fast gar nicht mehr in Bewegung – und dachte auch nicht mehr dauernd ans Essen und Trinken. Das war für Liselotte zwar zunächst etwas ruhiger, aber allmählich fing sie doch an, sich über ihren kaum noch ansprechbaren Ehepartner aufzuregen. Ein halbwegs vernünftiges Gespräch war nicht mehr möglich und sogar während der Mahlzeiten war er noch manchmal mit seinen Rätseln beschäftigt. An gemeinsame Konzert- oder Theaterbesuche, Treffen mit Freunden und dergleichen war gar nicht mehr zu denken. Kurz, Liselotte hatte überhaupt nichts mehr von ihrem Ehemann.

Fieberhaft überlegte sie, wie sie ihn von seiner Sucht abbringen könnte. Alle möglichen Tricks wandte sie an, um ihn von seinen Rätseln wegzulocken. Vergebens! Schließlich versuchte sie es mit einer Reise. Mit großer Mühe gelang es ihr, Kurt zu einer zehntägigen Urlaubsreise nach Italien zu überreden.

Leider ließ Kurt aber auch in Italien nicht von seinen Kreuzworträtseln ab. Statt sich an den Ausflügen und Besichtigungen zu beteiligen, richtete er sich schön gemütlich mit seinen Rätselheften auf der Hotelterrasse ein. „Geh du nur allein, Lotte! Ich bleibe lieber hier! Viel Spaß auch!“

„Wenn du denkst, daß du immer so weitermachen kannst, dann irrst du dich gewaltig, mein Lieber! Ich werde nach diesem Urlaub meine Konsequenzen ziehen!“ „Ja, ja ... Ist gut ...“ Wie üblich hörte er ihr gar nicht zu.

Keine Zeit mehr zum Essen

Verzweifelter als sie in Urlaub gefahren war, kam Liselotte zurück nach Hause. Sie verstand einfach nicht, wie es zu dieser grotesken Situation kommen konnte. Immerhin hatten sie und Kurt sich doch einmal sehr geliebt, und sie konnte doch auch auf eine durchweg glückliche Ehe zurückblicken. Sollte das alles denn nun auf eine so absurde Weise zu Ende gehen?

Schließlich sah Liselotte nur noch einen Ausweg: Sie stürzte sich – ebenfalls ins Rätselraten!

Kurt freute sich sehr, als er nach einigen Stunden endlich bemerkte, daß seine Gattin offenbar dem selben Hobby verfallen war. Aber da war ihm natürlich noch nicht bewußt, daß von nun an in ihrem Haushalt nichts, aber auch wirklich gar nichts mehr funktionieren sollte. „Sag mal, Lotte, gibt's heute eigentlich nichts zu essen?“

„Hmm ... wie? Ach, mach' dir doch bitte selbst irgendwas, ja? Es paßt mir im Moment gar nicht! Vielleicht machst du auch gleich was für mich, mein Schatz? Das ist lieb!“

Das kam ihm zwar sehr ungelegen, aber am Ende siegte doch der Hunger.

In den nächsten Tagen wurde bei Lotte und Kurt nur noch das wirklich Allernötigste erledigt, und auch das nur so flüchtig wie möglich, damit es gleich wieder mit den Kreuzworträtseln weitergehen konnte. Vernünftige, schmackhafte und gesunde Mahlzeiten – wie sonst üblich – gab es nicht mehr. Stattdessen nahmen sie zum ersten Mal in ihrem Leben öfter einen Pizzaservice in Anspruch! Nach einer guten Woche – Kühlschrank, Keller und Schränke waren leer, frische Wäsche war nirgends mehr zu finden – erhob Kurt sich eines Abends plötzlich, legte sein Rätselheft beiseite und stellte sich vor seine Frau, die scheinbar völlig in ihr Kreuzworträtsel vertieft war. Mit einer auffallend zärtlichen Gebärde nahm er ihr das Heft aus den Händen.

„Genug, meine liebe Lotte! Deine ‚Therapie‘ hat gewirkt! Du hast mir eindrucksvoll die Augen geöffnet! Es war auch wirklich zu albern, wie ich mich angestellt habe! Kannst du mir verzeihen? Ich gelobe auch Besserung, Ehrenwort!“

Eine herzliche Umarmung folgte diesen Worten.

„Komm! Ich lade dich zum Essen ein! Beim Griechen? Hast du Lust?“

Und ob sie Lust hatte! Zum ersten Mal seit seiner unseligen Rätselleidenschaft verbrachten sie einen wunderschönen Abend zusammen. Beim köstlichen Essen planten sie, wie sie ihr künftiges Leben gestalten wollten. Vieles wollten sie gemeinsam unternehmen. Und der Haushalt sollte nicht mehr ausschließlich Liselottes Aufgabe sein.

„Aber ab und zu wollen wir auch ein Kreuzworträtsel lösen, nichtwahr, Kurt?“

„Natürlich, meine Liebe! Wenn es nur nicht in eine Sucht ausartet!“

Kampf der Einsamkeit

Meistens kommt es anders als man denkt

Von Willi Wegner

Eigentlich begann es im Kino. Sie zeigten einen Film mit viel Mord und Totschlag, und am Ende wurde der Verbrecher von einer Polizeibeamtin in Zivil zur Strecke gebracht. Sie schnippte nur mit zwei Fingern ihrer linken Hand, als ginge es darum, eine Mücke zu verscheuchen, und der Bursche lag aktionsunfähig zu ihren Füßen.

Am Tage nach diesem Kinobesuch kaufte ich mir ein Lehrbuch, um nun die Kunst der Selbstverteidigung zu erlernen. Zu Hause begann ich dann augenblicklich mit dem Unterricht.

Der Lehrstoff war in drei Kapiteln untergebracht: 1. Selbstverteidigung durch scheinbares Nichtstun, 2. Selbstverteidigung durch offene Verteidigung, 3. Selbstverteidigung durch offenen Angriff. Eine ganze Menge Bilder veranschaulichte, wie man es zu tun habe. Sehr hübsch zum Beispiel, um nur einen Fall herauszugreifen, die Illustration über das fast unauffällige Auskugeln eines Armes.

Selbst ist der Mann

Nach einer Woche Selbstunterricht war ich überzeugt, mit jedem Angreifer fertig zu werden. Doch eines Nachts erwachte ich und wußte, daß mir etwas fehlte – nämlich eine Bestätigung. Die Bestätigung, daß mein Selbstunterricht kein Humbug gewesen war. Wie zum Beispiel sollte ich wissen, ob der sanfte Mittelfingerknöchelstoß III unter das Ohr des Gegners, Seite 304, Abb. 2, wirklich zu einem Niederschlag und zur völligen Kampfunfähigkeit des Angreifers führen würde? Ich wußte es nicht! Und das war es! Kein Mensch kann die Abwehrmaßnahmen aus Lehrbüchern der Selbstverteidigung an sich selber ausprobieren. Mein Entschluß war gefaßt!

In der Frühe machte ich noch ein paar Lockerungsübungen, Seite 6, Abb. 1–24, und verließ die Wohnung. Vor der Haustür beschäftigte sich gerade ein junger Bursche damit, leere Milchflaschen gegen volle umzutauschen. „Was machen Sie denn da?“ fragte ich.

„Ich bringe die Milch“, sagte der Bursche. „Vielleicht stehlen Sie sie aber auch, oder?“ Wenn er mich jetzt angreift, überlegte ich, erledige ich ihn mit der Daumenballenabwehr, Seite 401, Abb. 3.

Aber der Bursche lachte nur. „Sie sind mir vielleicht ein Spaßvogel!“ sagte er. Damit stieg er auf sein Lieferrad und fuhr davon.

Im Stadtpark piekte ein Mann mit einem Stock, an dem eine Metallspitze befestigt war, Papier auf. „Lassen Sie gefälligst das Papier liegen!“ fuhr ich ihn an.

„Jaja“, sagte der Mann. „Viel zu kalt für die Jahreszeit.“ – „Sie sollen das Papier liegen lassen!“ – „Jaja“, sagte der Mann und piekte weiter, „aber der Hundertjährige Kalender hat es vorausgesagt. Auf den ist Verlaß.

Streitlustig und kein Gegner

Nur 1911 hat er mit all seinen Voraussagungen danebengehauen.“ – „Wer hat danebengehauen?“ horchte ich auf. „Der Hundertjährige Kalender“, sagte der Mann.

Nun ja, mit Narren soll man sich nicht abgeben. Die bevorzugen eine andere Art der Selbstverteidigung.

Mittags sah ich, wie ein Möbelwagen vor einem Neubau hielt, wie drei kräftige Möbelpacker die rückwärtige Wagentür öffneten und sich geradezu spielerisch mit einem Klavier beschäftigten. Ich ging auf die drei zu und sagte laut und deutlich: „Na, ihr Schlappschwänze!“

„Wohl betrunken, was?“ fragte einer der Männer. „Und wie!“ sagte ich. „Ich suche Streit. Ich weiß nicht, wohin mit meiner Kraft!“

Viele Wege führen zum Sieg

„Prima!“ sagte der eine der Packer. „Dann pack mal mit an!“ Was soll man dazu sagen? Das waren wirklich nette Leute. Als wir den Umzug hinter uns hatten, drückten mir die Männer sogar noch einen Geldschein in die Hand und gaben mir eine Flasche Bier mit auf den Weg. So leicht gewinnt man Freunde. Viel Wert war dieses Lehrbuch offenbar nicht.

Als ich abends – ziemlich enttäuscht – nach Hause kam, begegnete mir auf dem Korridor meine Wirtin. „Nun, wie wär's noch mit einem Täßchen Kaffee?“ fragte sie.

An diesem Abend sah ich, daß die Frau blond und hübsch war. Das war mir bisher gar nicht aufgefallen. Der Kaffee war auch recht gut. Kurz nach Mitternacht schnippte sie mit zwei Fingern ihrer linken Hand, als ginge es darum, eine Mücke zu verscheuchen – und ... den Rest verschweige ich einfach. Jedenfalls sieht man, was einem alles passieren kann. Trotz Lehrbuch. Von wegen Selbstverteidigung ...

Zahlen-Kreuzwort

Das Ausgangswort ist BOZEN. Wandeln Sie nun auch die restlichen Zahlen in Buchstaben um. Gleiche Zahlen bedeuten gleiche Buchstaben im Rätsel und im Zahlenschlüssel.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
B	O	Z	E	N								

14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26

6	4	7	4	5	■	8	1	9	8	10	11	4	5	■	12	■	13	14	8	15	3
4	■	8	■	16	15	15	4	8	10	■	9	■	8	7	14	15	■	17	8	14	■
11	8	14	18	4	■	3	16	19	20	10	4	16	5	■	10	2	19	8	15	5	2
■	12	■	4	11	8	11	■	20	■	16	■	1	8	16	17	17	4	■	21	■	7
22	8	10	23	■	10	■	1	4	10	8	7	16	■	5	■	8	5	17	8	21	4
■	15	■	4	10	2	21	4	■	14	5	16	17	2	5	2	■	11	■	14	■	5
17	11	8	15	■	4	■	1 B	2 O	3 Z	4 E	5 N	■	10	■	4	18	4	14	■	22	■
						17	4	7	16	■	4	7	12	2	15	■	15	4	21	4	15
						20	5	16	18	18	■	14	4	1	4	10	■	1	■	17	■
						10	■	5	4	14	17	17	■	2	■	4	10	4	21	16	4
						8	9	2	15	5	■	17	8	4	21	4	■	5	4	15	24
						24	■	4	■	23	15	4	16	■	8	15	7	■	21	■	16
						4	10	17	8	■	16	■	20	8	15	21	■	22	4	17	11
						■	25	■	14	5	18	4	16	5	■	14	15	8	5	16	8
						1	15	2	11	■	18	■	23	2	15	11	■	11	■	4	■
						8	8	15	2	5	■	20	2	7	8	■	17	11	2	10	8
						14	■	8	15	4	5	8	■	8	5	5	2	■	12	■	26
						7	8	5	■	14	■	12	14	10	20	■	21	10	8	11	11

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

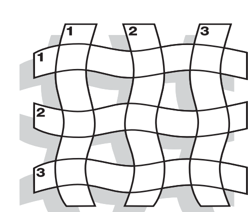
ABIIL		EEHR	AEENS		AEGRT		DEOR	EINS	DEEN
					EORS				
EEIKL			DEEINS						
BDDE EENTU									
IINR					AEIR				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Mengenbezeichnung.

1	BLECH		FREUDE
2	LUFT		PFERD
3	RAUB		SCHLAG
4	SCHLAF		STOFF
5	HAND		WURST
6	ANGEL		GERADE
7	ULK		BRETT

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Sturzsee, Sturzwelle,
2 Regenguss,
3 Handelsunternehmen

So ist's richtig:

Zahlen-Kreuzwort:

JEMEN■ABHALTEN■P■QUARZ
E■A■IRREAL■H■AMUR■SAU■
TAUFE■ZICKLEIN■LOCARNO
■P■ETAT■K■I■BAISSE■G■M
WALD■L■BELAMI■N■ANSAGE
■R■ELOGE■UNISONO■T■U■N
STAR■E■BOZEN■L■EFEU■W■
SEMI■EMPOR■REGER
KNIFF■UEBEL■B■S■
L■NEUSS■O■ELEGIE
AHORN■SAEGE■NERV
V■E■DREI■ARM■G■I
ELSA■I■KARG■WEST
■Y■UNFEIN■URANIA
BROT■F■DORT■T■E■
AARON■KOMA■STOLA
U■ARENA■ANNO■P■X
MAN■U■PULK■GLATT

Schüttelrätsel:

■A■■A■G■■■
KLEIE■ROSE
■IH■SIEDEN
■BEDEUTEND
■IRIN■ARIE

Mittelworträtsel: 1. Schaden, 2. Schaukel, 3. Ritter, 4. Anzug, 5. Streich, 6. Schnur, 7. Nudel – Dutzend

Magisch: 1. Brecher, 2. Schauer, 3. Gewerbe

Wie der Geldwechsler Bankier wurde

Serie: So kam der Mensch zum Geld / Teil IV und Schluß

Von KLAUS J. GROTH

Wenn jeder Landesherr und jeder Bischof danach drängte, Geld zu machen, dann klimperten im Beutel des Kaufmanns die Gulden, Schillinge, Heller und Pfennige, die Drachmen und Dinare multikulti durcheinander. Das zeugte zwar von internationalen Beziehungen, sorgte aber keineswegs für Übersichtlichkeit der Finanzen. Zudem wußte jeder, der sich auf Geld mit materiellem Gegenwert in Silber und Gold einließ, daß gutes Geld schlechtes zu verdrängen pflegt und der Nennwert einer Münze selten ihrem angeblichen Materialwert entsprach. Wer Ordnung in sein Geld bringen wollte, brauchte einen Geldwechsler, der das Durcheinander der Sorten und Währungen sortierte.

Wenige konnten das so treffsicher wie die italienischen Geldwechsler, über deren Tischchen Münzen aller Prägestätten wanderten. Bancus hießen diese Tischchen. Daraus wurde die Bank für Geldgeschäfte, aus dem Wechsler wurde der Bankier – und durch den erst wurde das Geld, was es ist: für die einen sich auf wundersame Weise vermehrend, den anderen aus einem ewigen Loch aus der Tasche rinnend. Bei den Geldhändlern kam Geld zu Geld – und weil es sich unter seinesgleichen besonders wohl fühlt, blieb es auch dort. Den Geldwechslern an ihrer „bancus“ fielen immer neue Ideen ein, mit denen sie das Geld in ihre Obhut bringen konnten.

Das „conto corrente“ wurde in Genua schon im 12. Jahrhundert erfunden. Das war zu einer Zeit, in der der gewöhnliche Mensch noch nichts vom Gelde wußte oder es gar leibhaftig gesehen hätte. Damals bereits löste sich das Geld zur bargeldlosen Zahlung auf. Vom „conto corrente“ überwiesen die Händler im mündlichen Auftrag Summen auf andere Konten bei anderen Wechslern, ohne einen Dinar oder einen Gulden zu bewegen. Auf der „bancus“ aber häufte sich das Geld, die Wechsler konnten Kredite anbieten und dafür Zinsen verlangen. Je länger einer die Rückzahlung auf die lange Bank schob, desto teurer wurde das.

So vermehrte sich Geld durch Geld, es entstanden aus unablässigem Ein- und Umtauschen an den Wechseltischen die Häuser der Bardi und Peruzzi, der Medici, Pazzi, Pitti und Strozzi, der Fugger und der Welser. Kein Geschäft war ihnen zu klein. Und aus den vielen kleinen Geschäften wuchsen schließlich die ganz großen Geschäfte. So finanzierten die Geldhäuser schließlich Kriege und spekulierten dabei auf Sieg. (Diese Art der Finanzierung hat sich bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts gehalten.) Oder sie verhalfen zu höchsten Staatsämtern. Jacob Fugger schmierte den Wahlkampf Karls V. zum deutschen König mit 543585 goldenen Floren. Bartholomäus Welser war der spätere König zum gleichen Zweck 143333 Floren gut. Italienische Banken investierten in den Enkel des Kaisers Maximilian von Habsburg zusätzlich 165000 Floren. So schuldete Karl damit vor seiner Wahl die Kleinigkeit von 851918 Floren. Aber sein Konkurrent, König Franz I. von Frankreich, war beim „Handsalben“ der wahlberechtigten Kurfürsten auch nicht zurückhaltend. Karl allerdings schmierte erfolgreicher. (Letzte Reste solcher Wahlfinanzierung sollen sich noch erhalten haben.)

Doch wie kommt ein Banker zu soviel Geld, um die komplette Nation von sich abhängig zu machen? Und das über alle Wirrnisse der Zeiten hinweg bis heute? Not macht zwar erfinderisch, aber Geld regt die Phantasie ungleich mehr an. Wie ein guter Liebhaber entwickelte der Wechsler an seiner „bancus“ stets neue Techniken und Varianten, mit denen er seiner Geliebten zu gefallen suchte. Die Freunde des Geldes beherrschen die Kunst, aus gedachtem Geld richtiges Geld zu machen und das wieder in gedachtes Geld umzuwandeln.

Ein paar Beispiele, wie aus Garnichts Geld wird:



„Der Geldwechsler und seine Frau“ von Quentin Massys: Aus der Bezeichnung „bancus“ für den Tisch wurden die „Bank“ und der „Bankier“.

Als Geld noch in Tonnen von Handel zu Handel geschleppt werden mußte, wurde der Wechsel erfunden. Der erleichterte den Handel und den Weg. Italienische Geldwechsler entwickelten im 14. Jahrhundert das so komplizierte wie genial einfache System (ohne Handy und Telefax), bei dem über weite Wege nur die von einem Wechselgeber garantierten Summen als schriftliche Zusagen transportiert werden mussten.

200 Jahre später hatten Genueser Wechsler das System so verfeinert, daß sie mit einer geringen Menge Bargeld den unersättlichen Bedarf der spanischen Krone an Bargeld befriedigen konnten. Sie kauften Wechsel, die demnächst an einem Handelsplatz fällig würden. Die bezahlten sie mit Wechseln, die ein Vierteljahr später einzulösen waren. War die Zeit gekommen, beglichen sie wieder nicht mit Bargeld, sondern mit neuen Wechseln, bezogen auf einen anderen Handelsplatz.

Das ging so, bis der vereinbarte Termin kam, an dem der spanische Herrscher seine Schulden zurückzahlte. Dann erst wurden die Wechsel durch Bargeld eingelöst. Und das Spiel mit dem Geld, das niemand hat und das doch von Papier zu Papier wandert, konnte erneut beginnen.

Das Prinzip hat sich bis heute erhalten. Da kann einer in Singapur Windgeschäfte machen, die Verluste im Computer verstecken, und zu Hause in London bricht die Bank zusammen.

Je länger die Handelswege wurden, desto längere Zeit nahmen die Kaufleute Kredite in Anspruch. An der „bancus“ saßen die eigentlichen Gewinner an der Entdekkung Amerikas und später des Ost-Indischen Handels. Zum Handel mit Kreditpapieren war es nur noch ein kleiner Schritt.

Dabei werden auch Werte gekauft und verkauft, die noch nicht vorhanden sind. Diskont nannte sich das. So richtig entwickelte der sich im 16. Jahrhundert in Antwerpen. Diskont war fällig, wenn ein Kaufmann ein Kreditpapier vor seiner Fälligkeit einlösen oder verkaufen wollte. Mit Kreditpapieren wurden Wechsel gehandelt. Hin und her geschoben wurden sie zu Geld auf dem Papier. Als richtiges Geld galten zwar immer noch ausschließlich die Münzen, aber das bequem auf Papier notierte Geld fand unter denen, die täglich damit zu tun hatten, zunehmend Akzeptanz.

Allerdings vermehrte sich auch die Menge des Geldes auf wundersame Weise, weil nicht mehr ein Münzherr prägen mußte, sondern es genügte, wenn ein Wechsel auf die Zukunft ausgestellt wurde. Damit war es dann nur noch ein kleiner Schritt zum Papiergeld. Für hinterlegte Münzen gaben im 16. Jahrhundert erste Banken Bargeldquittungen auf den Namen des Kontoinhabers aus. Wer sie der Bank vorlegte, erhielt den Gegenwert in Münzen ausgezahlt. Die ersten Banknoten kamen in Umlauf.

Zum Durchbruch verhalfen dem Papiergeld die Goldschmiede aus der Londoner Lombard Street. Sie handelten traditionell mit Krediten. Für die Einlagen ihrer Kunden stellten sie handelbare Quittungen aus. Weil sie wußten, daß niemals alle Quittungen gleichzeitig zur Einlösung eingereicht würden, gaben sie mehr Quittungen aus, als dem bei ihnen hinterlegten Wert entsprach. Einmal mehr wurde gedachtes Geld behandelt, als sei es wahrhaftig vorhanden. Das konnte nicht immer gutgehen.

Der Versuch, Papierwerte zum anerkannten Zahlungsmittel zu machen, scheiterte mehrfach. Spektakuläre Pleiten brachten Spekulanten und biedere Kaufleute um ihre Vermögen. Erst 1833 wurden Noten der Bank von England zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt. Sie hatten einen Gegenwert von fünf Pfund. Die Bank verpflichtete sich, sie bei Vorlage in Gold einzulösen.

Als in Preußen die Eisenbahnen gebaut und die Wirtschaft industrialisiert wurden, stieg der Geldbedarf enorm. Die als Aktiengesellschaft gegründete Preußische Bank gab Banknoten in Höhe von 15 Millionen Talern aus. Nach den Vorschriften hätte davon nur ein Drittel durch Silber und Bargeld gedeckt sein müssen. Tatsächlich aber gab die Bank nicht mehr Noten aus, als der hinterlegten Reserve entsprach.

Über die Verhältnisse zu leben, das überließ man anderen (und späteren Generationen). Dabei war die Versuchung schon im 18. Jahrhundert von Amsterdam ausgegangen. Mit dem Akzeptkredit oder Bankakzept durften die Kunden Wechsel ausstellen, vorausgesetzt, zum Zeitpunkt der Einlösung war das Geld auf dem Konto. Später hieß das Euroscheck. Heute ist daraus – als Beitrag zur Plastikzeit – die Kreditkarte geworden. Abermals wird aus gedachtem Geld richtiges Geld. Auf jeden Fall für die Bank. Für wen denn sonst?

Wie der Lichtmeßtag begangen wurde

Am 2. Februar ist das Fest der Darstellung des Herrn, vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil »Mariä Reinigung« genannt

Von MANFRED MÜLLER

Mit geweihten, brennenden Kerzen in den Händen ziehen Meßdiener und Geistliche durch die Kirche, auch die Gläubigen im Kirchenraum haben zu dieser Gelegenheit die gesegneten Kerzen entzündet. Dies geschieht am 2. Februar, dem Fest Mariä Lichtmeß. Von den schimmernden Kerzen, die man an diesem Tage in den katholischen Kirchen bei der Prozession und der Meßfeier trägt, hat das Fest seinen volkstümlichen Namen bekommen.

Es hieß auch Mariä Reinigung, denn gemäß biblischer Vorschrift galt die Frau nach der Geburt eines Jungen 40 Tage als unrein. Nach der liturgischen Neuordnung des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965) trägt es den Namen Fest der Darstellung des Herrn. Gemäß Altem Testament wurde der erstgeborene Sohn in Erinnerung an die Pascha-Nacht als Eigentum Gottes angesehen und diesem im Tempel übergeben („dargestellt“), wo er durch ein Geld- beziehungsweise Tieropfer auszulösen war. Das Lukasevangelium berichtet, daß der Knabe Jesus gemäß dieser Gesetzesvorschrift von Maria und Josef zum Tempel gebracht wurde. Mit dieser Darbringung / Darstellung / Übergabe des Herrn im Tempel feierte man zugleich den ersten Besuch Jesu Christi in der Heiligen Stadt.

In der evangelischen Gottesdienstordnung wird man heutzutage vergeblich nach diesem Fest suchen, und auch in katholischen Kirchen wird keineswegs mehr überall an diesem Tage eine Kerzenweihe mit anschließender Prozession im Rahmen der Meßfeier stattfinden. Nur noch ganz selten wird man bei der Prozession den Lobgesang des Simeon in lateinischer Gregorianik mit der innig-schönen Antiphon „Lumen ad revelationem gentium ...“ („Ein Licht zur Erleuchtung der Heiden ...“) hören können. Von dieser Antiphon her erhält das Lichterbrauchtem dieses Festtages seinen Sinn.

Auch heute noch nehmen die Gläubigen die geweihten Kerzen mit nach Hause. Nach kirchlicher Auffassung werden die Kerzen geweiht „zum Gebrauche der Menschen und zur Gesundheit des Leibes und der Seele“. Nach dem Volksglauben sollen sie vor Krankheit und jähem Tod schützen sowie böse Geister, Blitz und Hagelschlag fernhalten.

Das Fest kam von Jerusalem über Byzanz nach Rom. Schon für das 7. Jahrhundert ist die Lichterprozession in Rom bezeugt. Das christliche Fest Mariä Reinigung mit seiner Lichterprozession sollte wahrscheinlich in Rom die antikheidnischen Reinigungsfeiern und Sühneumgänge verdrängen. Ein ähnlicher Verdrängungs- und Überlagerungsvorgang ist aus dem Karlsreich überliefert. 789 verbot Karl der Große mit Strafandrohung bestimmte heidnisch-germanische „Unsitten“. In den nur oberflächlich christianisierten Gebieten seines Reichs wurden immer noch an Bäumen (Eichen und Linden), die man für heilig hielt, an Quellen und Kreuzwegen brennende Kerzen aufgestellt. Dies sollte Schutzgewalten gegen drohendes Unheil heranflehen. Schon vorher hatten Konzilien und Synoden derartiges verboten. Abhilfe schuf erst die Überlagerung des Lichterbrauchtums durch die feierliche Kerzenweihe, Lichterprozession und Lichtermesse am 2. Februar.

Im Mittelalter und in der Neuzeit war für viele Jahrhunderte der Lichtmeßtag ein wichtiger Einschnitt im Jahreslauf, von dem vor allem Bauern und Handwerker betroffen waren. Vielfach fand am 2. Februar (wie am Remigiustag, 1. Oktober, und am Martinstag, 11. November) ein Gesinde- und Personalwechsel statt. Typisch hierfür ist ein Lied aus dem schwäbischen Unterland: „Heut ist der schöne Lichtmeßtag, / Da bin i munter und frisch, / ... / Ei, Bauer, zahl mi aus: / I bin dir lang gnueg z'wider gwest, / Jetzt such i en anders Haus.“ Die Arbeit der Mägde in der Spinnstube ging am Lichtmeßtag zu Ende. An diesem Tage wurde vielerorts aus dem Erlös der Spinnarbeit, aus dem Drusch von Hafer, Roggen und Gerste ein fälliger Zins bezahlt. Im Handwerk hörte am Lichtmeßtag die Arbeit bei künstlichem Licht, die an Michaelis (29. September) begonnen hatte, wieder auf.

Lichtmeß war auch ein wichtiger Wetter- und Lostag (Losen im Sinne von: das Wetter belauern). Unsere bäuerlichen Vorfahren beobachteten sorgfältig das Wetter, um daraus zu entnehmen, wie die Witterungsverhältnisse in den kommenden Tagen, Wochen, Monaten sein würden, was wichtig für Feldarbeit und Ernte war. Viele so gewonnene Wetterregeln beruhten auf jahrhundertlanger Erfahrung. Beispiele zum Lichtmeßtag: „Wenn's an Lichtmeß stürmt und schneit, ist der Frühling nicht mehr weit. Ist es aber klar und hell, kommt der Lenz wohl nicht so schnell. Gibt es an Lichtmeß Sonnenschein, wird es ein spätes Frühjahr sein. Wenn der Nebel zu Lichtmeß fallt, wird es gewöhnlich noch sehr lange kalt.“ Da die Kerzen (aus Bienenwachs) in der Lichtmeß-Liturgie eine so große Bedeutung hatten, lag es nahe, daß auch Wetterregeln für das Bienenjahr gewonnen wurden. So rechnete man mit einem guten Bienenjahr, wenn bei der Lichtmeßprozession, sofern sie auch rund um die Kirche stattfand, die Kerzen nicht vom Wind ausgelöscht wurden. Am Niederrhein galt die griffige Wetterregel: „Leetmeß häl on kloar, göft e joot Baiejoar.“ (Wenn der Lichtmeßtag hell und klar ist, wird es ein gutes Bienenjahr geben.)

Mit der Zurückdrängung der agrarisch-vorindustriellen Lebenswelt im 19. und 20. Jahrhundert sind die weltlichen Lichtmeßbräuche fast gänzlich verschwunden. Auch ein kirchliches und familiäres Brauchtumselement schwand nach der Liturgiereform des Zweiten Vatikanischen Konzils dahin. Bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts war es Brauch, daß in den katholischen Gegenden die Weihnachtsbäume in Kirchen und Wohnzimmern erst nach dem Lichtmeßtag abgeschmückt und weggestellt wurden, erst dann wurden auch die Weihnachtskrippen abgebaut. Grund: Mit Lichtmeß endete die Weihnachtszeit im engeren Sinne. Dies änderte sich nun. Mit dem Sonntag nach Erscheinung des Herrn (Dreikönigen) schließt der weihnachtliche Festkreis. Mariä Lichtmeß geriet so etwas ins liturgische Abseits.

MELDUNGEN

Hilfe bei Krebsdiagnose

Bonn – Nach der Diagnose Krebs haben Patienten und Angehörige viele Fragen. Informationen liefern die sogenannten blauen Ratgeber der Deutschen Krebshilfe. Die mehr als 30 Hefte sind nach Krebsarten sortiert. Außerdem gibt es spezielle Ausgaben, die Themen wie Sozialleistungen, Ernährung oder klinische Studien behandeln. Die Broschüren erklären auf verständliche Weise Krebsarten, deren Früherkennung, Diagnose und Therapie. Außerdem wird die Nachsorge erläutert. In einem Anhang sind in den meisten Heften Adressen von Selbsthilfeorganisationen und Internetseiten zu finden. Ein Lexikon erklärt Fachausdrücke. Alle Broschüren können kostenlos unter www.krebshilfe.de (Rubrik Publikationen) aus dem Internet heruntergeladen werden. Wer die Hefte lieber in gedruckter Form bekommen möchte, kann ein Bestellformular auf der Homepage nutzen. *ddp*

Bei Arthritis ist zu beachten ...

Unterhaching – Entzünden sich die Gelenke, macht sich das durch Schmerzen, Schwellungen und eine Überwärmung bemerkbar. „Diese sogenannte Arthritis muß man von der Arthrose, dem Gelenkverschleiß, unterscheiden“, sagt Siegfried Götte, Vorsitzender des Berufsverbandes der Fachärzte für Orthopädie. Eine Arthritis greift die Gelenkstrukturen besonders schnell an. Ein Orthopäde untersucht zunächst das Aussehen und die Beweglichkeit des Gelenks. Durch Bluttests werden auch die Rheumafaktoren bestimmt, denn die rheumatoide Arthritis kommt sehr häufig vor. „Die Behandlung der Gelenkentzündung erfolgt meist mit Kortison und anderen speziellen Rheumamitteln“, sagt Götte. Oft helfen auch Kältebehandlungen, Elektrotherapie oder Krankengymnastik. Hat sich im betroffenen Gewebe Wasser eingelagert, kann eine Punktion Entlastung bringen. In besonders schweren Fällen lassen sich künstliche Gelenke einsetzen. Die rheumatoide Arthritis hat meist genetische Ursachen, kann aber auch von Umweltfaktoren beeinflußt werden. Diese Krankheit verläuft in Schüben und ist besonders gefährlich, weil die Entzündungen den Knorpel angreifen und das Gelenk auf Dauer schädigen. Wichtig ist neben einer speziellen Ernährung auch Bewegung, bei der das betroffenen Gelenk nicht überlastet wird. *ddp*

Mehr Vitamine, weniger Pommes

Die Ernährungsgewohnheiten der deutschen Bevölkerung und wie es besser wäre

Von Helga Steinberg

An diesem Sonntag geht in Berlin die weltweit bedeutendste Messe für Land- und Ernährungswirtschaft zu Ende. Wenn die „Grüne Woche“ ihre Tore schließt, dann werden wieder Tausende ihren Informations- und leiblichen Hunger bei den mehr als 1500 Ausstellern aus 50 Ländern gestillt haben. Der Appetit der Deutschen auf das Grundnahrungsmittel unserer Breiten schlechthin, die Kartoffel, hat in jüngster Zeit allerdings deutlich abgenommen. So sank im vergangenen Jahr der Pro-Kopf-Verbrauch um 3,5 Kilogramm auf 63 Kilogramm. Und das wird nicht das Ende der Fahnenstange sein, denn hinter der Hand spricht die deutsche Lebensmittelindustrie bereits von einer „Pommes-Krise“. Der Grund: Die extrem schlechte Kartoffelernte hat die Preise für Industriekartoffeln verdreifacht. Folglich werden auch die nicht nur von Kindern geliebten Pommes frites teurer. „Unilever“ hat den Preis seiner Pfanni-Knödel bereits zu Beginn des Jahres um zehn Cent je Packung erhöht. Und im Supermarkt muß der Verbraucher rund 50 Prozent mehr für Speisekartoffeln bezahlen als im Vorjahr. Mit 65 Cent pro Kilo sind Kartoffeln aber im Vergleich zu Gemüse noch günstig.

Doch lassen sich die Verbraucher davon nicht abschrecken. Und so sind die Mahnungen der Ernährungswissenschaftler, mehr Gemüse zu essen, offenbar auf fruchtbaren Boden gefallen. Pro Kopf verbrauchten die Deutschen im vergangenen Jahr 86,6 Kilogramm, ein Anstieg um zwei Kilo. Auch Milch und Milchprodukte waren gefragt (Milch 64,8 Liter pro Kopf, Sauermilch 28,8 Liter, Käse 22,4 Kilogramm). Fleisch dagegen hat Einbußen hinnehmen müssen. Vogelgrippe und Gammelfleisch-Skandale waren die Ursachen. So verzehrten die Deutschen im vergangenen Jahr 39,4 Kilogramm Schweinefleisch, etwa zehn Kilo Geflügel und 8,8 Kilogramm Kalbs- und Rindfleisch pro Kopf. Der durchschnittliche Fleischverzehr pro Kopf sank um 500 Gramm auf 60,4 Kilogramm.

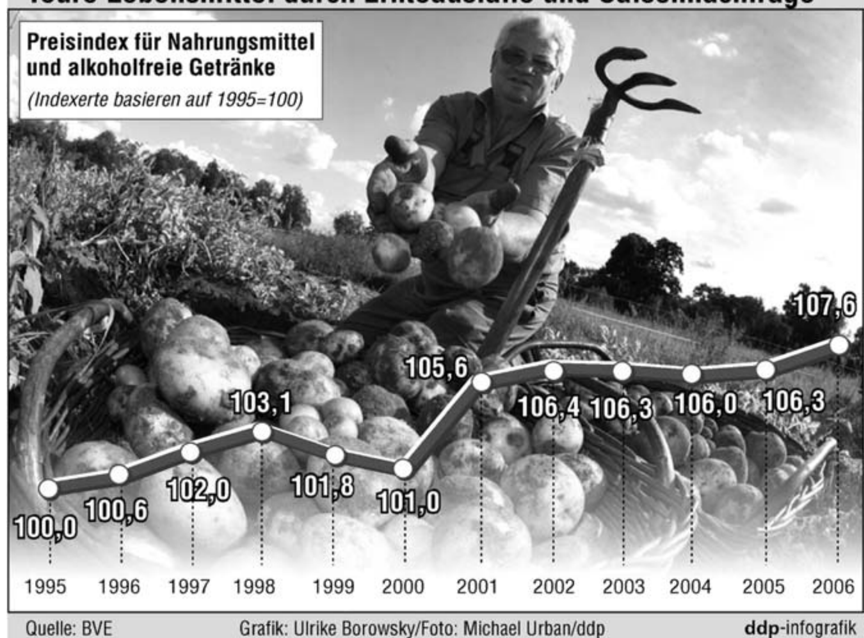
Die Deutschen essen weniger Fleisch

Wie wichtig die richtige Ernährung zur Erhaltung der Gesundheit ist, zeigt eine Studie des „Deutschen Instituts für Ernährungsforschung“ in Potsdam. „Wer täglich Obst und Gemüse ißt, hat ein geringeres Erkrankungsrisiko für Mund-, Rachen-, Kehlkopf- oder Speiseröhrenkrebs“, so das Ergebnis dieser Studie. Die europaweite EPIC-Studie (European Prospective Investigation into Cancer and Nutrition-Studie), die 1992 begonnen wurde, deckt die Zusammenhänge zwischen Ernährung sowie Krebs und anderen chronischen Erkrankungen auf. „Nach den Daten der EPIC-Studie sinkt das Risiko für diese Krebsarten pro 80 Gramm täglich verzehrtem Obst und Gemüse durchschnittlich um neun Prozent“, so die Experten. „Bei Männern verringerte sich das Krebsrisiko um zwölf Prozent, während es sich bei Frauen um vier Prozent verminderte. Dabei besteht eine Risikobeziehung anscheinend nur bis zu einem ‚Schwellenwert‘ von etwa 300 Gramm pro Tag. Das heißt, wer bereits mehr als 300 Gramm verzehrt, kann durch eine Verzehrmengenerhöhung sein Erkrankungsrisiko vermutlich nicht noch weiter senken.“

Jährlich erkranken weltweit etwa 390000 Menschen neu an Mund- und Rachenkrebs. Hinzu kommen 160000 neue Fälle an Kehlkopfkrebs und 412000 Neuerkrankungen an Speiseröhrenkrebs. Zahlen, die für sich sprechen.

Krankheiten durch falsche Ernährung verursachen 68 Prozent der Todesfälle, betont die Deutsche Gesellschaft für Ernährung und hat deshalb auf der Basis aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse Regeln formuliert, die helfen, genußvoll und gesund erhaltend zu essen.

Merkmale einer ausgewogenen Ernährung sind eine abwechslungsreiche Auswahl, geeignete Kombination und angemessene Menge nährstoffreicher und energiearmer Lebensmittel. Brot, Nudeln, Reis, Getreideflocken, am besten aus Vollkorn, sowie Kartoffeln enthalten kaum Fett, aber reichlich Vitamine, Mineralstoffe, Spurenelemente sowie Ballaststoffe und sekundäre Pflanzenstoffe. Diese Lebensmittel sollte man mit möglichst fettarmen Zutaten verzehren.



Fünf Portionen Gemüse und Obst am Tag, möglichst frisch, nur kurz gegart, oder auch eine Portion als Saft idealerweise zu jeder Hauptmahlzeit und auch als Zwischenmahlzeit versorgen den Körper reichlich mit Vitaminen, Mineralstoffen sowie Ballaststoffen und sekundären Pflanzenstoffen (zum Beispiel Carotinoiden, Flavonoiden). Ein- bis zweimal in der Woche sollte es Fisch geben; Fleisch, Wurstwaren sowie Eier nur in Maßen. Wertvolle Nährstoffe wie zum Beispiel Calcium sind in Milch, Jod, Selen und Omega-3-Fettsäuren in Seefisch enthalten. Fleisch ist wegen des hohen Beitrags an verfügbarem Eisen und an den Vitaminen B1, B6 und B12 vorteilhaft. Mengen von 300 bis 600 Gramm Fleisch und Wurst pro Woche reichen hierfür aus. Bevorzugt werden sollten fettarme Produkte, vor allem bei Fleischerzeugnissen und Milchprodukten.

Jeder Zweite ist übergewichtig

Fett liefert lebensnotwendige (essentielle) Fettsäuren, und fetthaltige Lebensmittel enthalten auch fettlösliche Vitamine. Fett ist besonders energiereich, daher kann zu viel Nahrungsfett Übergewicht fördern, möglicherweise auch Krebs. Zu viele gesättigte Fettsäuren begünstigen langfristig die Entstehung von Herz-Kreislauf-Krankheiten. So sollte man pflanzliche Öle und Fette (zum Beispiel Raps- und Sojaöl sowie daraus hergestellte Streichfette) vorziehen. Gefährlich ist das unsichtbare Fett, das in Fleischerzeugnissen, Milchprodukten, Gebäck und Süßwaren sowie in Fast-Food- und Fertigprodukten meist enthalten ist. Insgesamt 60 bis 80 Gramm Fett pro Tag reichen aus.

Zucker sowie Lebensmittel und Getränke, die mit verschiedenen Zuckerarten (Glucosesirup) hergestellt wurden, sollten nur gelegentlich auf dem Speiseplan stehen. Kreativ würzen kann man auch mit Kräutern. Jodiertes Speisesalz ist anderen Salzen vorzuziehen.

Wasser ist absolut lebensnotwendig. Rund 1,5 Liter Flüssigkeit sollte man jeden Tag trinken, am besten Wasser – ohne oder mit Kohlensäure – und andere kalorienarme Getränke. Alkoholische Getränke sollten nur gelegentlich und nur in kleinen Mengen konsumiert werden.

Gegart werden die jeweiligen Speisen bei möglichst niedrigen Temperaturen, soweit es geht kurz, mit wenig Wasser und wenig Fett – das erhält den natürlichen Geschmack, schont die Nährstoffe und verhindert die Bildung schädlicher Verbindungen. Bewußtes Essen hilft, richtig zu essen. Auch das Auge ißt mit. Das heißt natürlich nicht, daß man vor dem Fernseher sitzend, alles in sich „hineinschaufelt“. Zeit beim Essen ist das A und O. So macht Essen Spaß und fördert das Sättigungsempfinden.

Ausgewogene Ernährung, viel körperliche Bewegung und Sport (30 bis 60 Minuten pro Tag) gehören zusammen. Mit dem richtigen Körpergewicht fühlt man sich wohl und gesund. In Deutschland gelten derzeit 58 Prozent der Männer und 42 Prozent der Frauen als übergewichtig. Hier sollte man sich auf jeden Fall vom Hausarzt und von einem Ernährungsberater Hilfe holen.

»... wenn man hier bleiben könnte«

Carl Zuckmayers »Paradies« und seine Wahlheimat in den Schweizer Bergen

Von Helga Schnehagen

Als wir, meine Frau und ich, an einem Juliabend des Jahres 1938 mit unseren Rucksäcken den Kapellenweg von Saas-Grund nach Saas-Fee hinaufwanderten, wußten wir nicht, daß wir heimgingen.“ Im Epilog seines großen Werkes „Als wär's ein Stück von mir“ beschreibt Carl Zuckmayer jenen Moment, als er und seine Frau Alice erstmals nach Saas-Fee, das am Ende des Saastales im Schweizer Kanton Wallis liegt, gekommen sind.

Carl und Alice Zuckmayer können „nach dem ersten heiligen Schreck, mit dem uns dieser Anblick durchfuhr“ noch lange nicht sprechen. „Hier“, sagt dann einer von ihnen – „wenn man hier bleiben könnte.“ Im Mai 1939 wandern sie jedoch erst einmal nach Amerika aus. Erst Ende der 50er Jahre läßt sich das Ehepaar endgültig in Saas-Fee nieder. Im Juli 1958 beziehen sie die „Vogelweid“, einen alten Saaser Hof, umgeben von immergrünen Arven, Bergkiefern und Fichten. Saas-Fee wird ihnen zur Heimat. „Jeden Tag, den ich nicht hier in Saas-Fee verbringe, ist für mich nur ein halber Tag. Nur hier lebe ich ganz“, schreibt der gebürtige Rheinländer am 18. Januar 1973 – exakt vier Jahre vor seinem Tod.

„Lieber in Saas-Fee bei schlechtem Wetter als anderswo bei gutem.“ Carl Zuckmayer lebt im und mit dem Dorf.

Mit viel Liebe bewahrt Saas-Fee das Andenken seines berühmten Einwohners. Die „Vogelweid“ steht heute noch, auch wenn die immergrünen Arven, Bergkiefern und Fichten neuen Chalets weichen mußten. Im Saaser Museum ist das originale Arbeitszimmer ausgestellt. In der „Carl Zuckmayer Stube“ im Hotel Gletschergarten ist noch ein Hauch des großen Dichters zu spüren. Die Gemeinde hat im vergangenen Herbst eine Gedenktafel zu seinen Ehren enthüllt.

Dem Schriftsteller besonders nah ist man auf dem Carl-Zuckmayer-Wanderweg.

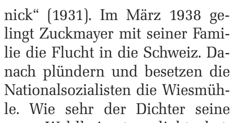
Entlang des fünf Kilometer langen Rundweges stehen fünf Serpentinsteine mit Zitaten des Literaten: „Heimat ist nicht, wo man geboren ist, sondern, wo man zu sterben wünscht“, ist auf einem von ihnen zu lesen. Auf dem Friedhof hinter der Kirche haben er und seine Frau die letzte Ruhe gefunden.



Carl Zuckmayer: „Lieber in Saas-Fee bei schlechtem Wetter als anderswo bei gutem.“ Foto: Saas-Fee

Sein „Paradies“ hatte Carl Zuckmayer bereits zuvor in Österreich gefunden. Ein literarischer Spaziergang durch Henndorf am Wallersee folgt den Spuren des Dramatikers.

Schließlich ist das Haus Wiesmühl erreicht, wo Carl Zuckmayer mit Ehefrau und Tochter Winnetou zwölf glückliche und schaffensreiche Jahre verbracht hat.



Das Lustspiel „Der Fröhliche Weinberg“ (1926) hatte ihm Erfolg beschert und finanzielle Unabhängigkeit. Mit den Tantiemen kauft er den Wohnsitz in Henndorf. Stefan Zweig offeriert ihm als Einstandsgeschenk einen Kachelofen. Wenn die heutige Besitzerin der Wiesmühle, wie der Dichter sein Heim liebevoll genannt hat, Johanna von Schöning, in Henndorf ist, darf man ihn auch sehen.

In Henndorf entstehen die Erfolgsstücke „Schinderhannes“ (1927), „Katharina Knie“ (1929) und der „Hauptmann von Köpenick“ (1931). Im März 1938 gelingt Zuckmayer mit seiner Familie die Flucht in die Schweiz. Danach plündern und besetzen die Nationalsozialisten die Wiesmühle. Wie sehr der Dichter seine Wahlheimat geliebt hat, verrät er in „Einmal gelebt im Paradiese“.

Vor den Toren Salzburgs gelegen, ist Henndorf besonders zur Festspielzeit während der 20er und 30er Jahre Treffpunkt illustrer Gäste. Zu den literarischen Freunden der Familie Zuckmayer – dem sogenannten Henndorfer Kreis – zählen Ödön von Horvath, Franz Theodor Csokor, Richard Billinger, Stefan Zweig, Gerhart Hauptmann, Thomas Mann, Franz Werfel mit seiner Gattin Alma Mahler und Alexander Lernet-Holenia.

Nach etwa zwei Stunden literarischer Spurensuche geht's ins Caspar Moser Bräu, eine der ältesten noch weitgehend original erhaltenen Gaststuben. Die Holztäfelung, der grüne Kachelofen, die alte Wanduhr, die beiden Ölporträts des Bierbrauers Caspar Moser III., alles ist unverändert erhalten. Auch das Geisterzimmer, in dem Carl Zuckmayer die Zeit überbrückte bis die renovierungsbedürftige Wiesmühle fertig war, existiert noch im barocken Originalzustand und kann jederzeit gemietet werden. Ob allerdings die Geister, wie eine Dame fest behauptete, dann auf der Bettkante sitzen, kann nicht garantiert werden.

Infos: Saas-Fee Tourismus, CH-3906 Saas-Fee, Telefon (00 41) 2 79 58 18 58, www.saas-fee.ch, Salzburger Seenland Tourismus, A-5201 Seekirchen, Telefon (00 49) 6 21 23 03 70, www.salzburger-seenland.at.

MELDUNGEN

»Karneval Industrial«

Bremen – Mit Bremen verbinden die meisten Fußball, den Roland und die Stadtmusikanten. Aber kaum jemand denkt an Samba und Karneval! Seit 1986 gehört der Bremer Karneval jedoch zur Stadt wie der Roland auf den Marktplatz. Nun geht der Sambakarneval schon ins 22. Jahr, und wie immer steht er auch dieses Mal unter einem neuen Motto: „Karneval Industrial!“ Beim Karneval Industrial fliegen die Gedanken weit über Zeit und Raum hinaus. Sie landen in der Zeit der industriellen Ära mit ihren technischen Errungenschaften. Die Faszination der Technik besteht bis heute, aber auch die Widersprüche, die der Fortschritt mit sich brachte. Das Samba-Maskenspektakel beginnt wie jedes Jahr am Freitag, den 9. Februar an verschiedenen Orten mit dem Einheizen. Am Samstag, den 10. Februar um Punkt 12 Uhr startet der Karnevalsumzug mit 20000 Teilnehmern und Zuschauern am Bremer Marktplatz. Informationen gibt es bei der Bremer Touristik-Zentrale, Telefon (0 18 05) 10 10 30 (14 Ct./Min. aus dem deutschen Festnetz) oder unter www.bremen-tourismus.de.

Narren erobern Bodenseeinsel

Lindau – Karneval wird nicht nur in den Hochburgen Mainz, Köln und Düsseldorf gefeiert. Auch am Bodensee sind Kostümierte unterwegs. Am 3. Februar, 15 Uhr, beginnt auf der Insel Lindau das Landschaftstreffen. Zunächst wird der Narrenbaum aufgestellt. Am Abend gibt es dann eine Messe in der Kirche, die von den Narren mitgestaltet wird. Nach der Messe ziehen Lumpenkapellen und Besucher von Wirtshaus zu Wirtshaus und verwandeln die Lindauer Insel in eine bunte Fasnachtswelt. Weitere Informationen unter www.landschaftstreffen-2007.de. *ddp*

Im Urlaub etwas für die Gesundheit tun

Unter bestimmten Voraussetzungen gibt es dafür sogar Geld von der Krankenkasse



Besonderer Strandspaziergang: Ob Wirbelsäulengymnastik, Jogging, Nordic Walking, Hatha Yoga, Qi Gong oder Abnehmprogramme, alles ist gut für Körper und Seele. Foto: ddp

Eigentlich müßte man endlich seine Ernährung umstellen und etwas für den Körper tun. Doch der innere Schweinehund erfindet immer neue Ausreden. Dabei lassen sich durch Bewegung und eine gesunde Lebensweise viele Leiden vermeiden oder lindern. Das wissen auch die Krankenkassen und bezuschussen Maßnahmen zur sogenannten primären Prävention – das ist fest im Sozialgesetzbuch verankert. Diese Gesundheitsförderung muß nicht am Wohnort erfolgen.

Auch im Urlaub kann man bestimmte Kurse besuchen und dafür von seiner Krankenkasse einen Zuschuß erhalten.

Einige Reiseveranstalter haben reagiert und entsprechende Angebote im Programm. „Hauptsächlich handelt es sich um Kurse in den Bereichen Rückenschule, Ausdauertraining, Entspannung und Ernährung“, sagt Professor Ingo Froböse. Er ist Präventionsexperte an der Deutschen Sporthochschule Köln und übernimmt für Krankenkassen auch die Zertifizierung dieser Kurse: „Die Krankenkassen haben Qualitätsrichtlinien festgelegt, denen die Angebote entsprechen müssen. Nur diese werden bezuschußt.“ Und zwar mit 80 Prozent beziehungsweise maximal 75 Euro. Dies könne man zweimal im Jahr in Anspruch nehmen.

Präventionsexperte Froböse hält sehr viel von diesen Angeboten: „Natürlich reicht es nicht, wenn man zweimal im Jahr ein bißchen was für sich tut. Aber es ist eine gute Möglichkeit, damit anzufangen.“ Die Angebote sind aber auch für diejenigen gedacht, die bereits aktiv sind. Und die Auswahl ist groß: Wirbelsäulengymnastik, Jogging, Nordic Walking, Hatha Yoga, Qi Gong oder Abnehmprogramme sind nur einige Beispiele.

Dabei geht es vor allem im sportlichen Bereich nicht um Höchstleistungen. Niemand soll zum Marathonläufer gemacht werden: „Die Teilnehmer sollen für ein gesundheitsförderndes Verhalten sensibilisiert werden und in der Lage sein, dieses zu Hause für sich umzusetzen“, betont der Wissenschaftler.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann man auch bei einem Reiseveranstalter einen Aufenthalt in einem Kurort buchen und dafür einen Kurzuschuß von seiner Krankenkasse erhalten. Dieses ist ebenfalls im Sozialgesetzbuch geregelt. Die Kasse übernimmt in der Regel die Kosten der ärztlichen Behandlung vor Ort, 85 Prozent der Kurmittel und eventuell einen weiteren Zuschuß für Unterkunft und Verpflegung bis 13 Euro pro Tag. Wie jede Kur, muß aber auch hierfür ein Antrag bei der Krankenkasse gestellt werden. Dabei ist der behandelnde Arzt behilflich. Unbedingt sollte vor der Buchung die Entscheidung der Krankenkasse abgewartet werden. Denn bei Ablehnung muß man den kompletten Preis tragen.

„Egal, ob es sich nun um eine Kur oder ein Präventionsprogramm handelt, man sollte immer erst seine Krankenkasse kontaktieren. Dort gibt es alle wichtigen Informationen – und auch Tips für Kurse, die man nach dem Urlaub am Wohnort besuchen kann“, rät Froböse. *ddp*

Von ERNST GIERLICH

Vertrieben und enteignet: Was bietet ein geeintes Europa den Entrechteten von 1945?

Fachtagung der »Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen« über Grund und Boden

Es ist ein erstaunliches Phänomen, daß im deutschen Diskurs über die Osterweiterung der Europäischen Union das Thema Privateigentum so gut wie überhaupt nicht auftaucht. Dabei ist es doch der zentrale Begriff bei der Transformation einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die Privateigentum nicht kennt – zumindest nicht an Grund und Boden sowie an Gewerbebetrieben – in eine freiheitliche Grundordnung westlicher Prägung, in der das Eigentum verbunden mit dem Erbrecht die tragende Säule der gesamten Rechtsordnung darstellt.

Eine merkwürdige Verkürzung bedeutet es, wenn der Diskurs über diese Problematik, welche die ost- und südosteuropäischen Reformstaaten vor eine gewaltige Herausforderung stellt, in der Bundesrepublik bestenfalls unter dem Stichwort „Entschädigungsfragen“ geführt wird.

Verschärft wird diese Problematik noch durch die gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen des 20. Jahrhunderts: Mehr als 15 Millionen Deutsche verloren bei den Vertreibungen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und in den Jahren danach ihre angestammte Heimat, zwei Millionen von ihnen sogar ihr Leben.

Mit dem Verlust der Heimat ging eben stets auch der des Privateigentums an Grund und Boden sowie anderer Vermögenswerte einher. Bis heute verdeutlichen zahlreiche Beispiele aus aller Welt, daß Vertreibung und Eigentumsverlust eng miteinander verbunden sind: Oft erfolgt die Vertreibung, um an das Eigentum der Menschen zu gelangen, enteignet man, um sich damit der Menschen, denen man die Lebensgrundlage raubt, zu entledigen.

Auf diese Zusammenhänge verwies der Marburger Staats- und Völkerrechtler Gilbert H. Gornig zu Beginn der von ihm wissenschaftlich geleiteten Fachtagung „Der Dialog über den Schutz des Eigentums der nationalen und ethnischen Minderheiten als Beitrag zur Verständigung mit den östlichen Nachbarn“, die die „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ in Verbindung mit der „Studiengruppe für Politik und Völkerrecht“ in Königswinter bei Bonn abhielt. Zirka 100 Wissenschaftler, Publizisten und weitere Interessenten aus Deutschland und den Nachbarländern diskutierten mit dem Eigentumsschutz in Zusammenhang stehende Fragen – dies sowohl auf der Grundlage allgemeiner staats- und völkerrechtlicher Überlegungen als auch von Berichten über die konkrete Rechtslage in einer Reihe von Reformstaaten des östlichen und südöstlichen Europa.

Dies aus gutem Grund: Auch wenn der Entzug des Eigentums im Zusammenhang mit Vertreibungen sowie die Möglichkeit von Restitutionen oder Entschädigungen zu den besonders sensibel zu behandelnden Themen

Thema im Dialog zwischen den Völkern nicht ausklammern!

im Dialog zwischen Völkern beziehungsweise Staaten gehören, erscheint es sinnvoll und wichtig, diese weder auszuklammern noch zu verdrängen, sie vielmehr sachlich und offen anzusprechen und zu diskutieren, um so zumindest zu einem verbesserten Verständnis der Positionen des Nachbarn, wenn möglich darüber hinaus zu einer vertieften Verständigung zu gelangen.

Mit der Definition des Begriffs des Eigentums tut man sich im Völkerrecht, wie Gornig in seinem Einleitungsreferat darlegte, schwer, wird dieses doch vor allem innerstaatlich geregelt. Lediglich die sogenannte Allgemeinen Rechtsgrundsätze, die sich an den nationalen Rechtsordnungen orientieren, fassen unter Eigentum recht blaß alle „vermögenswerten Rechte Privater“. Ein Entzug des Eigentums sowohl eigener wie fremder Staatsbürger ist – sofern er völkerrechtsgemäß erfolgen soll – an die Voraussetzungen des öffentlichen Nutzens und der angemessenen Entschädigung gebunden und darf nicht eine bestimmte Person oder Bevölkerungsgruppe, etwa eine nationale oder ethnische Minderheit, diskriminieren.

Ist dieser Entzug indes einmal erfolgt – gleich ob völkerrechtsgemäß oder, wie im Falle der Vertriebenen, nicht –, so bietet das Völkerrecht den Betroffenen kaum eine Handhabe. So kann gemäß der Europäischen Konvention für Menschenrechte als Eigentum nur etwas tatsächlich Existierendes gelten beziehungsweise etwas, das wiederzuerlangen man „berechtigte Hoffnungen“ hat – eine politische Aussage, die im konkreten Einzelfall an Rechtsverweigerung grenzen kann.

Kirsten Koopmann-Aleksin vom „MenschenRechtsZentrum“ an der Universität Potsdam legte in ihrem Referat ergänzend die Schwierigkeiten dar, die selbst die Demokratien Westeuropas seinerzeit bei der Verabschiedung der Menschenrechtskonvention mit der Ausgestaltung eines Rechts auf Eigentum als eines Menschenrechts hatten. Bürgerliche und sozialdemokratische Regierungen waren hier uneins, doch immerhin wurde dem Recht auf Eigentum das erste Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention gewidmet.

In die geschilderten Auseinandersetzungen spielten ideologische Grundeinstellungen hinein, wie sie Hans-Detlef Horn von der Universität Marburg in seinem anschließenden Referat zum Eigentumsschutz des Grundgesetzes in europa- und völkerrechtlicher Verflechtung herausarbeitete. Am Beispiel des Grundgesetzartikel 14 zeigte er die zentrale Bedeutung auf, die dem Privateigentum in der Rechtsordnung der freiheitlichen Gesellschaft im Gegensatz zum kommunistisch/sozialistischen Gesellschaftsentwurf zukommt, gespeist von dem abendländischen, die Freiheit der Person betonenden Menschenbild. Einen gelungenen Versuch, in der heiklen Frage des Eigentums einen Ausgleich zwischen dem Allgemeinwohl und der Würde des Einzelnen herzustellen, unternimmt der Grundgesetzartikel 14. Daher bedeutet etwa der Ausschluß der Restitution des in der DDR enteigneten Vermögens durch den Einigungsvertrag von 1990 die Schaffung einer verfassungswidrigen Verfassungsnorm. Leider ist hier das Recht der Politik gefolgt.

Als Ausblick verwies der Referent auf den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof, der mit seiner neueren Rechtsprechung versucht, ein einheitliches Rechtsbild im Hinblick auf eine Stärkung des Eigentums auf europäischer Ebene zu entwickeln.

Einen Sonderblick auf die Eigentumsproblematik staatlicher

Privateigentum als Gradmesser der Transformation

und nicht-staatlicher Archive insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg gewährte Michael Silagi von der Universität Göttingen. In recht unterschiedlicher Weise wurde demnach im 20. Jahrhundert das Archivgut vertriebener beziehungsweise ausgesiedelter Volksgruppen – eine wesentliche Grundlage für deren historisches Bewußtsein – behandelt.

Zwischen Deutschland und Polen blieb die Zuordnung von Archivalien – ostdeutsche Familienbücher aus katholischen und evangelischen Gemeinden im Vertreibungsgebiet und die Archive des Deutschen Ordens und des Altpreußischen Herzogtums – strittig.

Die kürzlich erfolgte Übergabe der Familienbücher war gemäß Silagi nicht geboten, sind diese Archivalien aufgrund ihres öffentlich-rechtlichen Charakters doch als staatliche zu qualifizieren, ebenso bestehe für eine Übergabe der in Berlin lagernden Bestände des Deutschen Ordens und des Altpreußischen Herzogtums keine Veranlassung. Aus staatsrechtlicher Sicht gebietet vielmehr Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) im Einklang mit dem Völkerrecht, die deutschen Archivbestände, die bis 1945 aus den Ostprovinzen Preußens in den Westen gerettet worden waren, weiterhin in Deutschland zu sichern.

Eine abschließende Podiumsdiskussion erweiterte die auf der Tagung angesprochenen Themen um das deutsche Lastenausgleichsgesetz als Modell für die vorläufige Regelung von Entschädigungsansprüchen – Karlheinz Schaefer, Bad Homburg – und neueste Entwicklungen der Restitutionsgesetzgebung in Serbien und Kroatien – Georg Morgenthaler, Schifferstadt. Der Vorstandsvorsitzende der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“, Hans-Günther Parplies, hob als Tagungsergebnis zusammenfassend hervor, daß insbesondere die Bedeutung des Privateigentums für die Verwirklichung einer zivilen Rechtsordnung nach westlich-freiheitlichem Vorbild in den Reformstaaten des östlichen Europa deutlich geworden sei.

Darauf, daß bei Rückgabeoder Entschädigungsgesetzen in allen betrachteten Ländern nicht eigens auf die Vertreibung oder auf Volksgruppen abgehoben wird, wies Siegrid Krülle, Aidlingen, hin. Betrüblich sei vor allem der explizite Ausschluß der aus den Oder-Neiße-Gebieten vertriebenen Deutschen von Entschädigungs- oder Restitutionsmaßnahmen.

Bei der Regelung der Eigentumsproblematik ist indes auch weiterhin, wie abschließend Tagungsleiter Gornig betonte, ein geduldiges und beharrliches, an die Vernunft der Menschen appellierendes Aufeinander-Zugehen geboten. Nicht 100prozentige, doch gute Zwischenlösungen sind so zu erzielen.

Als einen Teil des – in aller Freundschaft und Partnerschaft – mit den Nachbarn zu führenden Dialogs wertete er die Tagung selbst, die im kommenden Jahr mit der Erörterung weiterer grundsätzlicher Aspekte der Problematik und mit Berichten aus diesmal nicht ausdrücklich behandelten Nachbarländern eine vertiefende Fortsetzung finden soll.

Wenig Verständnis für die Belange der Vertriebenen

Ob Polen, die Tschechei oder Rußland – keine Bereitschaft für Rückerhalt einstigen Eigentums

Mit bemerkenswerten Ausführungen zu den Enteignungen, welche die deutsche Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch den polnischen Staat erfuhr, leitete Aldona Szczeponek aus Breslau, Mitarbeiterin am Marburger Lehrstuhl für Völkerrecht, die Vorträge ein, die den einzelnen Staaten des östlichen Europa gewidmet waren. Der herrschenden Meinung der polnischen Rechtswissenschaft, die an der Gültigkeit der aus den Potsdamer Protokollen von 1945 abgeleiteten Gebietsübertragung und den daraus resultierenden Enteignungsmaßnahmen kaum mehrheitlich Zweifel hegt, stellte sie deutlich die entgegenstehende Auffassung der deutschen Rechtswissenschaft gegenüber. Auch nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union sei eine Annäherung der Standpunkte nicht zu beobachten, sind Deutsche in Polen von Restitutionen beziehungsweise Entschädigungen für nationalisiertes Eigentum ausgeschlossen, werde bislang nicht einmal die Möglichkeit eines Rückkaufs gegeben.

Ebenso wie sich die polnische Referentin partiell von der in ihrem Land vertretenen Rechtsauffassung distanzierte, nahm auch Karel Klima von der Universität Pilsen zu den die Enteignung der Sudetendeutschen durch den tschechoslowakischen Staat verfügenden Dekreten des Staatspräsidenten Benesch einen vorsichtig kritischen Standpunkt ein. Ohne deren Rechtmäßigkeit grundsätzlich zu bestreiten, wies er ihnen inhaltlich eine lediglich zeitlich begrenzte Bedeutung zu. Heute seien sie sowohl rechtlich wie politisch unwirksam. Die Rechtstaatlichkeit der damaligen Beschlagnahmungs- und Verstaatlichungsdekrete sei aus heutiger Sicht vor allem dadurch in Frage gestellt, daß keiner der betroffenen Gruppen beziehungsweise Personen gerichtliche Einspruchsmöglichkeit gegen die Enteignungen eingeräumt wurde. Die „Aussiedlung“ der Sudetendeutschen

Ungarn zeigt sich entgegenkommender

wurde anders als die Enteignungsmaßnahmen nicht durch die Benesch-Dekrete verfügt. Sie erfolgte gemäß Klima daher nicht nach innerstaatlichem, sondern nach internationalem Recht.

Unter den Reformstaaten des östlichen Europa nimmt Ungarn insofern eine Vorreiterstellung ein, als man dort die Systemumwandlung in einen freiheitlichen Rechtsstaat mit besonderer Konsequenz und Schnelligkeit betrieben hat. Die getroffenen Regelungen zur Entschädigung für im Zusammenhang mit der Vertreibung oder im Rahmen von Sozialisierungen entzogenes Eigentum, die Judith Zeller, Fünfkirchen / Pécs, vorstellte, gestalten sich umfassend und effektiv. Gleichwohl machten angeführte Beispiele deutlich, daß die vorherrschende Praxis der Ausgabe von Entschädigungsscheinen von seiten der Betroffenen, die zum Beispiel auf eine Naturalrestitution ihres angestammten landwirtschaftlichen Eigentums hoffen, nur in begrenztem Umfang als gerecht empfunden werden könne.

Eine Entschädigung für enteignetes Vermögen durch den slowenischen Staat erfolgt, wie Mladen Kraljic, Marburg a.d. Drau / Maribor, darlegte, im Rahmen eines allgemeinen Denationalisierungsgesetzes. Auf die Deutschen werde dort lediglich insofern Bezug genommen, als eine Entschädigung nur dann erfolgen kann, wenn der Enteignete 1945 kein Mitglied des gegen den jugoslawischen Staat gerichteten deutschen Volksbundes gewesen sei. Letztlich laufe dies freilich auf einen bedauerlichen Generalverdacht gegen die gesamte Volksgruppe hinaus. Von im übrigen insgesamt zirka 2800 Anträgen auf Entschädigung gemäß dem Denationalisierungsgesetz seien bislang ein Viertel positiv beschieden worden.

Slowenien schließt Entschädigung nicht aus

In Rumänien entschied man sich, so Dan Oancea, Bukarest, für die Entschädigung nationaler Minderheiten durch eine Vielzahl normativer Akte, deren fortwährende Ergänzungen und Änderungen freilich eine effektive Anwendung erschwerten. Auch die auf zentrale und örtliche Behörden verteilten Kompetenzen behinderte die Bearbeitung von Rückerstattungs- beziehungsweise Entschädigungsanträgen in angemessener Zeit. Habe man in Rumänien, anders als in Ungarn, nicht von Anfang an einen konsequenten Systemwechsel verfolgt, so biete das längere und mühsamere Verfahren doch immerhin den Menschen und den Behörden durch die Behandlung der Gerichte die Möglichkeit, die immense Bedeutung des Privateigentums für die Gesellschaftsordnung zu verinnerlichen.

Wie viel in den Reformstaaten des südöstlichen Europa, bei allen Schwierigkeiten und Behinderungen, bereits geleistet wurde, um zu gerechten Lösungen in der Frage der Entschädigung enteigneter nationaler Minderheiten zu gelangen, verdeutlichte eindrucksvoll der Vortrag von Alexander Salenko, Königsberg.

Im Königsberger Gebiet sei nicht nur die das Privateigentum betreffenden gesetzlichen Grundlagen unzureichend, sondern fehle vor allem das Bewußtsein von Bevölkerung und staatlichen Stellen für den Wert des Eigentums. Zudem werde die Berechtigung der Vertreibung der angestammten deutschen Bevölkerung aus dem nördlichen Ostpreußen nicht grundsätzlich in Frage gestellt. An Entschädigungszahlungen oder Restitutionen an im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung ihres Eigentums beraubter Deutscher sei daher einstweilen in keiner Weise zu denken, obwohl man gleichzeitig für die Ansiedlung Rußlanddeutscher aus der Bundesrepublik werbe.

Hoffnungen darauf, daß es hier zu einem Umdenken kommen wird, weckte lediglich die Person des Vortragenden selbst, können doch seine von Aufgeschlossenheit geprägten Äußerungen als Beginn eines Dialogs mit jungen Wissenschaftlern und den Universitätsgelehrten überhaupt gewertet werden. *E. G.*

Alte Rechtschreibung als Hinweis auf Kontinuität

Betr.: Leserbrief „,dass' statt ,daß'" (Nr. 52)

Das Beibehalten der „alten" Rechtschreibung in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* verunsichert junge Leute so, daß sie die Zeitung nicht mehr lesen?! Mit dieser Begründung können unsere Kinder und Enkel dann wohl auch auf die Lektüre aller Bücher, die vor der „Rechtschreibreform" gedruckt wurden, verzichten.

Wer das meint, unterschätzt die geistigen Fähigkeiten der jungen Generation, die sich durchaus auch auf Ungewohntes einstellen kann, wenn man ihr dessen Sinn erläutert: daß die Verwendung der „alten" Rechtschreibung in der *PAZ* ein symbolhafter Hinweis auf Kontinuität, nämlich bei der Bewahrung geistiger und sozialer Werte, ist.

Solche nur scheinbare Äußerlichkeit ist gerade heute wichtig, wo oft allzu schnell opportunistisch, angeblich „zweckmäßig" gehandelt wird.

Die Briten zum Beispiel wissen um den hohen Wert von Tradition. Mehr Respekt und Toleranz zu zeigen – notfalls zu lernen –, wenn es um „Althergebrachtes" geht, kann unserer Jugend nur guttun, denn es fordert auch zur kritischen Auseinandersetzung mit dem, was gerade „modern" ist, heraus.

Bleiben Sie bitte bei der bisherigen Schreibweise in Ihrer Zeitung. **Dr. Arnd Commichau, Breitengüßbach**

Kommunismus als gute Idee

Betr.: Jugendorganisationen der Bundestagsparteien (Nr. 47)

„Der Kommunismus ist eine gute Idee – alle Menschen sind gleich ..." entgegnete mir ein Mitglied der „Grünen Jugend" an einem „Anti-Rechts-Stand" auf meinen Hinweis, daß sich dem Protest gegen „Rechte" auch DKP und andere Linksextremisten angeschlossen hatten. Die „Jusos" inszenieren Hetzkampagnen gegen die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit", die „Deutsche Burschenschaft" und alles andere, was sie als „nicht links genug" beurteilen. Die Junge Union verhält sich angepaßt, getreu dem Motto: Papa ist Rechtsanwalt und Mitbegründer des CDU-Ortsverbandes.

Hans-Ulrich Thiele, Bielefeld

Gut und mutig

Betr.: Leserbrief „,dass' statt ,daß'" (Nr. 52)

Der Einsender stößt sich an der alten Rechtschreibung! Ich finde es gut und mutig, die „Recht"schreibreform abzulehnen, zumal diese Meinung uns Älteren zugestanden wurde. Seine Enkel sollen sich am Inhalt der Zeitung orientieren und nicht an einzelnen Buchstaben! Es wäre schade, ihnen die *PAZ* nun vorzuenthalten. **D. Blankenagel, Duisburg**

Mehr Geburten

Betr.: „Teures Vormachtstreben – ,Gender Mainstreaming'" (Nr. 2)

Als Frauen und Männer noch ganz ungestört von „Emanzen-Politikerinnen" altmodisch sein konnten, gab es bei weniger Einkommen mehr Geburten und viel weniger sozial auffällige Kinder.

Ulrich Motte, München

Chávez befreit

Betr.: „Zum Alleinherrscher gekrönt" (Nr. 3)

Was Ihren Vergleich mit Hugo Chávez angeht, so rührt dessen Bedeutung nur zum kleineren Teil daher, daß er in Richtung Sozialismus steuern würde, was bei Licht besehen nicht der Fall ist. Seine Bedeutung für Venezuela und Lateinamerika liegt in den bolivarischen Ideen, dem Land ein Selbstbewußtsein zu geben und es in die (tatsächliche) Unabhängigkeit von den USA zu führen. Aber dies ist etwas, woran unsere Pseudo-Elite in Deutschland schon lange nicht mehr denkt. **Frank Siol, Panama**



Kein leichter Gang: Bayerns Ministerpräsident Stoiber mußte sich von seinen Ämtern verabschieden. Foto: ddp

Frechheit

Betr.: „Schächten trotz Tierschutz" (Nr. 49)

Es ist eine Frechheit, im Namen des Volkes ein solches Urteil zu fällen. Ich frage mich, im Namen wessen Volkes? Denn im Namen des deutschen Volkes kann ein solches Urteil nicht gesprochen werden. Ich frage mich weiter, wo Richter und Politiker ihren Zentralrat einholen. Meine Nerven und die der anderen Tierschützer liegen blank. Leider ist zu befürchten, daß die Wähler alles bis zur nächsten Wahl vergessen haben. Darum gebe ich der Bundeskanzlerin den Rat, ein schwarzrotgoldenes Kopftuch zu tragen, damit die Bürger das System der privilegierten Partnerschaft schneller erkennen.

Ernst R. Langenfeld, Wuppertal

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Die Schuld trifft an allerletzter Stelle Stoiber

Betr.: „Erstaunlich krisenfest" (Nr. 2)

Mit diesem Artikel hat Herr Voss alles gesagt, was man aus meiner Sicht, einem Münchner mit fränkischen Hintergrund und seit 25 Jahren im europäischen Ausland lebend, nur unterschreiben kann.

Zu zwei Bemerkungen möchte ich etwas hinzufügen. Es heißt hier, daß die Bilanz Stoibers nach 13 Jahren als Ministerpräsident so schlecht nicht gewesen sein soll und das trotz der mißlungenen Ausflüge nach Berlin. Stoibers Griff nach der Kanzlerschaft mißlang, weil den mitteldeutschen PDS-Wählern Gerhard Schröder von der vormals vereinigungsfeindlichen SPD besser zu Gesicht stand als der wie auch immer verdächtige CSU-Mann. Der Rückzug aus seiner Zusage, Superminister unter Angela Merkel zu werden, war eine zwangsläufige Folge des Wahldesasters vom September 2005. Anders kann man den „Erfolg" der Union nicht bezeichnen. Schuld daran war an letzter Stelle Edmund Stoiber und die bayerische CSU.

Im letzten Absatz des Artikels wird die Fürther Landrätin, Gabriele Pauli, etwas „abgekanzelt". Das Problem liegt etwas tiefer, als daß man die Herausforderung dieser mit einer Attacke aus der Kreisliga abtun könnte. Den Ministerpräsidenten in Bayern stellt seit Menschengedenken die CSU. Die Mehrheit der Abgeordneten wählt in der Regel den Parteivorsitzenden dann im Landtag zum Ministerpräsidenten. Frau Pauli ist dieses Procedere nicht demokratisch genug, und sie möchte, zusammen mit einigen anderen Mandatsträgern, daß sich Herr Stoiber einem Mitgliedervotum stellt. Hier beginnt der Irrtum. Die Mitgliederbefragung führt leicht zu einem Ergebnis, wie es die damals starke SPD, die Kohl-CDU war nicht besonders gut aufgestellt, nicht verdient hatte. Das Ende der politischen Karriere des Herrn Scharping ist uns allen bekannt. Die Parteiorgane sind dazu da, die fähigsten Persönlichkeiten über innerparteiliche Diskussionen für die Wahl zu bestimmen, zum Wohle des Ganzen und nicht nur zum Wohle der Partei. Ist dieses Ziel schon in diesem demokratischen Verfahren schwer möglich, glaubt man ernsthaft, daß die Ministerpräsidenten-Kandidaten-Kürung über ein Parteimitgliedervotum bessere Ergebnisse zeitigen könnte? **Helmut Schatz, Lüttich, Belgien**

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1459**

Eigentlich war es Pflicht unserer Regierung

Betr.: „Bis heute ungelöst" (Nr. 51)

Die katholischen Heimatvertriebenen sind von einigen ihrer Kirchenführer Nackenschläge gewöhnt. Ich erinnere nur daran, daß der Berliner Kardinal Sterzinsky sich gegen ein „Zentrum gegen Vertreibungen" gestellt hat. Nun sieht Kardinal Lehmann in den Klagen der „Preußischen Treuhand" einen „Schlag ins Gesicht all derer, die um eine Aussöhnung gekämpft haben". Vertreibung und Enteignung sind freilich ein sehr komplexes Thema. Im Grunde aber geht es hier doch ganz einfach darum, daß Millionen schuldlose Deutsche nicht nur ihrer Heimat, sondern auch ihres gesamten, zu allermeist ehrlich erworbenen oder ererbten Eigentums beraubt wurden. Ein objektiv eindeutig völkerrechtswidriges Vorgehen, das auch noch durch "Dekrete" kommunistischer Behörden legalisiert wurde. Nun tut die private „Preußische Treuhand" das, was eigentlich seit Jahrzehnten Pflicht und Aufgabe jeder deutschen Regierung gewesen wäre: Sie versucht nämlich, auf dem Rechtswege einen Ausgleich herbeizuführen. Im täglichen Leben ein völlig normales Verfahren. Nicht so für Kardinal Lehmann (und viele andere „politisch Korrekte"!). Er ergreift die Partei der Rechtsbrecher und stellt sich damit gegen die Beraubten. Ein, zumal für einen Kirchenfürsten, eigenartiges Vorgehen. In Wahrheit ein „Schlag ins Gesicht" der Heimatvertriebenen. Und nicht nur der katholischen. Wenn sich der Kardinal als Nicht-Betroffener schon nicht in ihre Lage versetzen kann, so sollte er doch wenigstens schweigen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: 1. Ich kämpfe selbst seit Jahrzehnten um eine Verständigung mit den Polen und 2. Ich bin heimatvertriebener Katholik.

S. Freiherr v. Zedlitz, Berlin

Etwas wird bleiben – Nationalsymbole erobert

Betr.: „Nur ein Sommermärchen" (Nr. 52)

Das Fahnenmeer ist zwar verschwunden und die Welle nationaler Begeisterung verebbt, doch etwas von den Bildern der Euphorie anläßlich der Weltmeisterschaft wird bleiben.

Die Deutschen sind bei sich angekommen, haben etwas freigesetzt, das Deutschland dauerhaft verändert hat. Sie haben sich ihre Nationalsymbole zurückerobert, mit denen ihre Politiker sowenig anzufangen wissen.

Fahne und Hymne gehören jetzt dem Volk und unterstreichen eindrucksvoll das Zusammengehören, das „Wir-Gefühl". Bleiben wird auch das Erlebnis, von Menschen aus anderen Völkern nicht mißtrauisch beäugt zu werden, wenn man sich mit den eigenen Nationalsymbolen schmückt, sondern im Gegenteil dafür erst recht respektiert und als normal akzeptiert zu werden.

Vorbei ist die gewollte und gemachte Verkrampfung, abgeschüttelt die penible Überwachung vaterländischer Regungen durch traumlose Spießer in Redaktionsstuben, Rundfunkanstalten und Parlamenten und für immer verloren der verlogene Einwand, deutscher Patriotismus wecke Befürchtungen im Ausland.

Der deutsche Patriotismus hat auf die wunderbarste Weise sein Gesicht gezeigt.

Und eine Erkenntnis bleibt: Nicht die Medien, nicht die Wirtschaftsunternehmen, nicht die Politiker haben diese Normalisierung bewirkt, sondern der gemeine Bürger. Während die Vorgenannten noch sinnieren, wie es zu dieser Entwicklung kam, hat das Volk begonnen, seine Identität zu finden.

Das läßt für Deutschland hoffen. **Konrad Zimmer, Königsberg i. Ufr.**

Ein Vergnügen

Betr.: Wochenrückblick

Hans Heckel versteht es meisterlich, das Unbehagen der Menschen in unserem Land auf den Punkt zu bringen. Sein Stil weckt in uns Lesern ein Gefühl der Fröhlichkeit. Ich lese seine Rückblicke stets mit großem Vergnügen. Danke an Hans Heckel!

Ulla Lang, Bruchköbel

Unter uns

Betr.: „Streitpunkt: Polnische Minderheit" (Nr. 49)

Wenn jemand Streit sucht, kann man ihn daran kaum hindern. An seinen Verstand zu appellieren, ist sinnlos, denn er hat keinen, beziehungsweise er hat ihn seinen Zielen untergeordnet.

Es gibt keine polnische Minderheit in Deutschland, aber es gibt viele ehemalige Polen, die längst zu Deutschen geworden sind und andere, die später zu uns gekommen sind und in der Regel auf dem Wege zu uns sind und sich unter uns wohlfühlen. Wir kennen aus Polen stammende Schwestern in einem Altenheim, wir erleben sie immer wieder als besonders lieb und nett zu den von ihnen zu Betreuenden, und natürlich beherrschen sie längst unsere Sprache. **Bettina Peters, Bremen**

MELDUNGEN

Dienstältester Bürgermeister tritt ab

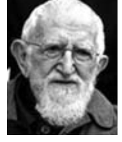
Magdeburg – Nach 51 Jahren Amtszeit hat der dienstälteste Bürgermeister Deutschlands seinen Rücktritt erklärt. Der heute 74jährige Erich Röder wurde am 1. April 1956 mit 24 Jahren zum ersten Mal zum Gemeindebürgermeister von Bucha gekürt. Das im Burgenlandkreis (Sachsen-Anhalt) gelegene Bucha beheimatet 292 Seelen. Röder war im Hauptberuf Modelltischler.

Kanadier sehen sich als Rassisten

Ottawa – Knapp die Hälfte der Kanadier (47 Prozent) bezeichnet sich einer Umfrage zufolge selbst als „rassistisch", im französischsprachigen Québec tun dies sogar 59 Prozent. Die Resultate haben laut „Spiegel" zu einer heftigen Debatte in dem Land geführt, das sich bislang seiner multikulturellen Toleranz gerühmt hatte. Unlängst waren 17 kanadische Moslems verhaftet worden, weil sie einen Anschlag aufs Parlamentsgebäude geplant haben sollen.

ZUR PERSON

Vater der Obdachlosen

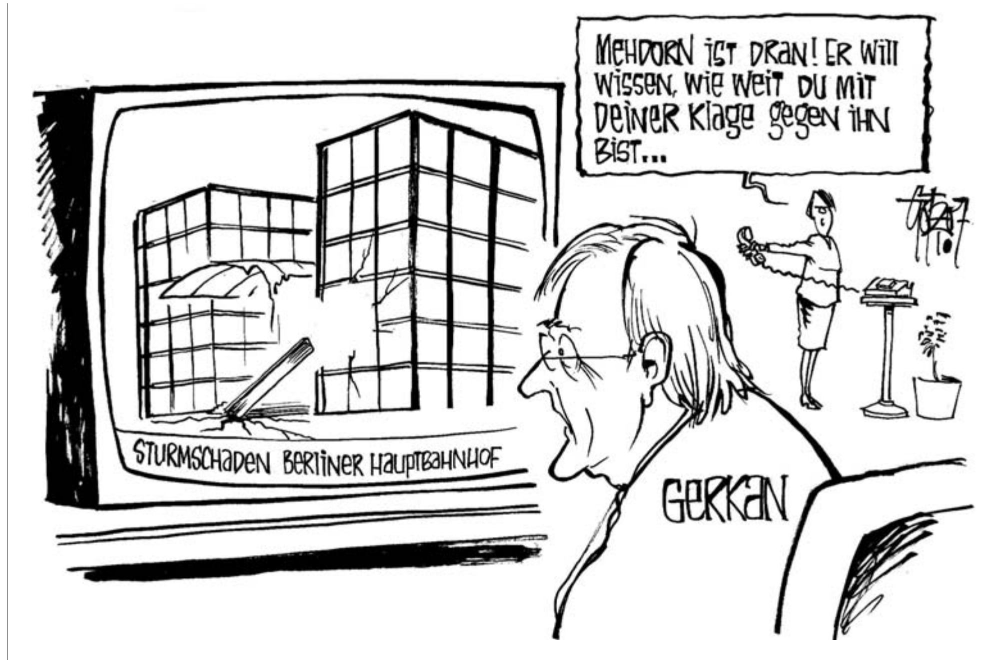


Als „Vater der Obdachlosen" kannte ihn fast jeder Franzose – **Abbé Pierre**, der mit 94 Jahren am 22. Januar verstorbene Gründer der Emmaus-Gemeinschaften war bis zu seinem Tod der wohl beliebteste Franzose.

Geboren wurde er als Henri Antoine Grouès in Lyon. 1932 trat er in den Kapuzinerorden ein, nachdem er seine Leidenschaft für das Christentum entdeckt hatte. Im Krieg kämpfte er in der Resistance – „Abbé Pierre" war dort ein Deckname. Als Mitglied des Widerstandes verhalf er Juden zur Flucht, seine Einstellung zum Staat Israel war indes distanziert. Als er ein israelkritisches Buch des Schriftstellers Roger Garaudys (1998 wegen Holocaustleugnung verurteilt) lobte, versetzte ihn der Vatikan zur Strafe in ein italienisches Kloster. Der Abbé distanzierte sich von dem Buch.

Eigentlich bekannt wurde der vielfach Ausgezeichnete für seine Fähigkeit, erfolgreich Spenden für Arme einzuwerben. Nach Kriegsende kaufte er ein Haus nahe Paris für obdachlose Familien – das Emmaus-Hilfswerk, heute in 40 Ländern tätig, war entstanden mit mittlerweile 300 Gruppen. Dort reparieren Bedürftige Haushaltsgegenstände, die dann verkauft werden – zusammen leben, arbeiten, helfen, so der Leitspruch.

Das Vermögen seines Vaters, eines Seidenfabrikanten, verteilte der Katholik an Obdachlose. 1954, als wegen eines Kälteeinbruchs viele von ihnen erfroren, appellierte der Abbé leidenschaftlich über die Medien zu helfen – Tausende gaben, darunter Charles de Gaulles und Charlie Chaplin. Ein Mythos war geboren. Eine aktuelle Gesetzesinitiative, nach der jedem Franzosen eine Wohnung zusteht, geht auf den Kirchenmann zurück. „Man muß nicht außergewöhnlich sein, um etwas Außergewöhnliches zu tun", lautete sein Credo. *SV*



Zeichnung: Götz Wiedenroth

Alles hin

Hauptbahnhof kaputt, CSU in Trümmern, und auch bei den Linken gibt es nur noch alte Kämpen zu bewundern / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wir Deutschen streiten viel und über alles, nur in einem sind sich die 82 Millionen Bewohner dieses Landes, selbst die „mit Migrationshintergrund", sofort einig: Es wird immer schlimmer. Sogar die Tiefdruckgebiete. Frauenrechtlerinnen dürften behaupten, das liege daran, daß die Tiefs neuerdings Männernamen tragen. Früher war die Geschlechterwelt der Meteorologen klar gegliedert: Hochs waren männlich, Tiefs weiblich. Das war diskriminierend, weshalb heute ein Sturmtief auch mal als „Kyrill" oder „Lancelot" übers Land fegen darf.

Männer jedoch, heißt es, sind gewalttätiger als Frauen und neigen zur Prahlerei. Das mit der Gewalt steht in der Statistik und das mit der Angeberei wissen wir seit Kyrill. Solche Unwetter kamen und gingen einst als ordinäre „Orkantiefs", der Wetterdienst gab seine Warnung raus, Bäume fielen um, Keller liefen voll, einige Dächer flogen weg und tragischerweise gab es auch manchmal Opfer, die in der Verkehrstotenstatistik aber leider kaum auffielen. Dann zerriß es natürlich hier und da eine Oberleitung und Schienen wurden blockiert, weshalb ein paar Züge nicht fahren konnten. Großes Aufhebens machte niemand. Die Stürme waren ärgerlich, aber was sollte man machen. Schluß. So war das früher.

Und heute? Unter „Jahrhundertsturm" machen's Kyrill und Konsorten nicht mehr, seitdem sie männlich sind und alles immer schlimmer wird. Ganz Deutschland versetzen sie in eine Art hysterische Paralyse, Schulen schließen, Ämter machen dicht und die Bahn stellt gar beinahe ihren gesamten Fernverkehr ein, als stünde ein Atomkrieg bevor. Von Sondersendung zu Sondersendung stieg in einem das Bedürfnis höher, sich in den Keller zu verkriechen, um das nahende Inferno zu überleben.

Was dann kam, war doch eher enttäuschend. Ohne die Nachhilfe des Fernsehens hätten die meisten Deutschen das „Jahrhundertereignis" glatt verpaßt. Wenigstens tat uns der Berliner Hauptbahnhof den Gefallen, es ein bißchen krachen zu lassen. Das hat allen Spaß gemacht, traf es doch genau die Richtigen: Den Mehdorn kann keiner leiden, der jemals in einem Zug gesessen hat, weil Züge nämlich Verspätung haben und voller fremder Leute sind. Außerdem haben wir es gestrichen satt, daß es Berlin gibt, welches seit seiner Wiederauferstehung als Hauptstadt alle unsere einst stolzen Heimatmetropolen so kaffig aussehen läßt. Da ist es stets ein Fest, wenn denen an der Spree mal wieder was schiefgeht.

Den traditionellen deutschen Bruderkriegslinien folgend hätte die Freude nirgends größer sein müssen als in Bayern. Aber da unten steht auch ohne echten Jahrhundertsturm kein Stein mehr auf dem andern, weshalb die Feiern ausblieben – wer Bayern sagt, meint schließlich CSU.

> Seitdem die Tiefs Männernamen tragen, machen sie's nicht mehr unter »Jahrhundertsturm«

Wer nach München blickt, sieht sich an den Hof von Konstantinopel vor 300 Jahren versetzt. Dort klärte man Erbfolgefragen auf resolute Art: Die Sultanssöhne brachten sich solange gegenseitig um, bis nur noch einer übrigblieb. Heute ist, wir erwähnten es schon, alles viel schlimmer: Statt mit langen Messern den offenen Kampf zu suchen, werden vergiftete Lobpreisungen und kleine Häßlichkeiten herumgereicht. Günther Beckstein ätzt gegen Horst Seehofer: „Der Horst ist als zweiter Mann wirklich erstklassig. Und das wird er auch bleiben." Seehofer schlägt betont gelangweilt zurück: „Der Günther, ja was soll ich sagen ..." Zwischen Erwin Huber und Seehofer geht es ähnlich her.

Und diese Giftspritzerei soll bis September weitergehen? Solange will der Stoiber die Prinzen zappeln lassen (lauten die letzten Informationen bei Redaktionsschluß – keiner weiß, wie lange die halten). Worauf will der alte Fuchs hinaus? Wir ahnen es: Nach acht Monaten Palastgemetzel ist die CSU nur noch eine qualmende Ruine, die keiner mehr bevorsitzen möchte. Dann könnte Stoiber bleiben. Bis zu den Landtagswahlen 2008, bei denen wir wohl erfahren werden, daß es entgegen anderslautenden Gewißheiten doch eine bayerische Opposition außerhalb der CSU gibt.

Jene rotgelbgrünen Dissidenten, die im Bayernland nie ein Bein auf den Boden bekommen haben, sehen das erste Mal so etwas wie einen Sinn in ihrem parlamentarischen Gewurstel. Sie sind aber nicht die einzigen, deren Stimmung sich spürbar hebt. Ganz hinten beim höhnenden Publikum hat die CDU Platz genommen, die sich den Wonnen später Genugtuung hingibt. Etwas verklemmt zwar, wie es sich als Schwester geziemt, aber dennoch unübersehbar: Die CSU solle ihren Führungsstreit beilegen, onkelt es aus dem Adenauerhaus. „Ja! Endlich dürfen wir mal so was sagen!" frohlocken die Christdemokraten. Sonst ging es immerzu umgekehrt: Die CDU hatte mal wieder ihren Laden nicht in Ordnung, zankte und schwankte hin und her, bis ihr die Münchener jovial die Ohren langzogen. Das war bislang die schwarze Hackordnung, denn die CSU strotzte vor Geschlossenheit und Stärke, während die CDU zwar groß, aber irgendwie wabbelig wirkte.

Kinder, waren das Zeiten! Franz Josef! Wenn der in den Norden auszog, lagen ihm die ausgehungerten Konservativen in den entlegensten Nestern Niedersachsens zu Füßen wie die Amis im Mittelwesten ihren Fernsehpredigern. Bayern war das gelobte Land, wo die Bolschewiken nix zu melden hatten und man jeden mit Namen kannte, der FDP oder noch was Übleres wählte.

Daneben sahen die eigenen CDU-Fritzen recht schal aus. Wenn die gelegentlich versuchten, auch so zu poltern wie der große FJS, hatte man den Eindruck, der Aufführung einer Wagner-Oper mit dem Ensemble der Augsburger Puppenkiste beizuwohnen. Konnten die einfach nicht.

Bei den Linken war die CSU-Begeisterung sogar noch emphatischer, nur anders. Schon die bloße Erwähnung von Strauß setzte hier alle Bürgerkriegsinstinkte frei, ein Feind wie selbst gemalt. Heute schafft es nicht einmal mehr Claudia Roth, sich bei der Christiansen-Runde über die CSU in Rage zu reden. Die Hilflosigkeit, die eine Armee befällt, wenn sich das gegnerische Heer über Nacht verkrümelt hat, war der Grünen-Chefin ins Mondgesicht geschrieben. Umständlich versuchte sie noch, in der bayerischen Union finstere Abgründe zu entdecken („Es geht hier um ein System!"), war dabei aber kaum glaubwürdiger als die norddeutschen Strauß-Immitatoren der 80er Jahre.

Was macht die Linke, wenn die Gegenwart so trist ist? Das gleiche wie wir: Sie zerfließt in Nostalgie. Überall sieht man nur noch „Ehemalige". Bei Beckmann palavert Ex-Revoluzzer Rainer Langhans von der Berliner „Kommune 1" mit dem mittlerweile 60jährigen Kommunarden-Küken Uschi Obermaier über die 68er, das Leben und lauter so Zeug. In Mainz verleiht Kurt Beck dem pensionsreifen Rocker Udo Lindenberg, der vor 30 Jahren darum bemüht war, als „Bürgerschreck" etikettiert zu werden, die „Carl-Zukmayer-Medaille". Wofür? „Für seine Verdienste um die deutsche Sprache". Was der Verdiente dazu meinte, war leider nicht zu verstehen. Wie immer nuschelte der Sänger dermaßen, daß kaum rauszukriegen war, welcher Sprache er sich überhaupt bediente. Also lassen wir seine Lieder sprechen; mit dem Rapper Jan Delay sang er zuletzt den Titel „Im Arsch". Lachen Sie nicht! In den 70ern galt so etwas als „aufmüpfig", also irgendwie links, und ist daher immerhin eine Medaille wert.

Und wo wir alle schon so hübsch beieinander sitzen, da wollen wir auch niemandem mehr etwas nachtragen und ein paar RAF-Terroristen freilassen, Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt. Claudia Roth fordert vom Bundespräsidenten, er möge die beiden „als Zeichen der Versöhnung" begnadigen. Versöhnen? Mit wem denn? Die Witwe des ermordeten Hanns-Martin Schleyer kann nicht gemeint sein. Sie will sich nämlich nicht versöhnen und beide in Haft lassen. *Der* geben wir bestimmt keine Medaille.

ZITATE

*Der Hauptstadt-Journalist **Jürgen Leinemann** äußert gegenüber der „Netzeitung" vom 19. Januar seine **Vermutung**, warum **Politiker** wie Edmund Stoiber so verbissen an ihren **Posten kleben**:*

„Das Problem von Politikern wie Stoiber ist, daß sie vorgeben, es gehe ihnen nur um die Menschen und das Land. Die Wahrheit ist aber, daß sie ihr Leben auf das Amt reduziert haben und ihre ganze Bedeutung daraus und aus den ganzen damit verbundenen Privilegien schöpfen. Da fällt ein Verzicht schwer."

*Der Tübinger **Historiker Dieter Langewiesche** erklärt im „Spiegel" vom 22. Januar, warum die **Nation unverzichtbar bleibt**:*

„Gesellschaften, die keine Nationen bilden, zerfallen in Gruppen anderer Art, etwa in Stämme, die nicht fähig sind, ein – über die eigene Gruppe hinausgehendes – Zusammengehörigkeitsbewußtsein zu entwickeln und dann auch Institutionen zu schaffen."

*Der **Kabarettist Georg Schramm** (mit Kollege Urban Priol in „Neues aus der Anstalt", ZDF, zu sehen) meint zur **Lage des Landes** in der „Berliner Zeitung" vom 23. Januar:*

„Urban und ich erleben auf unseren Tourneen, daß der Unmut der Leute erheblich zugenommen hat. Die Große Koalition hatte einen Vertrauensvorschuß, der restlos aufgebraucht ist. Beunruhigend, wenn man in den Vorstellungen erlebt, wie es in den Leuten gärt. Wenn wir Pech haben, entleert sich das in einem Populismus von jemandem, den wir noch gar nicht kennen."

Türklük

Wer das Türkentum beleidigt,
ist des Lebens nimmer froh:
„Türklük" nämlich wird verteidigt –
nicht wie Deutschtum oder so.

Und es rührt an Türken-Ehre
selbst der kleinste Kommentar
über das, was streng nach Lehre
nie geschah und anders war.

Läßt sich wer das Wort nicht nehmen,
kommt er prompt vors Strafgericht,
denn zu ganz bestimmten Themen
herrscht im Lande Leugnungspflicht.

Wird der Frevler freigesprochen
– zwecks Europa muß das sein –
geht's ihm trotzdem an die Knochen:
Ehrenretter springen ein!

Dieser Dink da, nun erschossen,
war halt seines Glückes Schmied,
obendrein – so wird geschlossen –
ist's erst recht kein Genozid.

Sind ja höchstens Einzeltäter –
Völkermord? Na, so ein Kohl!
Und drum gab's auch kein Gezeter
beim Verwertungs-Monopol.

Doch natürlich tief betroffen
zeigt sich jeder, der regiert,
und die Logen alle hoffen,
daß es schnell sich applaniert.

Um es auf den Punkt zu treiben:
Erdogan, du schaffst das schon,
denn ein Christen-Klub zu bleiben –
ehrlich, wär' das nicht ein Hohn?

Pannonicus